

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Manfred Rexin
Der Besuch

September 1987: Honecker in der Bundesrepublik

Ludger Kühnhardt
Umbruch – Wende – Revolution
Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989

Hans-Joachim Veen
Innere Einheit – aber wo liegt sie?
Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach
der Wiedervereinigung Deutschlands

Thomas Bulmahn
Vereinigungsbilanzen
Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften

Ullrich Heilemann/Hermann Rappen
Sieben Jahre deutsche Einheit:
Rückblick und Perspektiven in fiskalischer Sicht

B 40–41/97
26. September 1997

Manfred Rexin, Dipl. rer. pol., geb. 1935; Journalist in Berlin; bis Juni 1994 Leiter der Hauptabteilung Kultur und Zeitgeschichte des RIAS und des DeutschlandRadios Berlin; Vorsitzender des Franz-Neumann-Archivs Berlin.

Veröffentlichungen, u. a.: Deutschlandpolitik der SED, in: DDR-Handbuch, Bd. 1, Köln 1985; „Koexistenz auf deutsch“ – Aspekte der deutschen-deutschen Beziehungen, in: G.-J. Glaeßner (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker, Opladen 1988; Späte Zweifel? Zur Bonner Deutschlandpolitik 1961–1989, in: G. Helwig (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR, Köln 1995.

Ludger Kühnhardt, Dr. phil. habil., geb. 1958; 1991–1997 Ordinarius für Politikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; ab Oktober 1997 Direktor des Zentrums für Europäische Integrationsforschung, Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994; Mitten im Umbruch. Historisch-politische Annäherungen an Zeitfragen, Bonn 1995; Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn 1996.

Hans-Joachim Veen, Dr. phil., geb. 1944; Forschungsdirektor der Konrad-Adenauer-Stiftung und Honorarprofessor für vergleichende Regierungslehre an der Universität Trier.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Christlich-Demokratische und Konservative Parteien in Westeuropa, 4 Bde., Paderborn 1984/1995; Eine Jugend in Deutschland? Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West, Opladen 1994.

Thomas Bulmahn, Dipl.-Soziologe, geb. 1965; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Arbeitsgruppe Sozialstruktur und Sozialberichterstattung.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialstruktureller Wandel: Soziale Lagen, Erwerbsstatus, Ungleichheit und Mobilität, in: W. Zapf/R. Habich (Hrsg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland, Berlin 1996; Reformstau und Verunsicherung. Einstellungen zum Umbau des Sozialsystems, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, (1997) 18; (zus. mit R. Habich) Komponenten des Wohlbefindens, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997, Bonn 1997.

Ulrich Heilemann, Dr. rer. pol., geb. 1944; Vizepräsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen; Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Empirische Wirtschaftsforschung an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit R. Jochimsen) Christmas in July? The Political Economy of German Unification Reconsidered, Brookings Occasional Papers. Washington D. C., 1993; (zus. mit B. Fritzsche u. a., Konsolidierungs- und Wachstumserfordernisse – Fiskalperspektiven der Bundesrepublik in den neunziger Jahren, Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 14, Essen 1994.

Hermann Rappen, Dipl.-Ökonom, geb. 1954; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Forschungsgruppe „Öffentliche Finanzen und Steuern“.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit U. Heilemann und H. D. von Loeffelholz) Finanzielle Auswirkungen des Föderalen Konsolidierungsprogramms auf die Gemeinden und Gemeindeverbände – dargestellt am Beispiel Nordrhein-Westfalens, in: Der Gemeindehaushalt, 94 (1993); (zus. mit H. D. von Loeffelholz) Perspektiven und Optionen niedersächsischer Finanzpolitik in den neunziger Jahren (Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 13), Essen 1994.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Manfred Rixin

Der Besuch

September 1987: Honecker in der Bundesrepublik

I. Fahnenaufzug in Bonn

Fünf Tage verbrachte der Partei- und Staatschef der DDR, Erich Honecker, im September 1987 in Bonn und in vier Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Seine Reise von der Spree an den Rhein – und weiter an Mosel, Saar und Isar – galt vielen als die Ratifikation der deutschen Teilung, als Besiegelung deutscher Doppelstaatlichkeit, letzte Konsequenz des weltweiten Machtkonfliktes zweier Staaten-Allianzen und zweier Sozialsysteme. Doch zwei Jahre und zwei Monate später war alles ganz anders.

Am Vormittag des 7. September 1987 stand Erich Honecker neben seinem Gastgeber, Bundeskanzler Helmut Kohl, vor dessen Amtssitz – der Kommandeur des Bonner Wachbataillons wandte sich salutierend an den ersten Mann des anderen deutschen Staates: „Exzellenz, ich melde: Eine Ehrenformation der Bundeswehr zu Ihrer Begrüßung angetreten.“

Die Fahnen beider Staaten waren aufgezogen, und Stabsmusiker der Bundeswehr intonierten die beiden Hymnen. Mit den Texten ihrer Hymnen taten sich die Deutschen schwer: Jene im Westen waren gehalten, lediglich die dritte Strophe ihres Deutschlandliedes bei staatlichen Veranstaltungen zu singen, denn die erste – „Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt. Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ – war Nachbarn schwerlich zuzumuten, zu deren Territorien die besungenen Gewässer zählten; auch hatte kein parlamentarisches Mehrheitsvotum, kein ordentlich beratenes und beschlossenes Gesetz die dritte Strophe – „Einigkeit und Recht und Freiheit“ beschwörend – zur Hymne der Bundesrepublik Deutschland gemacht. Das war 1952 so zwischen Kanzler und Präsident – zwischen Konrad Adenauer und Theodor Heuss – in einem Briefwechsel festgelegt worden, über dessen Relevanz Staats- und Verfassungsrechtler grübeln mochten.

Die Hymne der DDR – von Johannes R. Becher geschrieben, von Hanns Eisler vertont – rühmte ein „Deutschland, einig Vaterland“, von dem die in der DDR Herrschenden seit Anfang der siebzi-

ger Jahre nichts mehr wissen wollten. So hatten sie 1972 im August verfügt, daß Eislers Melodie gespielt, aber Bechers Text verschwiegen werde. Und die Fahnen, die sich da am Vormittag des 7. September 1987 vor dem Bundeskanzleramt über den Köpfen einer großen Journalistenschare im Wind bewegten – sie hätten zwei Jahrzehnte zuvor im westlichen Deutschland nicht nebeneinander wehen dürfen: Die Polizei wäre verpflichtet gewesen, unverzüglich zu entfernen, was man in Bonn die „Spalterfahne“ nannte. Als beide Staaten 1949 gegründet wurden, wählten sie beide die Farben des demokratischen Deutschlands, die schon beim Hambacher Fest 1832 und sechzehn Jahre später über den Barrikaden im revolutionären Berlin geweht hatten – Schwarz-Rot-Gold. Im Dezember 1955 gab sich die DDR ein Staatswappen – Hammer und Zirkel, umgeben von einem Ährenkranz und einem Fahnenband; das sollte drei staatstragende Kräfte symbolisieren – die Arbeiter, die Intelligenz, die Bauern. Im Herbst 1959 beschloß die DDR-Volkskammer, daß dieses Wappen in die schwarz-rot-goldene Staatsflagge einzufügen sei, um, wie es hieß, „die Position der DDR als deutscher Friedensstaat auch äußerlich zu kennzeichnen und uns klar von den militaristischen Bestrebungen in Bonn abzugrenzen“¹.

West-Berlin wurde daraufhin zum Schauplatz eines Flaggenstreits, bei dem sich etliche Beteiligte blutige Nasen holten: Am 7. Oktober 1959 feierte die DDR den 10. Jahrestag ihrer Gründung – ihre neue Fahne ließ sie nicht nur auf ihrem eigenen Gebiet, sondern auch auf dem von ihrer „Deutschen Reichsbahn“ verwalteten S-Bahn-Gelände in den Westsektoren Berlins aufziehen. Der Berliner Senat mit dem Regierenden Bürgermeister Willy Brandt an der Spitze gab der Polizei Anweisung, die schwarz-rot-goldenen Tücher mit Hammer und Zirkel überall dort, wo man ihrer habhaft werden konnte, einzuziehen. In den Reichsbahn-Ausbesserungswerken Tempelhof und Schöneberg stellten sich Eisenbahner den Polizisten gewaltsam in den Weg. Steine flogen, fünf West-Berliner Beamte wurden verletzt. Die drei westlichen Stadtkommandanten protestierten bei ihrem sowjetischen Kollegen in Ost-Berlin – mit dem

1 Berliner Zeitung vom 23. September 1959.

Ergebnis, daß die DDR-Fahnen am Abend des 8. Oktober wieder vom S-Bahn-Gelände verschwanden. Und als der nächste Anlaß, Flagge zu zeigen, näher rückte – der Jahrestag der russischen Revolution – und mancher in West-Berlin neue Zwischenfälle befürchtete, gab sich das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ gelassen: „Zum Provozieren gehören immer zwei: Einer, der provoziert, und einer, der sich provozieren läßt. Brandts Bürgerkrieg findet nicht statt.“² Der Einspruch der westlichen Mächte zeigte Wirkung.

Das Zeigen der „Zonenflagge“ sei ein Verstoß gegen Verfassung und öffentliche Ordnung und daher durch polizeiliche Maßnahmen zu verhindern, erklärten die Innenminister von Bund und Ländern Ende Oktober 1959. Von einem gesetzlichen Verbot nahmen sie allerdings Abstand: Sie wollten sich nicht einem selbstgesetzten Zwang unterwerfen, die neue Flagge von See- und Binnenschiffen der DDR zu entfernen, sobald Hammer und Zirkel innerhalb der Hoheitsgewässer der Bundesrepublik auftauchten. Die Schiffsbeflagung bezeichne nur die Herkunft und sei nicht als politische Demonstration zu werten, befanden die Minister. Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Willy Daume, mahnte zudem, mögliche Konsequenzen eines allzu strikten Fahnen-Verbots für internationale Wettkämpfe zu bedenken; zu dieser Zeit hatten die meisten internationalen Sportverbände die DDR bereits als gleichberechtigtes Mitglied anerkannt.

II. Das Ende des Flaggenstreits

Zehn Jahre später entschloß sich die sozialliberale Regierung des Kanzlers Brandt, die Staatlichkeit der DDR nicht länger in Frage zu stellen. Das Kabinett verfügte im Einvernehmen mit den Ländern, daß die Polizei nirgendwo mehr gegen die Verwendung von Flagge und Wappen der DDR einschreiten sollte. Verteidigungsminister Helmut Schmidt wies 1971 die Bundesmarine an, sich bei Begegnungen mit Schiffen der DDR-Volksmarine an das international übliche Flaggen- und Grußzeremoniell zu halten.

Und kurz vor Beginn der Olympischen Spiele 1972 fragte das Allensbacher Institut für Demoskopie einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung im westlichen Deutschland: „Stört es Sie, daß in München die DDR-Fahne gezeigt und die DDR-Hymne gespielt werden, oder stört es Sie nicht?“ 66 Prozent der Befragten versicherten,

es störe sie nicht. 21 Prozent fühlten sich gestört. 13 Prozent mochten sich nicht entscheiden.

Daß bei einem Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Fahnen mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz wehen würden, war längst unstrittig. Aber lange Zeit erschien ungewiß, ob der Staatsratsvorsitzende tatsächlich bis nach Bonn – ins Kanzler- und ins Präsidialamt – geleitet werden sollte. Als 1970 zum ersten Mal die Regierungschefs beider deutscher Staaten, Willy Brandt und Willi Stoph, zusammengetroffen waren – zuerst in Erfurt, dann in Kassel –, hatten sie die Orte gemieden, an denen sie gemeinhin Amtsakte vollzogen und Staatsgäste empfangen – der Streit um den Status Ost-Berlins machte Umwege nötig.

1981 besuchte Brandts Nachfolger Helmut Schmidt zum ersten Mal den ersten Mann der DDR – doch wiederum nicht in dessen „Hauptstadt“, sondern am Werbellin- und Döllnsee nahe der brandenburgischen Uckermark – nordöstlich von Berlin. Im Kommuniqué des dreitägigen Treffens las man, Honecker habe die Einladung zu einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik Deutschland dankend angenommen, der Termin werde später vereinbart werden. Daß dieser Termin länger als fünf Jahre auf sich warten lassen sollte, konnten die Beteiligten 1981 noch nicht absehen.

Bei der Eröffnung der Leipziger Frühjahrsmesse 1982 war Honecker zuversichtlich: Er nehme an, sagte er den Journalisten, daß er noch im laufenden Jahr in die Bundesrepublik reisen werden, und dort wolle er selbstverständlich einige Städte besuchen, die ihm lieb und teuer seien – seinen Geburtsort Wiebelskirchen, nun eingemeindeter Teil des saarländischen Neunkirchen, und Trier, die Stadt, in der Karl Marx zur Welt gekommen war. Von Bonn als wichtigster Etappe der Reiseroute war weiterhin nicht die Rede. Stattdessen spekulierten Journalisten, Kanzler Schmidt werde den Staatsratsvorsitzenden in Hamburg empfangen – gegen Ende des Jahres, wenn dort eine Schinkel-Ausstellung der DDR ihre Pforten öffne und ohnehin die Fertigstellung der neuen Autobahn von Berlin nach Hamburg gebührend zu feiern sei. Doch bevor dergleichen Pläne reiften, war die sozialliberale Koalition am Ende.

III. Die erneute Einladung

Schmidts Nachfolger Helmut Kohl erneuerte die Einladung an Erich Honecker. Nachdem die Wähler im westlichen Deutschland der neuen Koalition von CDU/CSU und FDP Anfang März 1983 eine

² Neues Deutschland vom 5. November 1959.

starke parlamentarische Mehrheit verschafft hatten, nutzte Honecker erneut das Forum der Leipziger Frühjahrsmesse, um freundliche Signale nach Bonn auszusenden: Über manches könne man sich ja streiten, doch besser sei es, auf den Gebieten zusammenzuarbeiten, die dazu die Möglichkeit böten.

Fünf Wochen später – am 16. April 1983 – überfiel die „Berliner Morgenpost“ ihre Leser mit der Schlagzeile: „Transit-Reisender von ‚DDR‘-Posten erschlagen“. Das Blatt, ein Erzeugnis des Springer-Verlages, der nach wie vor bei den drei Buchstaben DDR auf die Anführungszeichen nicht verzichten mochte, wußte zu berichten, daß ein 45jähriger Berufskraftfahrer in einer Verhörbaracke des DDR-Kontrollpunktes Drewitz – an der Grenze zu West-Berlin also – den Tod gefunden habe. Wie sich später herausstellte, hatte der Mann in einer Raststätte auf der Transitstrecke einen Verwandten getroffen und ihm ein Geschenk übergeben. Das hatten Späher des Staatssicherheitsdienstes bemerkt. Der Reisende wurde in Drewitz deswegen verhört, und dabei erlitt er einen schweren Herzinfarkt. Der Sterbende fiel vom Stuhl und schlug – so die Aussage der ihn vernehmenden DDR-Zöllner – auf einen Heizkörper und den Fußboden auf. Die DDR informierte die Bundesregierung und lieferte den Leichnam an die Familie aus. Die Witwe – ungläubig, daß den 45jährigen ein so jäher Herztod ereilt haben sollte, – sah am Kopf des Toten Verfärbungen und Abschürfungen, die sie auf äußere Gewaltanwendung zurückführte, und die „Berliner Morgenpost“ gab ihrer Anklage breiten Raum: Sie klagte die DDR an, ihren Mann, den Vater dreier Kinder, umgebracht zu haben. Es sei skandalös, daß der Westen in das DDR-Regime Unsummen hineinpumpe, ganze Autobahnen finanziere und seine Bürger dann auch noch schikanieren und zu Tode quälen lassen müsse.

So war der Ton angeschlagen, der tagelang den Blätterwald rauschen ließ. Berlins Innensenator Heinrich Lummer (CDU) war sogleich zur Stelle – mit dem Satz, es sei nicht nur ein Fall für die Transitskommission, wenn sich denn bestätige, daß Foltermethoden angewandt worden seien. Auch Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß machte sich die Mord-These zunächst zu eigen, während Bundeskanzler Kohl in einem Telefongespräch mit Honecker die rasche und vollständige Klärung des Sachverhaltes anmahnte. Es sei durch die Vorgänge in Drewitz eine sehr ungute Lage entstanden, sagte der Kanzler: „Aber ich will nicht, daß aus dieser Lage insgesamt negative Perspektiven entstehen.“³

3 Telefonat Kohl – Honecker am 18. April 1983, Abschrift in: Heinrich Potthoff, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 112.

Die DDR lud einen Hamburger Gerichtsmediziner zum Lokaltermin in jene Drewitzer Verhörbaracke; der Wissenschaftler kam zu dem Ergebnis, es liege ein Fall von Herztod vor, bei dem kein Verdacht einer Fremdeinwirkung bestünde. Das Gutachten des Hamburger Universitätsinstituts für Gerichtsmedizin bewog die zuständige Staatsanwaltschaft, die inzwischen eingeleiteten Ermittlungen einzustellen: kein Mord, kein Totschlag, keine Körperverletzung mit Todesfolge⁴. Die DDR ließ wissen, daß allein im Vorjahr – 1982 – auf ihrem Territorium bei Besuchs- und Transitreisen 241 Bundesbürger gestorben seien – 158 davon an Herzversagen, die anderen bei Verkehrsunfällen oder wegen altersbedingter Erkrankungen. In Bonner Ministerien war seit dem Inkrafttreten des Transitvertrages 1972 kein Fall einer „Verdachtskontrolle“ bekannt geworden, bei dem DDR-Organen folterähnliche Verhörmethoden angewandt hatten. Einige Zeit später erwähnte Honecker bei einer Begegnung mit dem SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, jährlich stürben etwa 250 DDR-Bürger bei Reisen ins westliche Deutschland, und das sei nur natürlich bei einer Gesamtzahl von 1,5 bis 2 Millionen Reisenden aus der DDR; was das „bedauerliche Ereignis in Drewitz“ angehe, so treffe „keine Seite eine Schuld“⁵.

Ende April 1983 teilte ADN, die Nachrichtenagentur der DDR, mit, Honecker sehe sich „auf Grund der durch die BRD entstandenen Lage in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, wie sie auch in verschiedenen Pressekommentaren zum Ausdruck kommt, nicht in der Lage“, die Bundesrepublik zu besuchen⁶. Im „Neuen Deutschland“ lautete eine Überschrift am 29. April: „Scharfmacher der CSU und Springer-Presse sind verantwortlich!“

Der Mann, den die DDR viele Jahre lang als den schlimmsten Scharfmacher unter den Deutschen, als „Kalten Krieger“, als Erzreaktionär angeprangert hatte, Franz Josef Strauß, traf im Juli 1983 mit Erich Honecker im Jagdschloß Hubertusstock am Werbellinsee zusammen: „Freimütig“ sei der Meinungsaustausch zwischen beiden gewesen, berichtete ADN: „Trotz unterschiedlicher Auffassungen zu bestimmten Problemen wurde die Nützlichkeit des politischen Ost-West-Dialogs gerade in einer komplizierten Weltlage unterstrichen.“⁷

4 Ob dem Herztod des Transitreisenden Mißhandlungen im Verhör vorausgingen, konnte auch nach der Vereinigung nicht zweifelsfrei geklärt werden. Zur Kritik an der amtlichen Version von 1983 und zu neuen Ermittlungen vgl. Der Tagesspiegel vom 13. November 1994, Berliner Morgenpost vom 12. April 1995, STERN vom 12. April 1995.

5 Gespräch Hans-Jochen Vogel – Erich Honecker am 28. Mai 1983, in: H. Potthoff (Anm. 3), S. 120.

6 Neues Deutschland vom 29. April 1983.

7 Neues Deutschland vom 25. Juli 1983.

IV. Juristische Bedenken

Diesen Dialog aus juristischen Fesseln zu lösen, die in einer Zeit massiver Konfrontation geflochten worden waren, hielten Kanzleramt und Parlamentsausschüsse für geboten. Seit dem Herbst 1961 sammelte die Zentrale Erfassungsstelle der Länderjustizministerien im niedersächsischen Salzgitter Informationen über die Verletzung von Menschenrechten in der DDR. 1966 hatte der Bundestag ein Gesetz über die zeitweilige Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit beschlossen – die Sozialdemokraten mühten sich zu dieser Zeit um einen Redneraustausch mit der SED. Deren Abgesandte sollten nicht Gefahr laufen, im westlichen Deutschland festgenommen und vor Gericht gestellt zu werden – wegen ihres Verhaltens in der DDR. Die DDR wertete den Vorgang – und die ihm zugrundeliegende westliche Rechtsauffassung – als einen Akt „juristischer Aggression“ und nannte die vom Bundestag beschlossenen Ausnahmeregeln ein „Handschellengesetz“. Es bot ihr einen Anlaß, sich dem geplanten Redneraustausch zu entziehen.

Achtzehn Jahre danach – im März 1984 – las man in der Tageszeitung „Die Welt“: „Sollten SED-Chef Erich Honecker und Mitglieder der SED-Führung im Herbst dieses Jahres auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundesrepublik besuchen, so könnte es passieren, daß ‚irgend- ein wildgewordener Staatsanwalt‘ – so ein Bonner Regierungsmitglied – gegen den Repräsentanten der ‚DDR‘ wegen des Schießbefehls an der Mauer und der Demarkationslinie Mordanklage erhebt und Honecker verhaften lassen will.“⁸ Nach dem Willen der Regierung sollte das Parlament das Gerichtsverfassungsgesetz nun möglichst geräuschlos ändern, um die erwartete DDR-Delegation gegen übereifrige Staatsanwälte abzuschirmen. „Die Welt“ zitierte Anmerkungen eines Kabinettsmitgliedes, das ungenannt bleiben wollte: „Kanzler Kohl kann nicht auf Versöhnung machen und Strauß kann sich nicht als Oberzampano der deutsch-deutschen Verhältnisse präsentieren, wenn man Herrn Honecker mit der Unsicherheit einreisen läßt, daß er aufgrund des Schießbefehls an der Mauer oder auf Grund der Verhältnisse in den ‚DDR‘-Zuchthäusern des Mordes angeklagt wird.“ Wäre Honecker im Verständnis seiner Gastgeber ein Ausländer gewesen, dann hätte man die Regeln diplomatischer Immunität und Exterritorialität auf ihn anwenden können, aber nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum

8 Die Welt vom 20. März 1984.

deutsch-deutschen Grundlagenvertrag aus dem Jahre 1973 war der Staatsratsvorsitzende der DDR deutscher Staatsangehöriger im Sinne des Bonner Grundgesetzes, und so ließen sich die Bonner Gesetzgeber im Einvernehmen mit den Ländern eine Ergänzung des Gerichtsverfassungsgesetzes einfallen, wonach sich die deutsche Gerichtsbarkeit nicht auf jene Repräsentanten anderer Staaten und deren Regierung erstreckte, die auf Einladung der Bundesregierung im Lande weilten.

Damit war aber der Vorbehalt noch nicht ausgeräumt, der die Frage nach der Funktion Ost-Berlins als DDR-Hauptstadt berührte: Um dem Kanzler einen späteren Besuch Ost-Berlins zu ersparen, müsse, so hieß es 1984 immer wieder in Bonner Regierungskanzleien, Honeckers Einzug in die rheinische Bundeshauptstadt vermieden werden. Da traf es sich vortrefflich, daß in der Villa Hammerschmidt, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, größere Umbauten und Renovierungen fällig waren. Richard von Weizsäcker hätte Erich Honecker in einem gerade verfügbaren Ausweichquartier willkommen heißen können – im Brühler Jagdschloß Falkenlust, nicht im benachbarten Schloß Augustusburg, das sonst für Bonner Staatsempfänge taugte. Der DDR schien's recht zu sein.

V. Entwürfe eines Besuchsprogramms

Im Juli 1984 nahm das Besuchsprogramm dann jedoch konkrete Gestalt an: Erich Honecker sollte danach am 26. September von Schönefeld nach Frankfurt am Main fliegen, dort vom Bundeskanzler mit dem international üblichen Protokoll und einem – dem geplanten „Arbeitsbesuch“ angemessenen – kleinen militärischen Zeremoniell begrüßt werden, um anschließend mit Helmut Kohl in dessen rheinland-pfälzische Heimat – nach Bad Kreuznach – zu fahren. Dort, wo 1958 schon einmal Konrad Adenauer mit Charles de Gaulle konferiert hatte, sollte der DDR-Delegation das Kurhaus-Hotel bis zum Morgen des 28. September als Residenz dienen für die Dauer der politischen Gespräche mit dem Kanzler und dessen Begleitern. Für den 28. September war Honeckers Besuch im saarländischen Neunkirchen und im Trierer Karl-Marx-Haus vorgesehen. Die Nacht zum 29. September sollte er in Schloß Gymnich, vor den Toren Bonns, verbringen, dann dem Bundespräsidenten und anderen Politikern – auch denen der Opposition – in Brühl begegnen, auf Einladung der Krupp-Stiftung nach Essen reisen und schließlich am 30. September dem bayeri-

schen Ministerpräsidenten Strauß seine Aufwartung machen – mit anschließendem Abstecher ins ehemalige Konzentrationslager Dachau. Bei Philipp Jenninger, dem Staatsminister im Bundeskanzleramt, lag die Federführung für die Vorbereitung des Besuchs, doch dem rechten Flügel der Union war das alles nicht geheuer.

Und auch aus Moskau waren zunehmend kritische Töne zu vernehmen. Im Zeichen eines eisigen Klimas zwischen den Supermächten entdeckten sowjetische Zeitungen in der Bereitschaft Bonns zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen den „deutschen Revanchismus“ wieder, von dem sie in den siebziger Jahren kaum noch geredet hatten.

Alfred Dregger, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, antwortete der Tageszeitung „Die Welt“ auf die Frage, wie er östliche Breitseiten gegen Bonn bewerte: „Mit Gelassenheit. Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre seines Besuches erweist.“⁹ Im übrigen seien die Verhältnisse in Deutschland noch nicht so, daß sie auf höchster protokollarischer Ebene gefeiert werden könnten. Als die Bundesregierung von Dreggers Äußerung abzurücken suchte, schob der Fraktionsvorsitzende der Union ein zweites Interview nach, in dem er davor warnte, Honecker zu einem Besuch zu drängen, der auf eine große Aufwertung des Generalsekretärs und seiner DDR hinauslaufe.

„Herr Dregger wußte, was er tat“ – so überschrieb das SED-Zentralorgan am 25. August 1984 seinen Kommentar, in dem es zu den Äußerungen des als strikt konservativ geltenden CDU-Politikers hieß: „Seine skandalösen und provozierenden Ausfälle gegen einen etwaigen Besuch des Staatsoberhauptes der DDR in der BRD sind unerhört.“¹⁰ „Über geschwätzigen Dilettantismus und den dahinter verborgenen Widerstand eines Teils der Unionsparteien“ beklagte sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, derweil in München Franz Josef Strauß erklärte: „Es war nicht ohne Grund, daß ich vor Wochen schon mehrmals vor schädlichem und überflüssigem Gerede über den Honecker-Besuch gewarnt habe.“¹¹

Am 4. September suchte der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moldt, den Staatsminister Jenninger auf, um die vorläufige Absage aller Besuchspläne zu begründen: „Es erweist sich, daß Stil und öffentliche Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit diesem Besuch äußerst unwürdig und ihm abträglich

sowie im Verkehr zwischen souveränen Staaten absolut unüblich sind.“¹²

Zwar deutete vieles darauf hin, daß nicht vorrangig Alfred Dreggers öffentliches Räsonnieren, sondern vor allem Einwände aus Moskau die Ost-Berliner Partei- und Staatsführung dazu bewogen hatten, erst einmal auf ein Unternehmen zu verzichten, an dem Honecker selbst sehr gelegen war – auch aus innenpolitischen Gründen. So versicherte er japanischen Parlamentariern, die sich gerade in Ost-Berlin aufhielten, er bleibe bei seinen Reiseplänen, indessen gäbe es noch offene Fragen: „Mein Besuch muß fruchtbare Ergebnisse erbringen.“¹³

Des Streites um protokollarische Details überdrüssig, gab die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion noch im September 1984 zu verstehen, daß die Bundeshauptstadt dem DDR-Staatsratsvorsitzenden künftig nicht verschlossen sein werde. Ohnehin war das Ende des Heizungsbaus in der Villa Hammerschmidt abzusehen, und es hätte allzuviel Peinlichkeit heraufbeschworen, wenn nun eine neue Ausrede erdacht worden wäre, um einen Empfang Honeckers durch Richard von Weizsäcker in dessen Amtssitz zu vermeiden.

Der CDU-Abgeordnete Gerhard Reddemann, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Fragen, lieferte die staatsrechtliche Begründung: „Der deutsche Staatsbürger Honecker kann die deutsche Stadt Bonn ohne weiteres besuchen“, denn „als Deutscher genießt er hier völlige Freizügigkeit“¹⁴.

Spekulationen, ob, wann und wie der erste Mann der DDR seinen Auftritt auf der Bonner Bühne haben werde, füllten noch drei Jahre lang die Gazetten. Politiker des westlichen Deutschlands, linke wie rechte, suchten den persönlichen Disput mit Honecker – mal in Ost-Berlin und mal in Leipzig –, und keinem blieben die Journalisten-Fragen erspart, ob der Staatsratsvorsitzende etwas von seinen Reiseplänen verraten habe.

VI. Die Ankündigung der Reise

Am 15. Juli 1987 machten das Bundeskanzleramt und die Nachrichtenagentur ADN in einer koordinierten Aktion dem Ratespiel ein Ende – zu gleicher Stunde teilten sie mit, Erich Honecker werde am 7. und 8. September in der Bundeshauptstadt

9 Die Welt vom 23. August 1984.

10 Neues Deutschland vom 25./26. August 1984.

11 Der Tagesspiegel vom 5. September 1984.

12 Neues Deutschland vom 5. September 1984.

13 Der Tagesspiegel vom 6. September 1984.

14 Süddeutsche Zeitung vom 8. September 1984.

Bonn weilen und anschließend die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern besuchen. Zu großer Behutsamkeit im Vorfeld der Visite, die nicht zerredet werden dürfe, mahnte der Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble, der inzwischen Jennings Funktionen im Kabinett Helmut Kohls übernommen hatte.

„Nach sechs Jahren Quälerei darf Erich Honecker endlich die Reise antreten, die er schon früher unternommen hätte, wäre es nur nach ihm gegangen“ – so kommentierte ein linksliberales Blatt, die „Frankfurter Rundschau“, das angekündigte Ereignis: „Die sechs Jahre der Verzögerung haben den juristischen Kunststücken in Deutschland den Schwung genommen.“¹⁵ Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, wichtigstes Sprachrohr deutscher Konservativer, meinte, nun stünde dem 75 Jahre alt werdenden Honecker der „krönende Höhepunkt seines politischen Lebens“ bevor; sein Besuch in Bonn werde der DDR „den noch fehlenden Schlußstein im Gebäude der weltweiten Anerkennung“ bringen: „Für Honecker hat sich das ihm von Moskau aufgezwungene Warten gelohnt.“¹⁶

Zu Beginn des Jahres 1950 war er zum letzten Mal in Westdeutschland gewesen – als Gast der Landesdelegiertenkonferenz der FDJ von Nordrhein-Westfalen. Der damals 37jährige Erich Honecker, Vorsitzender der einzigen in der DDR zugelassenen Jugendorganisation, der Freien Deutschen Jugend (FDJ), Mitglied des SED-Parteivorstandes seit 1946 und Volkskammer-Abgeordneter seit 1949, war in die Bundesrepublik gekommen, um auf einer Kundgebung in Duisburg für das Deutschlandtreffen der FDJ zu werben, das zu Pfingsten 1950 in Ost-Berlin mehrere Hunderttausende Jugendliche aus Ost und West vereinen sollte; zu jener Zeit konnte man ihn mit fast schwärmerischen Worten über Rundfunksender der DDR so vernehmen: „Deutsche Jungen und Mädchen in Nord und Süd, in Ost und West! Zonenschranken mögen uns trennen. Politische, weltanschauliche und religiöse Ideale mögen unter uns verschieden oder sogar gegensätzlich sein. Ein Band umschließt uns alle, ein Ideal haben wir gemeinsam, ein Wille beseelt jeden von uns: Uns umschließt die ehrliche Liebe zu Deutschland. Unser gemeinsames Ziel ist der gesicherte Bestand der deutschen Nation. Uns beseelt der Wille zur Erhaltung der nationalen Existenz unseres Volkes.“¹⁷

Jetzt, 37 Jahre später und ein halbes Leben älter, pflegte er zu betonen, daß man Feuer und Wasser

15 Frankfurter Rundschau vom 17. Juli 1987.

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Juli 1987.

17 Tonaufnahme im Politischen Bandarchiv des RIAS 1950.

nicht vereinen könne, daß man zwischen zwei grundverschiedenen Typen von Nationen unterscheiden müsse – der fortbestehenden bürgerlichen Nation im Westen und der werdenden sozialistischen Nation im Osten – und daß so etwas wie Wiedervereinigung zwischen der kapitalistischen Bundesrepublik und der sozialistischen DDR gar nicht mehr vorstellbar sei.

Seine Gastgeber waren da ganz anderer Ansicht, und der zwischen den beiden Staaten seit Anfang der siebziger Jahre bestehende fundamentale Dissens in der Beurteilung der „deutschen Frage“ wurde während des fünftägigen Besuches von Erich Honecker in der Bundesrepublik immer wieder angesprochen – aber doch in behutsam gewählten Worten, um Chancen der Zusammenarbeit nicht durch einen Streit über Prinzipien zu verschütten.

VII. Gespräche in Bonn

Als der Partei- und Staatschef der DDR in der Mittagsstunde des 7. September 1987 – nach einer ersten Gesprächsrunde im Kanzleramt – dem Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt seine Aufwartung machte, hieß Richard von Weizsäcker ihn „als Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und als Deutscher unter Deutschen“ willkommen: „Wir treffen uns weder, um gegeneinander aufzutrupfen, noch, um die Wirklichkeit durch Träume zu verklären.“ Die Nation, zu der die Menschen in beiden deutschen Staaten gehörten, habe nicht erst mit Bismarck begonnen und sei nicht mit Hitler untergegangen, und soweit unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung der Nation bestünden, sollten sie kein Hindernis sein, „im Interesse der Menschen gemeinsam zu arbeiten und Trennendes in Deutschland und Europa zu überwinden“¹⁸.

Honecker vermied es in seiner Antwort, von der Nation zu reden: „Es ist sinnlos und gefährlich, dem schmachvoll untergegangenen ‚Deutschen Reich‘ nachzutruern. Beide deutschen Staaten müssen sich auf der Basis gegenseitiger Achtung respektieren und miteinander friedlich leben, so wie es zwischen souveränen Staaten üblich ist. Das schulden wir uns und den anderen europäischen Völkern.“¹⁹

18 Der Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1988, S. 21 f.

19 Ebd., S. 25.

Nachdem Kohl und Honecker vormittags vor allen Mitgliedern beider Verhandlungsdelegationen in einer nicht öffentlichen Sitzung Grundsatzklärungen abgegeben hatten, redeten sie am Spätnachmittag in einem kleineren Kreis über zahlreiche strittige Details der deutsch-deutschen Beziehungen: über Handelshemmnisse und Kontaktsperren, über den grenznahen Verkehr und die Markierung der Elbe-Grenze, über Besuchsregeln für West-Berliner und den weiteren Ausbau der Transitstrecken, über den Luftverkehr und die Städtepartnerschaften. Honecker war darauf vorbereitet, daß der Kanzler ihm dabei das Stichwort „Schießbefehl“ nicht ersparen würde, und so bestritt er zunächst einmal knapp, daß es dergleichen gäbe, um dann fortzufahren, die DDR verhalte sich an ihren Grenzen nicht anders als die Bundesrepublik. Er zog ein Papier aus der Tasche und verlas zwei Bonner Gesetzestexte aus dem Jahre 1974, in denen die „Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes“ geregelt und in bestimmten Fällen auch der Gebrauch von Schußwaffen erlaubt worden waren. Die DDR wünsche derartige Zwischenfälle nicht: Sie wolle nicht, „daß Menschen umkommen. Aber man müsse die Regelungen im militärischen Sperrgebiet beachten.“²⁰ Einen genaueren Vergleich der Todesfälle an den Grenzen anzustellen hielt Helmut Kohl nicht für sinnvoll: Was die DDR und ihre Grenzorgane seit mehr als einem Vierteljahrhundert zu verantworten hatten, war hinreichend bekannt.

Am Abend des ersten Besuchstages gab der Kanzler seinem Gast ein Essen in der Godesberger „Redoute“ – Helmut Kohl verwies in seiner Rede auf die Präambel des Bonner Grundgesetzes, die nicht zur Disposition stünde: „Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden . . . Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und wir werden dazu auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen.“²¹ Man müsse sich auf das „Machbare“ konzentrieren.

In seiner Erwiderung – vor laufenden Fernsehkameras und 150 geladenen Gästen: Politikern, Unternehmern, Künstlern, Wissenschaftlern – sprach Honecker vor allem über den Beitrag, den die beiden deutschen Staaten zur europäischen Sicherheit zu leisten hätten: „Heute gibt es nichts

Wichtigeres, als über alle Gegensätze von Weltanschauungen, Ideologien und politischen Zielen hinweg den Frieden zu bewahren.“²² Die DDR erstrebe eine „breite Koalition der Vernunft und des Realismus“ und messe dem politischen Dialog großen Wert bei. Was Honecker zuletzt über das Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin sagte, verharrte ganz im Üblichen, wie es schon tausendfach von Sprechern der DDR beschworen worden war: Die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen seien eine grundlegende Bedingung für den Frieden, und Ausgangspunkt für eine konstruktive, nützliche Politik könnten „nur die Realitäten sein, die Existenz von zwei voneinander unabhängigen souveränen deutschen Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung und Bündniszugehörigkeit“. Auf Helmut Kohls Feststellung, zum Frieden in Deutschland gehöre auch, „daß an der Grenze Waffen auf die Dauer zum Schweigen gebracht werden“, ging Erich Honecker in seiner Antwort nicht ein.

Die Bürger der DDR konnten diese Reden – und alle anderen, die während der folgenden vier Tage gehalten wurden – in vollem Wortlaut in ihren Zeitungen lesen – so auch das, was mit dem Weltbild deutscher Kommunisten seit langem unvereinbar war. Viele Stunden verwendete das DDR-Fernsehen – teils live, teils in betont sachlicher, zusammenfassender Berichterstattung – auf die Wiedergabe dessen, was der Partei- und Staatschef und seine Begleiter, der Wirtschaftsfachmann des SED-Politbüros Günter Mittag, Außenminister Oskar Fischer, Außenhandelsminister Gerhard Beil und andere im westlichen Deutschland hörten, sahen, sagten und taten. Mit Genugtuung registrierten die Massenmedien der DDR, daß sich für den Honecker-Besuch 2 700 Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen akkreditieren ließen.

Mißgelaunt beschrieb dagegen ein Kommentator der Bonner Tageszeitung „Die Welt“, Günter Zehm, den ersten Tag der Visite als „medialpolitisches Fest“, bereitet von den Westdeutschen, die „aus lauter Mediengeilheit einen mausgrauen kommunistischen Machtverwalter zum Paradiesvogel hochjubeln“²³. Mißmut tönte auch vom rechten Flügel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Der Abgeordnete Manfred Abelein, in den siebziger Jahren einer der entschiedensten Kritiker sozialliberaler Ostpolitik, nach der Bonner „Wende“ von 1982 ins zweite Glied zurückversetzt, nannte den Umgang mit Honecker „Katzbuckeln“; „ein bißchen mehr Würde“ hätte er lie-

20 Gesprächsniederschrift vom 7. September 1987, in: Erich Honecker, Moabiter Notizen, Berlin 1994, S. 135. So auch in: Werner Filmer/Heribert Schwan, Wolfgang Schäuble. Politik als Lebensaufgabe, München 1992, S. 173.

21 Der Besuch (Anm. 18), S. 27.

22 Ebd., S. 32 f.

23 Die Welt vom 8. September 1987.

ber gesehen, sagte Abelein vor seiner Fraktion in einem Disput mit der Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms²⁴. Dergleichen fand in den Medien der DDR jedoch keinen Niederschlag.

Sie zeichneten penibel nach, wie am zweiten Tag der Honecker-Visite, nach dem Ende mehrstündiger Gespräche im Kanzleramt, zu mittäglicher Stunde die zuständigen Minister ihre Unterschriften unter drei neue deutsch-deutsche Abkommen setzten – Verträge über die Zusammenarbeit im Umweltschutz, bei der Abwehr der Gefahren radioaktiver Strahlung und generell in Wissenschaft und Technik.

Anschließend besuchte Erich Honecker einen durch Alter und Krankheit sichtlich gezeichneten Mann, der zu Recht zu den geistigen Vätern des Grundvertrages gezählt werden durfte – Herbert Wehner, Fraktionschef der SPD im Deutschen Bundestag in den Jahren der großen Kontroversen über die sozialliberale Ostpolitik.

Dann brachte ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes den Staatsgast zum Schloß Gymnich, wo er nacheinander mit den Fraktionschefs der großen Parteien, mit drei Vertreterinnen der Grünen und mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth zusammentraf, um dann am Abend seinerseits Gastgeber eines Essens im Bonner Hotel „Bristol“ zu sein. Um die Speisefolge hatte sich der Küchenchef des Ost-Berliner „Palast-Hotels“ zu kümmern.

VIII. Der Besuch in Nordrhein-Westfalen

Tags darauf – am 9. September – war der Staatsratsvorsitzende Gast der nordrhein-westfälischen Landesregierung, bevor er am Abend nach Saarbrücken flog. In Köln waren am frühen Morgen zunächst 350 Vertreter der wichtigsten bundesdeutschen Unternehmen auf Einladung des Deutschen Industrie- und Handelstages zusammengekommen, um die Plädoyers von Erich Honecker und Günter Mittag für eine engere deutsch-deutsche Wirtschaftskooperation zu vernehmen. Zu den westdeutschen Managern gesellten sich die Generaldirektoren von 22 Kombinat und Außenhandelsgesellschaften der DDR, die eigens zu diesem Anlaß nach Köln gereist waren.

Und während die Chefs der Jenaer Zeiss-Werke, des Mansfeld-Kombinates „Wilhelm Pieck“ und

der Petrochemie von Schwedt an der Oder noch mit den Repräsentanten von Siemens und Hoechst, AEG, Quelle und Salamander parlierten, war Honecker schon auf dem Weg nach Düsseldorf, um in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei Ministerpräsident Johannes Rau seine Aufwartung zu machen.

An diesem dritten Tag der Visite hatte das ausgeklügelte Protokoll auch einige Minuten Zeit für ein Gespräch Honeckers mit dem Manne vorgesehen, der ihn sechs Jahre zuvor zur Reise ins westliche Deutschland eingeladen hatte: Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt saß in Schloß Benrath am festlichen Mittagstisch.

Als Honecker anschließend in Wuppertal den Ort aufsuchte, an dem – bis zu einer Bombennacht 1943 – das Geburtshaus des Unternehmers und Marx-Gefährten Friedrich Engels gestanden hatte, nun eine Gedenkstätte, lieferten sich vor dem Haus widerstreitende Sprechchöre der Jungen Union – „Die Mauer muß weg!“ – und der DKP – „Hoch die internationale Solidarität“ – einen lautstarken Wettbewerb. Auch den Rock-Musiker Udo Lindenberg hatte es an diesen Ort getrieben – er beschenkte den ersten Mann der DDR mit einer elektrischen Gitarre, auf der die Parole stand: „Gitarren statt Knarren – für eine atomwaffenfreie Welt“.

In Essen hatte Erich Honecker – fast auf den Tag genau 54 Jahre zuvor – als junger kommunistischer Funktionär, von der Führung seines Verbandes ins Ruhrgebiet geschickt, Widerstand gegen das NS-Regime zu organisieren versucht – und er hatte dafür mit zehn langen, erbärmlichen Kerker-Jahren bezahlen müssen. Wer die Biographie des Mannes kannte, begriff den symbolischen Gehalt der Szene, die das Fernsehen am Spätnachmittag des 9. September 1987 aus der großen, mit Gobelins geschmückten Halle der Villa Hügel übertrug: Da stand er nun im Hause der Krupps, jener Industriellen-Familie, die wie keine andere im Weltbild deutscher Leninisten als Verkörperung des historisch unvermeidlichen Umschlags vom Kapitalismus zum Imperialismus gegolten hatte, da stand er nun unter kristallinen Lüstern an der Seite des Krupp-Managers Berthold Beitz, umgeben von einer auserlesenen, gut hundertfünfzig Köpfe zählenden Schar westdeutscher Industriemanager, deren Anblick einen der wenigen anwesenden Gewerkschafter, Franz Steinkühler von der IG Metall, zu dem knappen Kommentar veranlaßte: „Wenn irgendwo Macht ist, dann heute hier.“²⁵

24 Der Tagesspiegel vom 11. September 1987.

25 Die Tageszeitung vom 11. September 1987.

IX. Trier – Saarbrücken – München

Am vierten, am vorletzten Tag seines Besuches, war Honecker Gast der Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Oskar Lafontaine. Der rheinland-pfälzische Regierungschef empfing ihn im Trierer Kurfürstlichen Palais und übergab ihm die Bittschriften von hundert Bundesbürgern, in denen auf Schicksale getrennter Familien und politischer Gefangener verwiesen wurde. Eher wortkarg gab sich der Staatsratsvorsitzende, als er das Trierer Geburtshaus von Karl Marx durchschritt – in das Gästebuch schrieb er Namen und Bekenntnis: „Mit Stolz können wir an der Geburtsstätte des großen Deutschen auf das in der Deutschen Demokratischen Republik Geleistete blicken. Geleitet von den Marxschen Ideen gestalten wir erfolgreich die entwickelte sozialistische Gesellschaft ...“²⁶ Außerhalb des Hauses und von der Polizei auf gebührende Distanz gehalten, hatten sich Angehörige der FDP-Jugendorganisation „Junge Liberale“ postiert – mit einem Porträt von Marx und der Aufschrift: „Erich, was habt Ihr aus mir gemacht.“

Noch einmal wollte er das saarländische Wiebelskirchen sehen – das Haus, in dem er 1912 als viertes Kind einer Bergarbeiterfamilie zur Welt gekommen, und ein anderes, in dem er aufgewachsen war. Zu den Gräbern seiner Eltern auf dem Friedhof von Wiebelskirchen durften ihn die sonst stets gegenwärtigen Fernsehkameras nicht geleiten. Waren es die an diesem Tag berührten persönlichen Gefühle oder jene häufigen Anspielungen auf das Grenz-Regime seines Staates – er hatte sie immer vernommen –, die ihn am Abend des 10. September bei einem Gespräch mit Einwohnern von Neunkirchen im Bürgerhaus der Gemeinde zu dem Satz bewogen, die Grenzen seien nicht so, wie sie sein sollten, das müsse unter den gegebenen internationalen Bedingungen als „nur allzu verständlich“ erscheinen: „Aber ich glaube, wenn wir gemeinsam entsprechend dem Kommuniké handeln, das wir in Bonn vereinbart haben, und in Verbindung damit eine friedliche Zusammenarbeit erreichen, dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen vereint.“²⁷ Das

fiel ein wenig aus dem Rahmen des in vier Tagen immer wieder Gesagten – Journalisten stürzten zu den Telefonen, Agenturen verbreiteten Honeckers in freier Rede gemachte Bemerkung als vermeintlich hoffnungsvolle Sentenz.

Letzte Station der Reise: München und das vor den Toren der bayerischen Metropole gelegene ehemalige NS-Konzentrationslager Dachau. Ministerpräsident Franz Josef Strauß hieß Honecker auf dem Flughafen und in seiner Staatskanzlei willkommen, erinnerte an frühere Begegnungen – zuletzt während der Leipziger Frühjahrsmesse – und zitierte das Wort eines pietistischen Theologen: „Gott gebe mir Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.“²⁸ Beim Mittagessen im Antiquarium der Münchner Residenz, einst Sitz der Wittelsbacher, sagte Strauß (und tags darauf stand es getreulich in den DDR-Zeitungen), die Berliner Mauer passe nicht mehr in die neue Phase weltpolitischer Entwicklung, er wolle aus Honeckers Neunkirchner Rede „keine utopischen und phantastischen Schlußfolgerungen“ ableiten, sehe aber in den Worten des Staatsratsvorsitzenden „hoffnungsvolle Anzeichen für einen besseren Weg in eine gesicherte Zukunft“²⁹.

Nach Dachau hatte Strauß Honecker nicht geleiten wollen – die Oppositionsparteien, Sozialdemokraten und Grüne, vermerkten es mit Unbehagen. Auf dem Flugplatz stand der bayerische Ministerpräsident wieder neben seinem Gast aus Ost-Berlin, als – wie sechs Stunden zuvor bei der Ankunft – eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei zum Abschied die Hymnen der DDR, der Bundesrepublik und des Freistaates Bayern intonierte.

Hymnen, Fahnen, Polizeieskorten, Rituale der Macht – fünf Tage lang mit protokollarischer Akribie in Szene gesetzt –, sie dienten zahllosen Kommentatoren als Beleg für die These, daß die nun endgültig anerkannte Doppelstaatlichkeit der Deutschen fort dauern werde – bestimmt in den neunziger Jahren und vermutlich über den Rest des Jahrhunderts hinaus. Man habe halt, meinte der Schweizer Dramatiker Friedrich Dürrenmatt in einer Fernsehrunde, der „inszenierten Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung“³⁰ beigewohnt.

26 Neues Deutschland vom 11. September 1987.

27 Ebd.

28 Der Besuch (Anm. 18), S. 155.

29 Ebd., S. 163.

30 Neue Zürcher Zeitung vom 13. September 1987.

Umbruch – Wende – Revolution

Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989

I. Vorbemerkungen

Otto von Bismarck hat die Zusammenschau seiner politischen Erfahrungen und Reflexionen nach dem Ausscheiden aus dem Amt als Reichskanzler unter dem eigentümlich verqueren Titel „Gedanken und Erinnerungen“ zusammengefaßt¹. Wäre es nicht logisch korrekter gewesen, von „Erinnerungen und Gedanken“ zu sprechen? Kommt nicht erst die Erinnerung und dann ihre gedankliche Reflexion? Gerade weil dies so ist, hat es der Begriff „Revolution“ offenbar schwer, sich zur Charakterisierung der großen politischen Umbrüche in Deutschland 1989/90 durchzusetzen. Denn die gedankliche Reflexion über jene „Wendezeit der Geschichte“, eine Wortprägung des Historikers Karl Dietrich Bracher², vollzog sich in den seither vergangenen Jahren eher anhand der zeitgeschichtlichen Zeugenschaft als aufgrund analytischer Reflexionen.

Bundeskanzler Helmut Kohl, beispielsweise, ließ seine semiautobiographische Darstellung der ebenso faszinierenden wie dramatischen Ereignisse von 1989/90 betiteln: „Ich wollte Deutschlands Einheit“³. Horst Teltschik, damals sein engster außenpolitischer Mitarbeiter, benannte seinen Tagebuchbericht „329 Tage. Innenansichten der Einigung“⁴, und Wolfgang Schäuble, als Bundesinnenminister der Architekt des deutschen Einigungsvertrages, zog seine erinnernde Bilanz unter dem Titel „Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte“⁵.

Mit dem Begriff des Einigungsvertrages wird das Faktum der Einigung der lange getrennten zwei

deutschen Teilstaaten zum Kern der politischen Umwälzungen 1989 und ihrer Folgen 1990 gemacht. Wenn Wolf Lepenies mit Blick auf die Aufgaben der Einigung, die sich aus der Einheit ergeben haben, von den „Folgen einer unerhörten Begebenheit“⁶ sprach, so nahm auch er als Referenzpunkt seiner essayistischen Betrachtungen das Faktum des staatlichen Zusammenschlusses und des nachfolgenden gesellschaftlichen Zusammenwachsens. Ob Einheit, Einigung oder Vereinigung – nur noch selten wurde der Begriff der Wiedervereinigung verwendet –, von den Ursachen und Zusammenhängen, in denen dieser staatspolitische und gesellschaftliche Vorgang stand, war kaum mehr die Rede. Im Vordergrund standen die Folgen, nicht aber die Ursachen und Umstände der deutschen Variante von „1989“.

Wolfgang Schäuble brachte in seinem Bericht eine Sichtweise auf den Punkt, die geradezu einen Gegensatz zwischen dem Vorgang der staatsrechtlichen Einigung und der Deutung der ihr vorausgegangen Ereignisse und Prozesse als einer Revolution nahelegte: „Revolutionen, das zeigt die Geschichte, beschleunigen sich, werden mächtiger, reißen dann wie Lawinen alles mit sich. Die deutsche Revolution war, so gesehen, keine richtige Revolution. Und das war gut so – im Interesse der Einheit. Wäre Blut geflossen, hätten wir, meiner Ansicht nach, die Vereinigung nicht erreicht.“⁷ Das entsprechende Kapitel von Schäubles Buch ist überschrieben: „Unvollendete Revolution. Die friedliche Überwindung des SED-Staates“. Die Einheit wird als Antithese zur Revolution gedeutet, denn diese war auch für Schäuble nur mit fließendem Blut vorstellbar.

II. „Umbruch“ oder „Wende“ – zwei unscharfe Begriffe

In der wissenschaftlichen Literatur, die sich mit „1989“ und dem Weg zur deutschen Einheit befaßt, finden sich gewöhnlicherweise Begriffe wie

1 Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Kritische Ausgabe besorgt von Gerhard Ritter und Rudolf Stadelmann (Friedrichsruher Ausgabe, Band 13), Berlin 1932.

2 Karl Dietrich Bracher, Wendezeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992, Stuttgart 1992.

3 Helmut Kohl, Ich wollte Deutschlands Einheit. Dargestellt von Kai Diekmann und Rolf Georg Reuth, Berlin 1996.

4 Horst Teltschik, 329 Tage. Innenansichten der Einigung, Berlin 1991.

5 Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991.

6 Wolf Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992.

7 W. Schäuble (Anm. 5), S. 15.

„Umbruch“ oder „Wende“, oder auch Charakterisierungen wie „Zuspitzung der Krise“ und „Zusammenbruch“⁸. Der Begriff des „Umbruchs“ entspringt in diesem Zusammenhang wohl eher dem Vokabular der seinerzeitigen Medienberichterstattung, gehört aber auch zu jenen Kategorien des politischen Vokabulars, die den Niedergang des kommunistischen Totalitarismus in der DDR noch im nachhinein eher beschönigen – oder auch nur frühere Publikationen der entsprechenden Autoren über diese Vergangenheit! – und die neuen Verhältnisse als Folge eines sozialplanerischen, harmlosen Umbauprozesses zu charakterisieren wünschen. Ganz zugespitzt findet sich diese Position in jener Literatur, in der der „Umbau der DDR“ als Strategie gegen die deutsche Einheit postuliert worden ist⁹.

Maßvoller, analytischer und unideologischer wird der Begriff des „Umbruchs“ in wissenschaftlichen Studien verwendet, die Einzelaspekte der Veränderung empirisch zu erfassen suchen¹⁰, oder in solchen Veröffentlichungen, die ganz bewußt auf eine präzise Begriffsbestimmung verzichten, um den Gesamtzusammenhang der Veränderungen um und nach „1989“ durch die Verwendung des Wortes „Umbruch“ sprachlich zu bewahren¹¹. Als analytische Kategorie zur vollen Entschlüsselung der Vorgänge, die 1989 ihren Höhepunkt erreichten, reicht der Begriff des Umbruchs nicht aus. Hans Maier hat in einer Betrachtung über „Geistige Umbrüche in Deutschland 1945–1995“ darauf hingewiesen, daß der Begriff des „Umbruchs“ ebenso unscharf ist wie der von Historikern gerne und häufig verwendete Begriff der „Epoche“. Letzterer meinte in seinem griechischen Ursprungsbegriff „... ein Anhalten, eine Pause, eine Unterbrechung“¹². Wer Bestehendes anhält und wer den Gang der Dinge unterbricht, ehe eine neue Konstellation sich einstellt, bleibt sowohl bei der Verwendung des Begriffs „Umbruch“ als auch des Begriffs „Epoche“ ungeklärt. „Beide Worte“, so Hans Maier, „haben eine Tendenz zum Anonymen, Unpersönlichen. Umbrüche sind nur in bescheidenem Maße zure-

chenbar. Sie lassen sich nicht ohne Umschweife auf persönlich Verantwortliche oder gar Schuldige zurückführen.“¹³

Der Begriff der „Wende“ hat sich im Zusammenhang mit den Vorgängen von 1989/90 und dem Weg zur deutschen Einheit vielerorts eingebürgert. Er geht so rasch und leicht über die Lippen, erscheint unkontrovers, harmlos und „irgendwie“ nicht falsch. Dabei haftet ihm, mehr noch als jedem anderen in diesem Zusammenhang verwendeten Wort, bei genauerer Betrachtung eine ärgerliche ideologische Konnotation an. Geprägt wurde das Wort von der „Wende“ nämlich nicht von behutsamen Interpreten des Gewesenen, sondern von Akteuren der Verhinderung einer wirklichen Veränderung. Genauer gesagt von Egon Krenz. Am 18. Oktober 1989 wurde dieser vom Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Generalsekretär und damit in dieser Funktion zum Nachfolger von Erich Honecker berufen. In seiner ersten Rede beschwor er „die längst als unglaubwürdig diskreditierte Politik der Einheit von Kontinuität und Erneuerung, nicht ohne dabei uneingeschränkt das politisch-ideologische Herrschaftsmonopol der Partei zu reklamieren“¹⁴. In diesem Zusammenhang benutzte Krenz den Begriff der „Wende“, die er einleiten wolle, und stellte „Zugeständnisse in Aussicht, die wenige Monate zuvor noch breite Zustimmung gefunden hätten – eine Erneuerung des politischen Systems, eine Reform in Wirtschaft und Verwaltung, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsgerichtsbarkeit, eine Amnestie, eine neue Medienpolitik, Reiseerleichterungen –, aber sie kamen zu spät“¹⁵. Bald machte das Wort von den „Wendehälsen“ die Runde.

Krenz' „Wende“ beschleunigte die Veränderungsprozesse entgegen seiner eigentlichen Zielsetzung. Der Begriff der „Wende“ aber überlebte die DDR und wird seither umgangssprachlich sowohl zur Charakterisierung der Veränderungen in der krisenhaften Endphase der DDR als auch zur Benennung des gesamten Prozesses, einschließlich der deutschen Einheit, verwendet. Das „Copyright“ von Krenz und die damit intendierte Politik eines „gewendeten Sozialismus“ sind weithin vergessen. Analytische Schärfe besitzt der Begriff ohnehin nicht. Im Gegenteil: Noch eindeutiger, als dies für gewisse Verwendungen des Begriffs „Umbruch“ gilt, ist der Begriff der „Wende“ in seiner seinerzeitigen politischen Absicht zu erkennen; er ist eine Verharmlosungsformel gegenüber Charakter und Qualität der DDR.

8 So Stefan Wolle, Der Weg in den Zusammenbruch, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.), Die Gestaltung der Deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 73 ff.

9 Vgl. Rainer Land (Hrsg.), Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin 1990.

10 Dazu gehört beispielsweise: Christiane Lemke, Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991.

11 So bei Ludger Kühnhardt, Mitten im Umbruch. Historisch-politische Annäherungen an Zeitfragen, Bonn 1995.

12 Hans Maier, Geistige Umbrüche in Deutschland 1945–1995, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Deutschland 1945–1995. Betrachtungen über Umbrüche, München 1995, S. 13.

13 Ebd.

14 St. Wolle (Anm. 8), S. 68.

15 Ebd.

III. Verwendung und Interpretation des Begriffs „Revolution“

Bleibt der Begriff der „Revolution“. Eingebürgert hat sich die Verwendung des Revolutionsbegriffs in Verbindung mit dem Epitheton „friedlich“¹⁶. Damit wird vor allem auf die gewaltfreien Massendemonstrationen hingewiesen und auf die maßvolle Zurückhaltung der DDR-Staatsmacht in ihren Gegenmaßnahmen. Es kam zu keinem deutschen Tien-amen-Massaker. In diesem Sinne wurden die Demonstranten und Aktivisten der DDR-Bürgerbewegungen zu Trägern einer „friedlichen Revolution“ erklärt, zumeist deskriptiv in den Massenmedien¹⁷.

Zuweilen fiel eine ironische Verwendung des Revolutionsbegriffs auf, die aus der Retrospektive die These von einer „abgebrochenen“ oder sogar „verratenen“ Revolution untermauern sollte¹⁸. Differenzierter war da schon die Analyse von Jürgen Habermas, der eine Aufsatzsammlung mit dem Titel „Die nachholende Revolution“ versah und damit die Veränderungen im Sinne einer Art linker Selbstkritik materialistisch und modernisierungstheoretisch deuten wollte¹⁹.

16 So Götrik Wewer (Hrsg.), DDR. Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung, Opladen 1990. Befremdlich mutete es an, daß ausgerechnet Egon Krenz den Begriff der „friedlichen Revolution“ aufgriff, um seine eigene Rolle zu erklären und zu rechtfertigen: Egon Krenz, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Verlauf – Auswirkungen, Wien 1990.

17 Beispielsweise: Marlies Menge, „Ohne uns läuft nichts mehr“. Die Revolution in der DDR, Stuttgart 1990; aus amerikanischer Perspektive: Melvin J. Lasky, Wortmeldung zu einer Revolution. Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland, Frankfurt am Main 1991.

18 Beispielsweise: Heinz Kallabis, Ade DDR!, Berlin 1990, oder noch zugespitzter: Michael Schneider, Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.

19 Jürgen Habermas, Die nachholende Revolution. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt am Main 1990: „Nachholen will man, was den westlichen Teil Deutschlands vom östlichen vier Jahrzehnte getrennt hat – die politisch glücklichere und ökonomisch erfolgreichere Entwicklung.“ (S. 181). Noch in die Kritik an den Fehlurteilen der Linken über die DDR mischte sich bei Habermas eine eigentümlich „unkritische Kritik“ an der Grundordnung der DDR – es war eben nicht ein geradezu deterministischer Zustand, der die westdeutschen Verhältnisse einfach „politisch glücklicher und ökonomisch erfolgreicher“ enden ließ. Bezeichnend ist indessen der neue Grundkonsens, der darin zum Ausdruck kam, daß auch Jürgen Habermas sich nun als Verfassungspatriot bekannte – ein Begriff, den schon Jahrzehnte zuvor Dolf Sternberger in eindeutig liberal-konservativer Konnotation eingeführt hatte. Habermas ließ ein gewisses Unbehagen darüber nicht los, daß diese „nachholende Revolution“ ohne eigene neue Ideen auskam – eine für Denker des Fortschrittsglaubens geradezu häretische Vorstellung.

Revolutionszeiten ist stets die Vieldeutigkeit ihrer Interpretation zu eigen gewesen. Zumeist klärt sich der Blick erst mit gebührender Distanz auf die Ereignisse. Von Mao Tse-tung ist das Bonmot überliefert, er könne die Wirkungen der Französischen Revolution noch nicht abschließend beurteilen – dafür sei es noch zu früh! Die üblichen Verwendungen des Begriffs „Revolution“ zur Deutung der großen Veränderungen in Deutschland und Europa 1989/90 lassen sich in drei Kategorien einteilen:

1. Revolution als bürgerschaftlicher Aufbruch gegen die Diktaturen des spätotalitären Kommunismus, wobei sich die machtpolitischen Ambitionen dieses Aufbegehrens im Zuge der Entwicklung erst schrittweise verfestigten und radikalisierten;
2. Revolution im Sinne eines prinzipiellen Systemwechsels, der aufgrund des gewaltfreien Charakters im Regelfall mit dem Beiwort „friedlich“ verbunden, um nicht zu sagen geschmückt wird;
3. Revolution als Vision einer ganz anderen Welt, die sich überall dort nicht von ihrer ursprünglich linken, antikapitalistischen und latent antiparlamentarischen Ursprungsidee lösen konnte, wo nach dem Vollzug der deutschen Einheit das Wort von der „abgebrochenen“ oder gar von der „verratenen“ Revolution aufkam.

Von diesem letzten, sozialrevolutionär eingefärbten Begriff geht im Grunde – mittelbar oder unmittelbar – auch noch jene Verwendung des Revolutionsbegriffs aus, die Wolfgang Schäuble sich zu eigen machte, um fast erleichtert über die „unvollendete Revolution“ zu reflektieren. Einerseits wurde der prinzipielle Systembruch als revolutionär empfunden, andererseits beherrschte der klassische Begriff marxistischer Revolutionstheorie seinen Zugang zur Verwendung des Wortes „Revolution“: Revolutionen seien schlecht, da sie gewaltsam enden und marxistisch orientierte Linksdiktaturen hinterlassen würden – so lautete die Ausgangsprämisse, auf deren Basis er erleichtert davon Kenntnis nehmen konnte, daß die „friedliche Revolution“ nicht nur „friedlich“, sondern im Sinne der marxistischen Theorie auch „unvollendet“ geblieben war.

Verwirrend bleibt also die Verwendung und Interpretation des Revolutionsbegriffs. Soll er dennoch einen analytischen Zweck bei der Deutung von „1989“ gewinnen oder bewahren, bedarf es eines distanzierteren und emotionsfreieren Revolutionsbegriffs als desjenigen, der zwischen plakativer alltagssprachlicher Verwendung als Allerweltsbe-

griff – bis hin zur „Revolution in der Kaffeemaschinenteknik“ – und ideologisch vorbelasteter Verwendung im Sinne der marxistischen Revolutionstheorie hin und her pendelt.

1. Hannah Arendts Revolutionstheorie

Die Debatte um den Revolutionsbegriff hat durch die Philosophin Hannah Arendt eine besonders profilierte Akzentuierung erfahren. Sie widmete dem Phänomen politischer Revolutionen Anfang der sechziger Jahre eine sehr dichte und zugleich essayistisch leicht lesbare Monographie²⁰. Darin arbeitete sie fundamental unterschiedliche Grundbegriffe von der Revolution heraus: zum einen die Revolution als Wegbereiterin und/oder Vollenderin des Strebens nach sozialer Gerechtigkeit, zum anderen die Revolution als Mittel zur Herstellung verfassungsverankerter, rechtsstaatsgesicherter politischer und bürgerlicher Freiheit. In der Französischen Revolution beziehungsweise der Amerikanischen Revolution sah sie die historischen Muster für diese beiden grundsätzlichen Revolutionstypen.

Die unterschiedlichen Revolutionstypen lassen sich unter komparativen historischen Fragestellungen differenziert analysieren²¹. Man wird dabei unter anderem auf jenes mechanistische, naturwissenschaftliche Revolutionsverständnis stoßen, das Nikolaus Kopernikus meinte, als er 1543 über die Rückkehr der Sterne am Firmament schrieb: *De revolutionibus orbium coelestium*. Er verstand das Phänomen der Revolution im Sinne seines ursprünglichen lateinischen Grundbegriffs, das heißt der Rückkehr (*revolvere*). Die politische Übernahme dieses physikalisch-rationalen Revolutionsbegriffs von Kopernikus findet sich später beispielsweise bei Friedrich Schlegel. Den Sturm auf die Bastille, jenen symbolischen Höhepunkt des Revolutionsjahres 1789, der in seiner Symbolkraft durchaus mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 analog gesetzt werden kann, nannte Schlegel einen Versuch in der moralischen Chemie.

Beim Blick in die Geschichte des Revolutionsbegriffs wird man in der Renaissancezeit auf die eher unbestimmte Vermischung der Begriffe „*revoluzione*“ und „*rivoltura*“ stoßen. Bei Machiavelli war im Blick auf die politischen Umwälzungen in Florenz auch von „*Mutationen*“ die Rede. Man wird auf Edmund Burke stoßen, den ersten großen Kritiker der Französischen Revolution, der meinte, es sei gerade der Sinn einer erfolgreichen Revolution, daß sie keine neuen Ideen hervor-

bringt, sondern durch eine Verfassungsreform die Radikalisierung hin zu einer sozialen Revolution unterbindet. Man wird schließlich auf Karl Griewanks zeitgenössische wissenschaftliche Studie über den neuzeitlichen Revolutionsbegriff stoßen. Dieser Historiker unseres Jahrhunderts definierte eine Revolution als eine „stoßartige oder rasche Umwälzung mit sozialem Inhalt“ beziehungsweise als „Neuanfang unter entschiedenem Bruch mit der Vergangenheit“²². Dies ist wohl die gängige Revolutionsdeutung, wie sie bei den meisten mehr oder minder historisch interessierten und belese- nen Zeitgenossen anzufinden sein dürfte.

Damit ist weder etwas über die Richtigkeit dieser Interpretation ausgesagt, noch muß die Theorie allein deshalb falsch sein, weil viele sie als plausibel ansehen. Wer sich unter diesen Vorbehalten indessen auf die Revolutionstheorie der Hannah Arendt einläßt, muß sich bereit erklären, sein Denken neu zu justieren. Denn ihr Kriterium für die Definition ist nicht zu finden in der sozialen Wirkung einer Revolution, sondern in der Wirkung einer Revolution auf den Freiheitsbegriff und den Sinn der Freiheit nach einer Revolution. Sie fragte nicht so sehr danach, ob eine Revolution umwälzend genug war, um als Revolution akzeptiert zu werden, oder ob sie ausreichende soziale Veränderungen zur Folge gehabt hat, um mit dem Attribut des Fortschritts versehen werden zu können. Hannah Arendt suchte nach dem Unterschied zwischen guten und schlechten Revolutionen, nicht nach jenem zwischen konsequenten und unvollendeten Revolutionen oder wie immer die qualifizierenden (oder auch disqualifizierenden) Attribute lauten mögen.

2. Revolutionsfolgen

Im Sinne der angedeuteten Sinnzusammenhänge läßt sich die Erfahrung der politischen Umwälzungen von 1989/90 neu reflektieren und auf den Revolutionsbegriff hin beziehen. „*Revolutionen*“, so hatte Hannah Arendt in ihrer Studie formuliert, „sind die Folgen des politischen Niedergangs eines Staatswesens, sie sind niemals dessen Ursache.“²³ In diesem Sinne darf man eine Deutungsübertragung vornehmen und sagen: Die Revolutionen von 1989/90 waren die Folge des politischen Niedergangs der kommunistischen Staatswesen. In diesem Sinne waren auch der Niedergang der DDR und die Auflösung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern Auslöser und Teil einer Revolution.

20 Vgl. Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1974².

21 Vgl. Ludger Kühnhardt, *Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang*, München 1994.

22 Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Geschichte*, Frankfurt am Main 1973, S. 18 und S. 20.

23 H. Arendt (Anm. 20), S. 148.

Es verwundert nicht, daß Deutschlands Einheit, die aus dieser Revolution erwuchs, im Angesicht der über Jahrzehnte ungelösten „deutschen Frage“ zum eigentlichen Kerngehalt dieser Umwälzungen avancierte. Deutschlands Einheit war die Folge der Revolution in der DDR. Da diese Folge den Beginn einer neuen Ära für alle Deutschen markiert hat, war es nur plausibel, daß im gängigen Sprachgebrauch bald nur noch von dieser Folge, aber nur noch selten von den Ursachen und Bedingungen ihres Zustandekommens die Rede war. Aber es war eine Revolution, die auf den Niedergang des Staatswesens in der DDR gefolgt ist.

Der Argumentationslogik von Hannah Arendt zu folgen heißt, die Frage aufzuwerfen, ob es sich im Ergebnis um eine „gute“ oder eine „schlechte“ Revolution gehandelt hat. Ihr Kriterium war die Unterscheidung zwischen konstitutioneller Freiheitssicherung und sozialrevolutionärer Umwälzung. Letzterem haftet stets die Idee des Neuen an; sie wird getragen von einem Bild der Veränderung, das angestrebt wird. Die Irritation darüber, daß den Umwälzungen von 1989/90 im eigentlichen Sinne keine neue Idee zugrunde lag, bedeutet zweierlei:

1. Auf den Niedergang der sozialistischen Staats- und Parteidiktaturen folgten eben keine sozialambitionierten Revolutionen, sondern verschiedenerlei Versuche, um die Revolutionsdynamik konstitutionell zu zähmen.
2. Kriterium der Beurteilung, ob es sich im Ergebnis dennoch nicht nur um Revolutionen, sondern sogar um „gute“, das heißt erfolgreiche Revolutionen gehandelt hat, wird damit die Verfassungsfrage.

In diesem Sinne liegen die Dinge mit Blick auf Deutschland offenkundig am einfachsten. Deutschlands Einheit wurde vollzogen auf der Basis des erprobten und bewährten Grundgesetzes. Insofern endete die „friedliche Revolution“ in der DDR tatsächlich konstitutionell und ließe sich mit Hannah Arendts Kategorien aufgrund ihres Abschlusses als eine gute, eine gelungene Revolution charakterisieren. Insofern war diese „friedliche Revolution“ auch nicht „unvollendet“. Vor dem Hintergrund der Möglichkeit, daß Revolutionen konstitutionell enden und freiheitssichernd wirken können oder aber mit sozialveränderungsambitioniertem Antrieb eine unkontrollierbare Dynamik und Permanenz entwickeln können, ließe sich zutreffend am ehesten wohl von einer „gezügelter Revolution“ sprechen²⁴.

24 So L. Kühnhardt (Anm. 21), S. 257 ff.

Die „Wende“ in der DDR war nicht bloß ein „Umbruch“, sondern ein Systemzusammenbruch und zugleich eine Freiheitsrevolution, die sich an den menschenrechtlichen und demokratischen Postulaten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland orientierte. Insofern bedurfte es keiner neuen Ideen, nicht der Suche nach dritten Wegen und künstlichen Konstruktionen einer Art von „Österreich-Lösung“ für die DDR. Die Einheitsidee und der Freiheitsanspruch bedingten sich wechselseitig. Auch wenn das Einheitsfaktum zum Inbegriff der Umwälzungen in Deutschland wurde, so ist die Tatsache doch nicht weniger wesentlich, daß die Einheitsidee aus dem Freiheitsanspruch erwuchs und auf diesen durch die Annahme des Grundgesetzes durch die Menschen in der DDR wieder zurückwirkte. In dem Demonstrationslogan „Wir sind das Volk“ ertönte die Perspektive programmatisch. „Das Volk“ sah sich als „ein Volk“, aber nur solange und insofern, als die Einheit zur Freiheit im Rahmen des Grundgesetzes führen konnte.

Auf besonders glückliche Weise bot das Grundgesetz den Referenzpunkt für diese dialektische Sichtweise und zugleich den Rahmen, um das Begehren in beiderlei Gestalt aufzunehmen und zur Realität werden zu lassen. Insofern war es nicht nur nicht notwendig, im Zuge der deutschen Einigung eine neue deutsche Verfassung zu konzipieren. Es war schlechterdings überflüssig und hätte den Charakter dieser deutschen Revolution verändert, wenn nicht sogar verfälscht. Romantische Ideen, die 1989/90 in Deutschland über den Sinn einer Neuschreibung der Verfassung kursierten, gab es durchaus. Hinter ihnen schien für einen Augenblick wieder die aus der Französischen Revolutionsgeschichte hinlänglich bekannte Neigung auf, auf soziale Veränderungen unmittelbar mit Veränderungen der staatlichen Verfassung zu antworten²⁵. Es bedurfte keines neuen deutschen Verfassungsverständnisses, da das Grundgesetz der alten Bundesrepublik sich bewährt hatte und seine Funktion, stellvertretend für alle Deutschen wirksam zu sein, solange die Teilung anhielt, gerade dadurch unter Beweis gestellt hatte, daß die Mehrheit der Menschen in der DDR, als sie es denn vermochten, die deutsche Einheit im Rahmen und unter dem Dach dieses Grundgesetzes suchten und erwirken konnten. Der Begriff des „Verfassungspatriotismus“ trifft seither im Grunde noch eindeutiger zu als zuvor in der alten Bundesrepublik, wo ihm zuweilen ein

25 Vgl. beispielsweise Ulrich K. Preuß, *Revolution, Fortschritt und Verfassung. Zu einem neuen deutschen Verfassungsverständnis*. Berlin 1990.

etwas künstliches, herbeigeredetes Moment angehaftet hatte²⁶.

Im Vergleich mit den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas, in denen 1989/90 die niedergegangenen sozialistischen Diktaturen gestürzt wurden, wird die Plausibilität des Arguments noch deutlicher, daß es sich in Deutschland um eine konstitutionell gezähmte und gerade darin geglückte Revolution gehandelt hat. Am markantesten war der Gegensatz in Rumänien, wo in den Weihnachtstagen 1989 die einzige Blutzugenschaft des *annus mirabilis* zu beklagen war. Im Ergebnis bedeutete der Sturz des „Dracula“ Ceaucescu nicht mehr als einen Staatsstreich, wenngleich sich die neue Mannschaft, die aus den alten Strukturen stammte, dadurch zu legitimieren suchte, daß sie dem Volk weiszumachen suchte, es handele sich bei ihrer Machtübernahme in Wirklichkeit doch um eine nationale und soziale Revolution. Neue Verfassungsverhältnisse mit rechtsstaatssichernden Mechanismen, Menschenrechtsschutz für Mehrheit und Minderheiten ließen auf sich warten – und soziale Fortschritte übrigens auch.

Der Wahlsieg des bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten Constantinescu im November 1996 bedeutete daher in der Tat eine Art „nachholender Revolution“. Erst jetzt konnte ein konsequenter Umbau des politischen Systems in Rumänien begonnen werden, dessen Kern die Herrschaft der Gesetze und die konstitutionelle Garantie von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie sein soll. Über das Gelingen dieses beschwerlichen Weges wird erst dann geurteilt werden können, wenn aus der pseudopermanenten nationalen und sozialen Bewegung, die Ceaucescu-Nachfolger Iliescu Rumänien verordnet hatte, nachprüfbar konstitutionelle Stabilität und gefestigte Freiheitsgarantie im Verfassungsrahmen für alle Staatsbürger Rumäniens geworden sein wird.

Die politische Entwicklung in den anderen Staaten, die sich 1989/90 vom Joch der kommunistischen Parteidiktatur gelöst haben, bewegt sich in sehr unterschiedlichen Varianten zwischen den beiden Extremen: der gezähmten Revolution der Deutschen und der extrem verschleppten Revolu-

tion der Rumänen. Der Erfolg der konstitutionellen Revolution in Polen, Ungarn und in der Tschechischen Republik, in Slowenien und in den baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen zeigt sich daran, daß diese Staaten sich am Ausgang des 20. Jahrhunderts am konkretesten und intensivsten auf dem Weg in die westeuropäisch-atlantischen Integrationssysteme befinden. Die gelungene Verfassungsrevolution hat diese Länder zu einem Teil des politischen Westens – zum „Osten des Westens“ – werden lassen²⁷.

Überall dort aber, wo die Transformationsprozesse noch in einem unbestimmten und wohl auch unbestimmbaren Flusse sind, wird man sagen müssen, daß die Verfassungsfrage noch nicht eindeutig und abschließend geklärt ist. Dies gilt in prinzipiell verfassungstheoretischer und verfassungspolitischer Hinsicht etwa in Weißrußland, und es gilt in machtpraktischer Hinsicht beispielsweise in Rußland oder in der Slowakei. Ob die Revolution dieser neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts in diesen und einigen anderen Ländern eines Tages von einem neautoritären „Napoleon“ für beendet erklärt werden wird oder ob die Völker sie in freier Selbstbestimmung in einer rechtsstaatlichen Verfassungsdemokratie auffangen und zähmen werden, wird der Gang der Dinge zeigen müssen. Fürs erste gilt jedenfalls, daß die Beurteilung des Ausgangs dieses Revolutionsjahrzehnts abhängig bleibt von dem Grad an konstitutionell verbürgter Freiheit, den die einzelnen Transformationsländer am Ende als Zugewinn an demokratischer Kultur erlangen können.

3. Begriffsbildungen

Geschichte, so wußte der dänische Philosoph Sören Kierkegaard – und gewiß nicht nur er –, wird nach vorne hin gelebt und nach hinten erklärt. Die historische Erklärung des Epochenjahres „1989“ steht noch an. In den neunziger Jahren wird jenen Deutungen, die den Anspruch einlösen, wirklich als „historisch“ gelten zu können, durch Begriffsbildungen und Selbstreflexionen zugearbeitet. Dabei wird einmal mehr deutlich, daß „Schlüsselwörter in der Geschichte“²⁸ weder vorgegeben noch unumstritten sind. Jede Generation prägt ihre Inhalte neu, arbeitet an Deutungen und Umdeutungen mit. Zum „spannungsvollen und ambivalenten Verhältnis von Politik und Sprache“²⁹ gehört die Frage nach der terminologischen

26 Urheber des Begriffs war der Politikwissenschaftler Dolf Sternberger. Anlässlich eines Symposiums zu seinen Ehren formulierte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 6. November 1987 in der Universität Heidelberg: „Ein Patriotismus, der sich der Verfassung verpflichtet fühlt, taugt nicht dazu, Massen zu begeistern. Er dient auch nicht dem Zweck, uns in gute und schlechte Patrioten auseinanderzusortieren. Er hilft vielmehr, einen nüchternen Gemeinschaftssinn zu entwickeln, der Gegensätze und Standpunkte nicht verschleiert, aber die Gemeinschaft auch nicht der Gegensätze wegen aufkündigt.“ Richard von Weizsäcker, Reden und Interviews (4), hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1988, S. 134.

27 Vgl. Ludger Kühnhardt, Der Osten des Westens und die russische Frage, in: ders. (Anm. 11), S. 207 ff.

28 Karl Dietrich Bracher, Schlüsselwörter in der Geschichte, Düsseldorf 1978.

29 Ebd., S. 9.

Einordnung des epochalen Sturmjahres „1989“ und des Zusammenhangs der Umwälzungen in Deutschland und Europa, die damit bezeichnet werden sollen.

Der Historiker Karl Dietrich Bracher hat mit Blick auf die Gegner des Rechts- und Verfassungsstaates die prägnante Formel vom „Marsch durch die Wörter“ gefunden und als die Absicht beschrieben, „jene grundlegenden Wertkategorien und Wertbegriffe so zu verbiegen ..., daß ihre historische Substanz und ihre politische Wertstellung fast beliebig verwendbar erscheinen“³⁰. Über lange Zeit ist dieser „Marsch durch die Wörter“ auch dem Revolutionsbegriff widerfahren, indem er einer sozialrevolutionären Engführung unterworfen worden ist. Die ursprüngliche Bedeutung im Sinne der Rück- beziehungsweise Umkehr der Verhältnisse an einen ursprünglichen Ort der Freiheit verblaßte dabei oder geriet völlig ins Vergessen. Den Begriff der Revolution im ursprünglichen Sinne als Mittel zur Freiheit wiederentdeckt zu haben und gegenüber einer Deutung abzugrenzen, wonach Revolutionen allein als ein Werkzeug der Gleichheit denkbar und nur vom Ertrag der Gleichheit unter den Menschen her zu rechtfertigen seien, ist die bleibende Leistung von Hannah Arendts Revolutionsstudie.

Aus dieser Perspektive gewinnt die Interpretation der Vorgänge, die 1989/90 nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa erschütterten und in Atem hielten, neue Schärfe. Die Hilfsbegriffe „Wende“ beziehungsweise „Umbruch“ entpuppen sich als Krücken oder sogar als ambitionierte Versuche der Verniedlichung, nicht zuletzt, um den Gegenstand der Umwälzungen – die kommunistischen Einparteiendiktaturen – in günstigerem Licht erscheinen zu lassen. Daß sie, die selbsternannten Inbegriffe des sozialrevolutionären Fortschritts, einmal mit ihren eigenen Waffen widerlegt werden sollten, wäre Karl Marx und Wladimir Iljitsch Lenin wohl kaum eingefallen. „Revolution“ konnte in ihren Augen nur genannt werden, was

30 Ebd., S. 94.

sie selbst ins Werk zu setzen trachteten. „Revolution“ war für sie nur gut, solange sie sozial ambitionierten Fortschrittmustern folgte. Diese marxistisch-leninistische Revolutionstheorie ist mit ihren eigenen Hervorbringungen untergegangen.

Daß es auch ganz anders geht, konnte Hannah Arendt mit Rückgriff auf die älteren Begriffsbestimmungen der Revolutionsidee zeigen. Dadurch wurde der Revolutionsbegriff von seiner sozialrevolutionären Ideologisierung entbunden und wieder im eigentlichen Sinne als politische Analysekategorie brauchbar. Auf dieser Grundlage ist es möglich, ja geradezu zwingend notwendig, die „Wende“ in der seit 1917 verkündeten Sozialrevolution und den „Umbruch“ in den Ländern des kommunistischen „progrès“ als die eigentliche Revolution zu charakterisieren. Die Sozialrevolution von 1917 und ihre Nachahmungen nach 1945 werden dadurch zugleich zur Reaktion; sie müssen als das eigentlich Reaktionäre überführt werden.

Revolutionär aber waren die Helden von „1989“. Sie werden es bleiben, wie ihre Taten es verdienen, als „Revolution“ bezeichnet zu werden. Nicht Marx und Lenin, sondern Havel und Walesa, nicht Mao und Ho Tschj-minh, sondern die Montagsdemonstranten 1989 in Leipzig und die Bürgerbewegungen in Berlin und Dresden, nicht Castro und Che Guevara, sondern die freiheitsliebenden mutigen Bürger von Belgrad im Winter 1996 sind die bleibenden Revolutionäre des 20. Jahrhunderts. Bleibend nicht allein, weil ihre Revolutionen „friedlich“ verlaufen sind, sondern vor allem, weil sie dem demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat zustrebten und ihm ungeachtet aller sozialen Turbulenzen als notwendiger Bedingung der Sicherung der Freiheit verpflichtet geblieben sind. Bleibend sind die Revolutionen des Sturmjahres 1989 und ihre nachholenden Fortsetzungen aber schließlich auch darin, daß ihr Verdienst den demokratischen Rechtsstaaten Europas zum Vermächtnis für eine neue, sich erst langsam in ihren Konturen andeutende Epoche geworden ist.

Innere Einheit – aber wo liegt sie?

Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach
der Wiedervereinigung Deutschlands

I. Vorbemerkungen

„Deutschland – aber wo liegt es?“ fragte Heinrich Heine vor ziemlich genau 150 Jahren Politik und Bürgertum in Deutschland kritisch und skeptisch in seinem Verspamphlet „Deutschland, ein Wintermärchen“ (1844). Es lohnt sich, die Frage sieben Jahre nach der Wiedervereinigung, zeitgemäß variiert, neu zu stellen, weil die Zwischenbilanzen ganz überwiegend kritisch-skeptisch ausfallen. Vereint, aber noch nicht eins – das ist der Tenor der sozialwissenschaftlichen wie politischen Bilanz zur Lage Deutschlands. Zwar gibt es auch hier eine Minderheitenmeinung, die das Zusammenwachsen wesentlich positiver beurteilt¹, vorherrschend ist jedoch die Einschätzung, daß es bis zur inneren Einheit noch viel Zeit brauche, 10 bis 15 Jahre mindestens. Für einige verhärten sich sogar die politisch-ideologischen Divergenzen² oder findet eine Wieder-Entfremdung des ostdeutschen Bewußtseins statt³.

Die Politik hat den Imperativ der Herstellung der inneren Einheit oder der Vollendung der Einheit nach der äußeren, der verfassungsrechtlichen Vereinigung offensichtlich akzeptiert. Die Forderung ist nach mehr als vierzig Jahren höchst unterschiedlicher, sogar antipodischer Systementwicklungen in der DDR und der Bundesrepublik auch auf Antrieb plausibel. Doch ist bis heute völlig unklar, auf welchen Zustand die innere Einheit eigentlich abzielt, was sie umfaßt, was alles erfüllt

1 Vgl. Wilhelm Bürklin, Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: Eine Zwischenbilanz, in: Gerhard Lehmbuch (Hrsg.), Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1995, S. 11–24; Hans-Joachim Veen/Carsten Zeile, Zusammenwachsen oder auseinanderdriften? Eine empirische Analyse der Werthaltungen, der politischen Prioritäten und der nationalen Identifikationen der Ost- und Westdeutschen, Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 78/1994, Sankt Augustin 1994.

2 Vgl. Wolfgang Fach, Ko-Referat zu Wilhelm Bürklin, Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: Eine Zwischenbilanz, in: G. Lehmbuch (Anm. 1), S. 25–30.

3 So beispielsweise Elisabeth Noelle-Neumann, Eine Nation zu werden ist schwer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. August 1994.

sein muß, um sie zu vollenden: Innere Einheit – aber wo liegt sie?

Sie ist mehr und mehr zu einer wohlfeilen, gut klingenden und diffusen Metapher und daneben bereits zu einem Instrument in der Ost-West-Auseinandersetzung über knappe Mittel und politische Prioritäten im vereinten Deutschland geworden⁴. Der Imperativ der inneren Einheit läßt sich auf fast jeden beliebigen politischen, ökonomischen, sozialen und mentalen Zusammenhang projizieren – sei es in polemischer, in interessengeleiteter, in besorgter oder in wissenschaftlich-neugieriger Absicht. Eine präzisere Begriffsbestimmung sucht man in der wissenschaftlichen Literatur – aber auch in der Politikerrhetorik – bisher vergeblich.

Grundsätzlich lassen sich zwei Dimensionen innerer Einheit unterscheiden: eine subjektiv-perzeptionelle der Einstellungen und Einschätzungen und eine objektive der sozialökonomischen Strukturen und Lebensverhältnisse. Ich wende mich zunächst der ersten zu.

II. Zwischen diffuser Entgrenzung und völkischer Verdichtung: Die Ansätze der Sozialforschung

Im Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe 1996, bestimmt der Sozialwissenschaftler Max Kaase in dem mir bislang einzig bekannten Lexikonartikel die innere Einheit als etwas „nicht Selbstverständliches und Statisches, sondern eher etwas Offenes und Dynamisches“⁵. Ein klares sozialwissenschaftliches Konzept gebe es nicht, das Augenmerk sei auf die Fragen gerichtet, „wie ähnlich oder unähnlich die Menschen in West- und Ostdeutschland in ihren Mentalitäten, Lebensweisen und nicht zuletzt politischen Orientierungen

4 Hierauf hat erfrischend deutlich hingewiesen: Detlef Pollock, Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 3–14.

5 Max Kaase, Innere Einheit, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte, Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe, Frankfurt am Main 1996, S. 385–396 (S. 385).

zum Zeitpunkt der Vereinigung waren und . . . wie sich diese Orientierungen seither verändert haben“⁶. Diese prozessuale Begriffsbestimmung eröffnet der Forschung ein grenzenloses Feld. Ich greife exemplarisch einige Fragestellungen heraus. Den einen geht es um die „kulturelle und mentale Verwestlichung“⁷ der Ostdeutschen; andere fordern vermittelnder die mentale Zusammenführung beider Teile als Bedingung innerer Einheit⁸. Wieder andere problematisieren die unterschiedlichen politischen Wertorientierungen und Einstellungen zur sozialen Marktwirtschaft⁹, manche heben auf die wechselseitigen Stereotypen als ein wesentliches Hemmnis des Zusammenwachsens ab¹⁰ oder betonen den Zusammenhang von nationaler Identifikation und innerer Einheit¹¹. Einige stellen die unterschiedlichen Demokratieverständnisse als Defizit innerer Einheit heraus¹² oder untersuchen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der politischen Kultur hüben und drüben¹³.

6 Ebd., S. 385.

7 Wolfgang Schluchter, Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang, Frankfurt am Main 1996, S. 22.

8 Vgl. Wolfgang Schäuble, Nationale Identität und die innere Einheit Deutschlands, in: Gerd Langguth (Hrsg.), Die Intellektuellen und die nationale Frage, Frankfurt am Main 1997, S. 283–297 (S. 294 ff.).

9 Vgl. Kai Arzheimer/Markus Klein, Die friedliche und die stille Revolution, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 37–60; Russell J. Dalton, Communists or Democrats, in: British Journal of Political Science, 24 (1994); Elisabeth Noelle-Neumann, Die Einsamkeit der CDU-Wähler im Osten. In den neuen Bundesländern stützen sie nahezu allein die Grundwerte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. April 1996.

10 Vgl. Max Kaase, Die Deutschen auf dem Weg zur inneren Einheit?, in: Hedwig Rudolph (Hrsg.), Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen, Berlin 1995; ders./Petra Bauer-Kaase, Five Years of Unification: The Germans on the Path to Inner Unity, in: German Politics, 5 (1996).

11 Vgl. Willi Herbert/Rudolf Wildenmann, Nationale Identität, in: Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Nation und Demokratie, Baden-Baden 1991; Hans-Joachim Veen, Zwei Identitäten in Deutschland? Nationale Zugehörigkeit, politische Prioritäten und Wertorientierungen der West- und Ostdeutschen, in: Wolfgang Jäger u. a. (Hrsg.), Republik und Dritte Welt. Festschrift für Dieter Oberndörfer zum 65. Geburtstag, Paderborn u. a. 1995, S. 457–478; Werner Weidenfeld, Was ist nationale Identität?, in: G. Langguth (Anm. 8), S. 45–64; Bettina Westle, Nationale Identität der Deutschen nach der Vereinigung, in: Hans Rattinger u. a. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland, Frankfurt am Main 1994, S. 453–500.

12 Vgl. Ursula Feist, Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11–12/91, S. 21 ff.; Dieter Fuchs, Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 81–114.

13 Vgl. Wilhelm Bürklin, Die Struktur politischer Konfliktlinien im vereinten Deutschland. Eine Nation – zwei getrennte politische Kulturen?, in: Christiana Albertina, Forschungsbericht und Halbjahresschrift der Universität Kiel,

Damit sind die subjektiven Aspekte der Einheits-thematik noch keineswegs erschöpft. Wenn etwa der Zustand innerer Einheit an der „wahrgenommenen Verteilungsgerechtigkeit“¹⁴ gemessen wird, gewinnen gar die subjektiven Vorstellungen von Gerechtigkeit die Definitionsmacht. Und wenn der Hallenser Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz die „innere Demokratisierung“ zum Ziel der deutschen Einheit erklärt, die Aufhebung der Mauer in den Köpfen, deren Entdecker er 1991 war¹⁵, und die Selbstbefreiung der Deutschen in West und Ost, die „durch ein gemeinsames psychosoziales Grundleiden verbunden seien“, gegen das er einen „inneren Reinigungsprozeß“¹⁶ reklamiert, dann gewinnt man eine bange Ahnung davon, was alles gemeint sein kann, wenn die innere Einheit ins Visier genommen wird.

Die Forschungsansätze umfassen in der Tat tendenziell alle Lebensfelder und Ebenen menschlicher Existenz, Politik, Gesellschaft, Psyche und Wirtschaft. Selbst die noch bestehenden Differenzen im Sexualverhalten und im Körpergefühl¹⁷ der Ost- und Westdeutschen waren schon publizierte Forschungsobjekte, wobei, am Rande, die Ostdeutschen trotz repressiver Umwelt positiver abgeschnitten als die Westdeutschen.

Wendet man die vielfältigen Ansätze positiv, so laufen sie in der Summe in bedenklich unreflektierter Weise, mehr implizit als explizit, auf die fortschreitende Homogenisierung aller Einstellungen, Werthaltungen, Weltanschauungen, Mentalitäten, Vorurteile, Sympathien, Antipathien und Verhaltensweisen hinaus. Vielleicht bricht sich in den komplexen Forderungen oder Implizitvorstellungen von innerer Einheit nur die alte deutsche Sehnsucht nach Harmonie Bahn? Das Ideal einer neuen homogenen Gemeinschaft ist nirgendwo formuliert, geschweige denn bewußt angestrebt, aber historisches Wissen gibt Frühwarnung. Politik

(1992) 34; ders., Die politische Kultur in Ostdeutschland, in: G. Lehbruch (Anm. 1), S. 11–24; Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann/Carolin Schöbel, Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/91, S. 35 ff.; Oscar W. Gabriel, Immer mehr Gemeinsamkeiten? Politische Kultur im vereinigten Deutschland, in: Ralf Altenhof/Eckhard Jesse (Hrsg.), Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, München 1995, S. 243–274; Eckhard Jesse, Zwei politische Kulturen in Deutschland?, in: Hartmut Jäckel (Hrsg.), Die neue Bundesrepublik, Baden-Baden 1994.

14 W. Schluchter (Anm. 7), S. 48.

15 Vgl. Hans-Joachim Maaz, Das gestürzte Volk oder die verunglückte Einheit, Berlin 1991, S. 154.

16 Zitiert nach: Hans-Joachim Maaz, Psychosoziale Aspekte im deutschen Vereinigungsprozeß, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/91, S. 3–10 (S. 4 ff.).

17 Siehe Aike Hessel u. a., Psychische Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland im siebten Jahr nach der Wende, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 15 ff.

und Wissenschaft müssen auf der Hut sein, daß das Streben nach innerer Einheit nicht unter der Hand zum Einfallstor für einen neuen Gemeinschaftsmythos wird, einem vagen Irrbild der Gleichrichtung der Köpfe und Herzen folgt. Nicht die „substantielle Gleichheit und Homogenität“, die „Gleichheit der Gleichen“, die Carl Schmitt 1923¹⁸ in seiner Fundamentalkritik der parlamentarischen Demokratie zum Ideal der Volkseinheit bestimmte, sondern die Gleichheit der Ungleichen, pluralistische Gesellschaft, nicht homogene Gemeinschaft kennzeichnet die liberale Demokratie des Grundgesetzes.

Vor dem beschriebenen Hintergrund von diffuser Entgrenzung möchte ich den Versuch unternehmen, Begriff und Inhalt der inneren Einheit nach Umfang und Tiefe zu präzisieren, und das heißt vor allem, einzugrenzen auf das, was an Gemeinsamkeit, an substantieller Übereinstimmung für den inneren Zusammenhalt des vereinten Deutschlands unverzichtbar ist. Nur wenige haben die Frage, wieviel Einheit wir tatsächlich brauchen, bisher überhaupt aufgeworfen¹⁹, doch beschränkte sich das vornehmlich auf die Identifikationsproblematik, auf die Frage nationaler versus multipler Identifikationen vor dem Hintergrund der föderalen Traditionen und landsmannschaftlichen Vielfalt in Deutschland. Eine systematische Erörterung der Frage nach ihren wesentlichen Elementen erfolgte bisher nicht. In der Praxis der Sozialwissenschaften fand genau das Gegenteil statt, eine Entgrenzung der Forschungsobjekte in vielfältigen engagierten Erhebungen ohne ein angemessenes Konzept. Am meisten profitieren kann man für unsere Fragestellungen noch von den Untersuchungen, die das Konzept der politischen Kultur vergleichend zugrunde legten.

III. Ergebnisse und Interpretationen der Umfrageforschung

Drei Tendenzen der Umfrageforschung sind hervorzuheben: Erstens wurde das Feld der Übereinstimmungen, idealiter des anzustrebenden Konsenses, wie bereits angedeutet, fast unendlich weit geöffnet. Zweitens besteht die interpretatorische Neigung, die politischen Einstellungen, Systemeinschätzungen und Werthaltungen in Westdeutschland und die dortige Perzeption von sozialer Markt-

wirtschaft und Sozialstaatlichkeit zum westlich-demokratischen Maßstab schlechthin zu erklären, sie, wie der Heidelberger Soziologe Schluchter treffend monierte, „zu nobilitieren“²⁰ und demgegenüber die ostdeutschen Einstellungen, Wertorientierungen und Vorstellungen im sozialistischen Sinne zu ideologisieren. Drittens werden ostdeutsche Befunde zumeist vor der Folie der älteren soziologischen Sozialisationstheorie interpretiert, nach der die Ostdeutschen unter dem DDR-Regime durch Ideologie und Erziehung früh und nachhaltig sozialistisch geprägt wurden. Ihr Staatsverständnis sei demgemäß von der Allzuständigkeit des Systems und obrigkeitlicher Betreuung und Kontrolle, ihr Selbstverständnis von Versorgungsmentalität, Passivität, fehlender Selbstverantwortung und Eigeninitiative bestimmt²¹. Alle drei Tendenzen sind, wie wir sehen werden, miteinander verknüpft und führen häufig zu einer Betonung der grundsätzlichen, ideologischen Divergenzen, wo auch eine situationsbezogene, unideologische Interpretation möglich wäre.

Die Ausweitung des Konsensbereiches zeigt sich etwa, wenn die überwiegend kritischen (Vor-)Urteile der „Wessis“ über die „Ossis“ – und umgekehrt – zum Hemmnis der inneren Einheit erklärt werden²², als hätte es zwischen den Landsmannschaften in der alten Bundesrepublik, zwischen Ostfriesen und Bayern, Berlinern und Kölnern, Schwaben und Badenern nie entsprechend unfreundliche Stereotypen gegeben. Sie alle bereichern bis heute das föderale Kolorit Deutschlands. Es gibt sie übrigens ebenso unfreundlich zwischen Sachsen, Berlinern und Brandenburgern. Wenn also die Mentalitätslücke zwischen West- und Ostdeutschen problematisiert wird, muß man zurückfragen: Wer hat je die mentalen Unterschiede zwischen rheinischen Katholiken, norddeutschen Lutheranern und schwäbischen Pietisten zu einem Problem der inneren Einheit gemacht?

Gleichwohl muß die Mentalitätsfrage eingehender erörtert werden. Denn der Begriff wird, wie so viele in unserem Zusammenhang, meist sehr schwammig verwendet. Wenn etwa argumentiert wird, vierzig Jahre mentaler Prägung der Ostdeutschen würden nachwirken und der Akzeptanz westlich-demokratischer und sozial-marktwirtschaftlicher Prinzipien entgegenstehen²³, wird Mentalität praktisch zu einem Synonym für sozialistische Deformation, also der rigiden soziologi-

18 Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Neuauflage Berlin 1969, S. 21 ff.

19 Vgl. Ilse Spittmann, *Fünf Jahre danach – Wieviel Einheit brauchen wir?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 38/95, S. 3 ff.; W. Bürklin (Anm. 1), H. J. Veen/C. Zelle (Anm. 1).

20 W. Schluchter (Anm. 7), S. 54.

21 Vgl. dazu prägnant und mit weiteren Nachweisen: D. Pollack (Anm. 4), S. 3 f.

22 Vgl. P. Bauer-Kaase/M. Kaase (Anm. 10); M. Kaase (Anm. 10); E. Noelle-Neumann (Anm. 3).

23 Vgl. S. Schluchter (Anm. 7), S. 50 ff.

schen Variante der Sozialisierungstheorie. Auf deren Plausibilität wird noch zurückzukommen sein. Nimmt man den Mentalitätsbegriff dagegen in seinem wissenschaftlich präziseren, historisch-lebensweltlichen Zusammenhang – anknüpfend an Theodor Geiger²⁴, Peter Berger und Thomas Luckmann²⁵, und zurückgreifend auf Max Webers Habitusbegriff²⁶ –, dann ist Mentalität weit mehr als individuelle Sozialisierung, nämlich die Summe von über Generationen eingeschliffenen Überzeugungen, Glaubensgewißheiten, lebensweltlichen Prägungen und Verhaltensnormen, die sich im Alltagshandeln mehr oder weniger unbewußt realisieren. Mentalitäten werden weitgehend kollektiv entwickelt und geteilt, sind nur potentiell reflexiv und bleiben langfristig stabil. Theodor Geiger hat in seinem großen Werk über die soziale Schichtung des deutschen Volkes, in dem er den Mentalitätsbegriff in die Soziologie einführt, Mentalität als „geistig-seelische Disposition“ definiert und sie plastisch gegen ideologische Prägung abgegrenzt: „Mentalität ist subjektiver (wenn auch Kollektiv-) Geist – Ideologie ist objektiver Geist. Mentalität ist geistig-sittliche Haltung, Ideologie aber geistiger Gehalt. Mentalität ist Geistesverfassung – Ideologie ist Reflexion, ist Selbstausslegung. Mentalität ist ‚früher‘, ist erster Ordnung – Ideologie ist ‚später‘ oder zweiter Ordnung ... Mentalität ist Lebensrichtung, Ideologie ist Überzeugungsinhalt ... Mentalität ist eine Haut – Ideologie ein Gewand“²⁷ – ein Gewand, möchte ich hinzufügen, das man auch rascher wieder ablegen kann als die in den Tiefenschichten des Unter- oder Halbbewußtseins verhaftete Mentalität. Die mentale Prägung der Ostdeutschen wie auch der Westdeutschen muß also historisch viel tiefer zurückverfolgt werden; sie stößt dann auf Gemeinsamkeiten deutscher Mentalität, die weit vor der Gründung der Bundesrepublik und der DDR liegen. Die Mentalitätsforschung hat in den Arbeiten der Bayreuther Sozialwissenschaftler Winfried Gebhardt und Georg Kamphausen bereits ein hohes Maß altdeutsch tradiert Gemeinsamkeiten am Beispiel ländlicher Gemeinden hüben wie drüben zutage gefördert²⁸. Die 40 Jahre der ideolo-

gischen Indoktrination, die dem DDR-Regime zur Verfügung standen, reichten offenbar für die Ausbildung einer spezifischen Mentalität nicht hin.

Ein drittes Beispiel für die Ausweitung des Konsensbereichs ist der Vergleich der Wertorientierungen und der Perzeptionen von sozialer Marktwirtschaft und ihrer Prinzipien. So wird den Ostdeutschen fast ein anderes Republikverständnis unterstellt, wenn sie im klassischen Widerstreit zwischen Freiheit und Gleichheit in der Gesellschaft der Gleichheit im Konfliktfall (mit 53 zu 33 Prozent) Vorrang vor der Freiheit einräumen, während dies bei Westdeutschen in derselben Relation umgekehrt ist²⁹. Oder es wird zu einem mentalen Unterschied erklärt, daß soziale Sicherheit und eine aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Ostdeutschen wichtiger ist als den Westdeutschen³⁰. Doch auch wenn man die ostdeutsche Mehrheitsmeinung unterschiedlich bewertet – ein Problem der inneren Einheit markieren die Divergenzen nicht. Vielmehr beschreiben sie eine traditionelle Konfliktlinie der westdeutschen Nachkriegspolitik, in der zwischen den Parteien und großen organisierten Interessen immer um eine eher egalitäre oder eher freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gerungen wurde. Gleichwohl wird in der Gegenüberstellung der Befunde in West und Ost der Eindruck gefördert, als sei beispielsweise die gegenwärtige Perzeption der Marktwirtschaft in Westdeutschland mit dem Vorrang des freien Marktes das Ordnungsverständnis schlechthin³¹. Dabei wird oft bereits übersehen, daß sich diese Art der Nobilitierung auch nur auf eine Einstellungsmehrheit im Westen, keineswegs auf die Gesamtheit stützt. Vor allem aber wird verkannt, daß die soziale Marktwirtschaft kein statisches und überzeitlich gültiges Modell, sondern eine regulative Idee ist, die ständig neu justiert werden muß³².

Auf ähnliche Weise wurden die Demokratieverständnisse verglichen und dabei als Problem hervorgehoben, daß die Ostdeutschen Demokratie primär an ihren sozialen und wirtschaftlichen Lei-

24 Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Faksimile-Nachdruck der 1. Auflage 1932, Stuttgart 1987, S. 77 ff.

25 Vgl. Peter Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt am Main 1969.

26 Vgl. Max Weber, Die protestantische Ethik II. Kritiken und Antikritiken, Gütersloh 1975, S. 318, sowie ders., Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, Tübingen 1978⁷.

27 Th. Geiger (Anm. 24), S. 77 f.

28 Vgl. Winfried Gebhardt/Georg Kamphausen, Mentalitätsunterschiede im vereinigten Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16/94, S. 29 ff.

29 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher, Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1984–1992, Band 9, München 1993, S. 573.

30 Siehe Edeltraud Roller, Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 115–146; W. Schluchter (Anm. 7), S. 50 ff.

31 Vgl. Renate Köcher, Ist die Marktwirtschaft nicht menschlich genug?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. August 1995.

32 Vgl. Alfred Müller-Armack, Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Frühschriften und weiterführende Konzepte, Bern und Stuttgart 1981², S. 15.

stungen messen, analog der bundesdeutschen „Schönwetterdemokratie“ der fünfziger und sechziger Jahre³³, während die Westdeutschen, angeblich reifer, Demokratie in erster Linie als politische Institutionenordnung akzeptieren. Überraschung gab es dann jedoch, als die Umfrageforschung feststellte, daß die Forderung der Ostdeutschen nach sozialen Grundrechten und direkter Bürgerbeteiligung auch von einer Mehrheit im Westen befürwortet wird³⁴. Zu einer selbstkritischen Revision der gerade herausgestellten Divergenzen führte das jedoch nicht. Dabei blitzt m.E. gerade an dieser Stelle eine mentale Gemeinsamkeit auf, die diese Bezeichnung verdient, nämlich im verwandten Verständnis staatlicher Daseinsvorsorge, das tief in der deutschen Geschichte und Mentalität verankert ist. In der Sozialgesetzgebung des Deutschen Reiches fand es in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts erstmals gesetzlichen Ausdruck. Tatsächlich reicht es aber, wie Hans Maier³⁵ gezeigt hat, noch viel weiter zurück in den älteren „Polizeystaat“: den obrigkeitlichen Verwaltungsstaat des deutschen Absolutismus im 17. und 18. Jahrhundert. Zwar weisen die gegenwärtigen Umfragen zum Sozialstaatscharakter zunächst die bekannte Divergenz aus: Die Ostdeutschen fordern mehr Staat und Gleichheit als die Westdeutschen. Dies muß jedoch keineswegs als prinzipieller Unterschied interpretiert werden, sondern kann schlicht unmittelbarer Ausdruck unterschiedlicher akuter Problemlagen sein. Ein Blick über den Tellerrand der Demoskopie in die soziale Wirklichkeit der letzten Monate mit den Massenstreiks der Berg- und Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen und anderswo bestätigt diese Vermutung. Denn ganz offensichtlich rufen in Zeiten sozialer Unsicherheit Westdeutsche nicht weniger, sondern eher noch massiver und aggressiver nach dem aktiven Sozial- und Subventionsstaat als die Ostdeutschen und werden darin, ausweislich der Daten der Demoskopie, von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt. Vor allem aber bestätigte am Ende die Reaktion der Politik selber die staatliche Fürsorgementalität, deren immer problematischere Konsequenzen einer erdrückenden Überforderung des politischen und wirtschaftlichen Systems hier nicht erörtert werden können.

33 Vgl. zur Entwicklungsgeschichte: Rainer M. Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen 1993.

34 Vgl. D. Fuchs (Anm. 12), S. 104.

35 Vgl. Hans Maier, *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre (Polizeiwissenschaft). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Wissenschaft in Deutschland*, Neuwied, Berlin 1966.

IV. Sozialisierungstheorien in der Kritik: Wie prägend war der DDR-Sozialismus?

Die Interpretation der Daten, das ist bereits deutlich geworden, wird wesentlich von der jeweils zugrunde liegenden Sozialisierungstheorie bestimmt. Beispielsweise können die ostdeutschen Forderungen nach Gleichheit und Sozialstaatlichkeit oder die Kritik am gegenwärtigen Zustand der Demokratie, grob vereinfacht, in drei Richtungen interpretiert werden: sozialistisch-ideologisch, sozialdemokratisch-egalitär oder als unideologisch-situationsbezogene Forderung nach gleichen materiellen Lebensverhältnissen. Die soziologische Sozialisierungstheorie, die eine frühe Prägung und dauerhafte Verinnerlichung annimmt, neigt in der Regel zur ersten, ideologischen Interpretation. Das ist zwar keineswegs zwingend, spiegelt allerdings auf geradezu fräppierende Weise die Fehleinschätzungen, die man in der Zeit des Kalten Krieges über die Formbarkeit des „neuen sozialistischen Menschen“ im Westen hatte, und übernimmt insofern den Gestaltungsanspruch der früheren totalitären Regime selber. Doch daß der DDR-Sozialismus am Ende wirklich prägend war, ist höchst fraglich. Die soziologische Sozialisierungstheorie kann vor allem zwei Fragen nicht beantworten: weshalb es überhaupt zur fortschreitenden Delegitimierung der DDR seit den frühen achtziger Jahren – die selbst von der staatlich betriebenen Demoskopie registriert, allerdings nicht veröffentlicht³⁶ wurde – und zur friedlichen Revolution kommen konnte und wieso nach der Vereinigung in den neuen Ländern die politischen Einstellungen und Beurteilungen tendenziell kritischer geworden sind. Die traditionelle Schule der Soziologie versucht eine Auflösung dieses Widerspruchs, indem sie die sogenannte Latenz-Hypothese aufstellt³⁷. Danach blieben die sozialistischen ordnungspolitischen Überzeugungen auch während der Wende und danach untergründig erhalten; sie wurden im subjektiven Bewußtsein nur durch eine kurze Phase der Euphorie zu Beginn des Vereinigungsprozesses überlagert. Mit

36 Vgl. Walter Friedrich, *Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16–17/90 und ders./Peter Förster, *Jugendliche in den neuen Bundesländern*, in: Hans-Joachim Veen u. a., *Eine Jugend in Deutschland? Orientierungen und Verhaltensweisen der Jugend in Ost und West*, Opladen 1994.

37 Exemplarisch dafür: Bettina Westle, *Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46 (1994) 4, S. 571–596.

der Ernüchterung, so die Hypothese, wurden dann die alten Prägungen wieder manifest. Überzeugend ist diese Variante zur Rettung der Sozialisationstheorie indes nicht. Sie ignoriert die Fähigkeit der Menschen, Erfahrungen rational zu verarbeiten und flexibel darauf zu reagieren. Warum muß beispielsweise die unbestreitbare Ernüchterung nach der Vereinigungseuphorie gleich zum Rückfall in altsozialistische Positionen führen? Oder wie konnte zuvor die Freude an der Wiedervereinigung überhaupt aufkommen? Waren die Menschen etwa nur verblendet und sich über ihre eigenen Vorstellungen nicht klar? Die Latenz-Hypothese scheint dies zu unterstellen. Sie operiert dabei in bedenklicher Weise mit Unterscheidungen von „objektiver“ Prägung und „subjektiver“ Stimmung, die fatal an ganz andere Theoreme marxistischer Provenienz erinnern. Aber selbst dann kann sie den Verfall der Zustimmung zum DDR-Regime lange vor der Wende nicht erklären.

Plausibler, aber weithin unterschätzt, dürfte die Erklärung sein, auf die Erwin Scheuch³⁸ früh hinwies, daß nämlich die Mauer am Ende nicht so dicht war und die Abschottung und Indoktrination nicht so perfekt gelang, wie im Westen häufig angenommen wurde. Das Referenzsystem der Ostdeutschen war und blieb immer die Bundesrepublik. Dies wird von vielen bezeugt, kürzlich wieder von Richard Schröder, Bürgerrechtler und Theologe an der Humboldt-Universität: „Zur ostdeutschen Identität ... gehörte der ständige, oft nur verstohlene Blick über die Mauer nach drüben. Und dieses Drüben war nie Österreich oder die Schweiz, wo es sich ja auch ganz gut leben läßt, sondern immer der andere Teil Deutschlands. Wir waren über das Fernsehen jeden Abend Zaungäste des Westens.“³⁹ Schröder beschreibt hier die sogenannte virtuelle West-Sozialisation mittels Kommunikation. Diese virtuelle West-Sozialisation war sicher unvollständig, verzerrt und idealisiert, viele Enttäuschungen nach der Vereinigungseuphorie dürften darauf zurückzuführen sein. Immerhin waren die meisten Ostdeutschen ständig in der Lage, zu vergleichen, Erfahrungen zu verarbeiten und zu unterscheiden. Das heißt aber, daß sie sich sozialisatorisch in gewisser Weise selbst bestimmen konnten. Sie waren der Propaganda geistig und psychisch nicht total ausgeliefert und konnten sich dem Anpassungsdruck in der vielzitierten Nischengesellschaft innerlich mehr oder weniger entziehen.

38 Vgl. Erwin K. Scheuch/Ute Scheuch, *Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht*, Bergisch-Gladbach 1991.

39 Richard Schröder, *Warum sollen wir eine Nation sein?*, in: *Die Zeit* vom 25. April 1997.

Mit der kommunikativen Sondersituation der Ostdeutschen habe ich bereits Kennzeichen der neueren psychologischen Sozialisationstheorie angesprochen, die stärker lern- und entwicklungs-theoretisch geprägt ist und damit offen für Veränderungen, für die reflexive und emotionale Verarbeitung eigener Erfahrungen⁴⁰. Danach besteht Sozialisation im ständigen Austausch zwischen Umwelt und Individuum und dessen überwiegend kognitiv gesteuerten permanenten Anpassungsleistungen an Systemveränderungen. „Produktive Lebensverarbeitung“ heißt der Schlüsselbegriff für die Fähigkeit des einzelnen, Situationen zu beurteilen, auf Erfahrungen zu reagieren und sich selbst positionieren zu können. Diese Annahmen sind sympathisch, weil sie der Vernunftbegabung und Beweglichkeit der Menschen entsprechen. Sie sind aber vor dem Hintergrund der kommunikativen Rahmenbedingungen der Ostdeutschen, die sich nach dem Grundlagenvertrag von 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der KSZE-Schlußakte von Helsinki 1975 gegen den zähen Widerstand des Regimes weiter verbessert hatten, auch plausibel. Für die sozialwissenschaftliche Forschung sollte eine Konsequenz sein, Umfragedaten zuallererst in ihrem Zusammenhang mit der konkreten Situation und den unmittelbaren Erfahrungshorizonten der Menschen zu interpretieren, statt die reichlich starre und lebensfremde Vorstellung einer nachhaltigen frühen Prägung der politischen und sozialen Grundüberzeugungen zu kultivieren.

V. Einheitliche materielle Lebensverhältnisse?

Nach den Erörterungen auf der subjektiven Ebene soll nun ein Blick auf die Ebene der objektiven Befunde in den Bereichen von Wirtschaft und Arbeit geworfen werden. Im Alltagsverständnis wird die Frage der inneren Einheit besonders häufig mit der Angleichung der materiellen Lebensverhältnisse und der wirtschaftlichen Entwicklung assoziiert. Maßlatte ist meist unbesehen das westliche Wohlstandsniveau der achtziger Jahre. Auch hier bündeln sich die Forderungen in problematisch undifferenzierter Weise. Einerseits wird der Aufbau einer dem Westen vergleichbaren Industriestruktur und die Angleichung der Produktivität eingeklagt; selbst ein gleiches Warenangebot in

40 Eine Übersicht über Ansätze der Sozialisationsforschung findet sich in: Klaus Hurrelmann/Dieter Ulich (Hrsg.), *Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim 1980.

den Lebensmittelketten West und Ost wurde bereits als Kriterium innerer Einheit reklamiert. Andererseits werden gleiche Erwerbseinkommen und Einkommensentwicklungen, gleiche Rentenhöhen, Beschäftigten- bzw. Arbeitslosenzahlen und einheitliche Arbeitsbedingungen gefordert. Auf Basis der amtlichen Statistik ergibt sich dazu ein differenziertes Bild⁴¹. Die Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Löhne und Gehälter in der Wirtschaft haben sich, dies bestätigt eine jüngste DGB-Studie, bereits fortschreitend einander angeglichen⁴². Auch die Renten liegen inzwischen nah beieinander, sind in den neuen Ländern häufig sogar höher als im Westen. Im öffentlichen Dienst werden ab Herbst 1997 85 Prozent der Westgehälter gezahlt. Ausgabenstruktur und Konsumverhalten der Privathaushalte sind hüben wie drüben weitgehend deckungsgleich⁴³. Demgegenüber hinkt die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur sowohl im industriellen als auch im gewerblich-mittelständischen Bereich nach wie vor weit hinter der westdeutschen her⁴⁴, ihre Angleichung soll nach vagen Schätzungen noch 15 bis 20 Jahre dauern. Die Produktivität liegt in den neuen Ländern, nach Branchen verschieden, bei weniger als 60 Prozent der westlichen. Nicht zuletzt weist die Arbeitslosenstatistik für 1996 in den alten Ländern eine Quote von 9,1 Prozent, in den neuen von 15,7 Prozent auf; die Differenz von rund 6 Prozentpunkten wird auch für 1997 erwartet⁴⁵.

Das wirtschaftliche Gefälle ist also unübersehbar, sein weiterer Abbau wird zu Recht gefordert. Doch inwieweit dürfen Wirtschaftsstrukturen und Arbeitslosenquoten allein zu Kriterien der inneren Einheit gemacht werden? Auch in der alten Bundesrepublik klaffen beide regional seit jeher beträchtlich auseinander – mit Diskrepanzen, die ähnlich hoch liegen wie gegenwärtig im West-Ost-Querschnitt. In Bremen, im Saarland und in westlichen Großstädten etwa des Ruhrgebiets liegen die Arbeitslosenquoten auch heute etwa ebenso hoch wie in den neuen Ländern. Blickt man

zurück, gab es nicht nur das traditionelle Nord-Süd-Gefälle, auch das gesamte Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein bis Bayern blieb jahrzehntelang wirtschaftsschwach. Die regionale Wirtschaftsförderung in der alten Bundesrepublik hat bei allen Anstrengungen immer nur begrenzte Erfolge gehabt und die Unterschiede nie dauerhaft aufheben können. Ein Problem der inneren (wertdeutschen) Einheit war das nie, weil die finanziellen und sozialen Ausgleichsmechanismen funktionierten, die auch heute wirksam sind. In den neuen Ländern hat die Regionalisierung in der Wirtschaftsentwicklung längst begonnen, die Produktivitäts- und Arbeitslosenquoten und die wirtschaftlichen Interessen sind von Land zu Land unterschiedlich. Gleiches gilt im Westen der Bundesrepublik. Auch die Tarifpartner – Vorreiter ist die Chemische Industrie – haben das inzwischen akzeptiert und 1997 den Flächentarifvertrag in Westdeutschland erstmals zugunsten schwacher Betriebe und Regionen nach unten geöffnet. Die regionale Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, dies war bereits die Erfahrung in den alten Bundesländern, stößt immer wieder an ihre Grenzen. Im Rahmen der Europäischen Union gilt das mehr denn je. Die neuen Länder befinden sich, wie die alten inzwischen auch, in einem Standortwettbewerb mit europaweiter, ja globaler Konkurrenz. In dieser Situation ist die nationale Standortpolitik nur noch *eine* Einflußgröße neben derjenigen der Bundesländer selbst sowie der Brüsseler Struktur- und Regionalpolitik⁴⁶.

Wir sollten uns also davor hüten, die wirtschaftliche Angleichung und die daran geknüpfte Einheitlichkeit der materiellen Lebensverhältnisse zu ausschließlichen Postulaten der inneren Einheit zu erheben. Damit würden Erwartungen geweckt, die unter den neuen ökonomischen Bedingungen schlicht nicht erreichbar sind. Sie könnten am Ende nur dazu taugen, die Wirklichkeit zu denunzieren und die Politik zu diskreditieren. So wünschenswert die Herstellung einheitlicher materieller Lebensverhältnisse verfassungspolitisch ist, so wenig kann sie zu einer verfassungsrechtlichen Pflicht des Bundes erhoben werden, weil das an wirtschaftliche Voraussetzungen gebunden ist, die niemand garantieren kann. Artikel 72, Absatz 2 GG, spricht in seiner Neufassung von 1994 zur konkurrierenden Gesetzgebung demgemäß auch nur von der Herstellung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“. Die Länder selber haben auf diese bescheidenere Formel gedrängt, um die Bundeskompetenz möglichst eng zu gestalten. Die Realität

41 Vgl. hierzu auch Georg Milbradt, Aufholprozeß Ostdeutschland: Strategien für die Zukunft, in: Karl Heinrich Oppenländer (Hrsg.), Wiedervereinigung nach sechs Jahren: Erfolge, Defizite, Zukunftsperspektiven im Transformationsprozeß, Berlin – München 1997, insbes. S. 575 ff.

42 Vgl. WSI (Hrsg.), WSI Tarifhandbuch 1997, Düsseldorf, April 1997.

43 Vgl. Statistisches Bundesamt, Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Reihe 1, 1. Vj. 1996, Tab. 3, S. 10 und Tab. 7, S. 16.

44 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1996/97. Reformen voranbringen, November 1996, Tab. 15, S. 79 und zum folgenden Tab. 18, S. 68.

45 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung: Reformen für mehr Beschäftigung, Bonn 1997, Tab. 10, S. 100.

46 Vgl. Burkard Steppacher, Regional- und Strukturpolitik der EU und nationale Interessen, Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 126/1996, Sankt Augustin 1996, S. 10 ff.

sierung gleichwertiger Lebensverhältnisse muß in die Handlungsmöglichkeiten und das Ermessen der Politik in Bund und Ländern gestellt bleiben⁴⁷. Um mehr als den weiteren Abbau des Ost-West-Gefälles, die Vermeidung krisenhafter Brüche und um finanziellen Ausgleich kann es also nicht gehen. Unterschiede werden bleiben. Aber sie werden auf längere Sicht nicht mehr einfach nur dem Ost-West-Schema folgen, sondern sich deutschlandweit in dem Maße, in dem die ökonomische Modernisierung in den neuen Ländern zum Tragen kommt, neu und damit quer zum Ost-West-Gefälle herausbilden.

VI. Aufbau Ost als nationale Zukunftsinvestition

Zu einer gewissen Einheitlichkeit hat bisher alles in allem erfolgreich der Länderfinanzausgleich beigetragen, der Bundespflicht ist. Er war von Anfang an notwendig und wird es sicher auch künftig bleiben, nicht nur wegen der neuen Länder. Beim Länderfinanzausgleich läßt sich schon heute keine säuberliche Trennlinie zwischen West- und Ostländern ziehen. Zu den elf Nehmerländern gehören gegenwärtig nicht nur die ostdeutschen sowie Berlin, sondern langjährig auch fünf westliche. Wie sich die Nehmer- und Geberländer in den nächsten Jahrzehnten sortieren, ist offen.

Die weiteren Instrumente des finanziellen Ausgleichs für die ostdeutschen Länder und ihren wirtschaftlichen Aufbau sind vor allem Steuervergünstigungen, Infrastrukturinvestitionen des Bundes und nicht zuletzt der Solidarbeitrag, der sein historisches Vorbild im sogenannten „Notopfer Berlin“ der fünfziger Jahre hat. Alle diese Mittel werden sicher noch über Jahre benötigt. Ihre Rechtfertigung ist eine doppelte: zunächst Ausdruck nationaler Solidarität, moralische Pflicht des Westens, um den individuellen Nachholbedarf der Ostdeutschen zu befriedigen, darüber hinaus aber vor allem, um eine zukunftsfähige, moderne Infra- und Industriestruktur auf neuestem technologischem Stand aufzubauen und damit die künftige Wirtschaftskraft des vereinten Deutschlands insgesamt zu stärken. Hierfür sind die Chancen gerade in den neuen Ländern nach dem Zusammenbruch der maroden DDR-Wirtschaft günstiger als in den alten, in denen – regional unterschiedlich – Besitzstandswahrung und Subventionsmentalität den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel häufig mühsamer und langsamer voranbringen. Inve-

stitutionen für die wirtschaftliche Modernisierung des Ostens durch eine kurzfristige Kappung der Mittel zu behindern, wie die Diskussion über den Solidarbeitrag signalisiert, würde auf längere Sicht zu einer nachhaltigen Schwächung der Bundesrepublik insgesamt führen. Denn Ost und West sind längst verbunden in einem gemeinsamen Blutkreislauf, auch wenn dies im Westen anscheinend häufig verdrängt wird. Ein dauerhaftes Zurückfallen des Ostens würde, um im Bild zu bleiben, im Westen zu ständigem Hochdruck, aber auch zur Überlastung führen. Umgekehrt gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß eines Tages die modernen Industrieregionen des Ostens einen beträchtlichen Beitrag zum Länderfinanzausgleich für alte Industrieregionen im Westen leisten werden.

VII. Kriterien für einen Grundkonsens

Nach der Problematisierung der Ansprüche und Erwartungen an die innere Einheit soll nun abschließend der Versuch gewagt werden, einen Kriterienkatalog der inneren Einheit zu skizzieren, an dem die empirischen Befunde gemessen werden können. Eine Begriffsbestimmung muß einem antipluralistischen Gemeinschaftsmythos ebenso entgegenwirken wie der Aufstellung verfehlter Maßstäbe von Einheitlichkeit, die am Ende nur zur Delegitimierung des politischen und wirtschaftlichen Systems taugen würden. Meine These ist deshalb, daß das Ziel der inneren Einheit strikt auf die Legitimitätsgrundlagen des Verfassungsstaats verpflichtet bleiben muß. Als Gegenstück zur verfassungsrechtlichen Vereinigung bedeutet innere Einheit dann die Zustimmung der Bürger zu den gemeinsamen Grundlagen der staatlichen Ordnung. Die Kriterien innerer Einheit dürfen substantiell nicht weiterreichen, nicht mehr an Gemeinsamkeiten einfordern, als der Grundkonsens des Grundgesetzes verlangt; mit anderen Worten: jenes Maß an politisch-ethischer Übereinstimmung, das für den nationalstaatlichen Zusammenhalt unabdingbar ist. Dieser Konsens kann unter den Bedingungen moderner Gesellschaftsentwicklung nur ein Minimalkonsens, kein Maximalkonsens sein⁴⁸. Der Grundkonsens muß die Grundentscheidungen der Verfassung umfassen, die sich in zweifacher Hinsicht subsumieren lassen:

47 Vgl. Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III/1, München 1977, S. 989 ff.

48 Vgl. Stefan Eisel, Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1986.

unter grundlegende Verfahrensprinzipien und materielle Festlegungen.

Zu den Verfahrensprinzipien gehören die Akzeptanz des Mehrheitsprinzips, freie Wahlen und die Periodizität politischer Ämter, die freie Konkurrenz und Chancengleichheit der Parteien, Offenheit des politischen Prozesses, Legitimität des Interessenpluralismus, Gewaltfreiheit bzw. die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols. Zu den materiellen Festlegungen zählen die Anerkennung der Grund- und Menschenrechte sowie die Staatsstrukturprinzipien des Artikels 20 GG, die die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Bundesstaat sowie als gewaltenteilenden Rechtsstaat definieren⁴⁹. Dazu zählt das Vertrauen in die demokratischen Institutionen; herausgehoben dabei ist das Bundesverfassungsgericht als Höchstinstanz im Streitfall über Verfassungsnormen.

Das Bundesverfassungsgericht versteht unter Grundkonsens das „weitgehende Einverständnis der Bürger mit der vom Grundgesetz geschaffenen Staatsordnung“⁵⁰. Für unseren Zusammenhang ist dabei wichtig, daß der Grundkonsens weder von allen Bürgern noch in allen seinen Elementen vollständig getragen werden muß, sondern daß auch ablehnende Minderheiten hingenommen werden müssen.

Über die Akzeptanz der Verfassungsordnung hinaus scheinen mir für den Grundkonsens des vereinten Deutschlands zwei weitere Elemente zustimmungsbedürftig, die teils in der Verfassungslogik, teils im Text des Grundgesetzes enthalten sind und den Erfolg der deutschen Nachkriegsdemokratie wesentlich bestimmt haben: die soziale Marktwirtschaft als regulative Idee⁵¹ und die Einbindung der Bundesrepublik in die Europäische Union und das transatlantische Verteidigungsbündnis.

Schließlich wird man noch zwei Kriterien der inneren Einheit anführen müssen, die zwar für den Grundkonsens in der alten Bundesrepublik vorausgesetzt werden konnten, aber nach über 40 Jahren der Trennung in zwei Staaten und Gesellschaftsordnungen nicht mehr selbstverständlich sind: erstens die Identifikation mit dem vereinten Deutschland, den nachhaltigen Willen zur nationalen Einheit, das „plébiscite de tous les jours“, das eine Nation ausmacht, und zweitens eine

Grundsympathie füreinander, die unabhängig von wechselseitigen Vorurteilen das Bewußtsein, historisch und kulturell zusammenzugehören, dokumentiert.

Grundkonsens, ergänzt um soziale Marktwirtschaft und Westintegration, nationale Identifikation und Grundsympathie – dies sind meines Erachtens die notwendigen, aber auch hinreichenden Kriterien für die innere Einheit.

Jede Weiterung dieses Kernkonsenses würde die legitime gesellschaftliche und politische Pluralität der Bundesrepublik unzulässig einschnüren. Sie ginge zu Lasten der Freiheit und Offenheit des politischen Prozesses und entspräche weder den Legitimitätsgrundlagen der deutschen Demokratie noch jener Balance zwischen Konsens und Konflikt, die den modernen Verfassungsstaat auszeichnet.

Die Vereinigung hat Deutschland in eine neue Größenordnung gesellschaftlicher und politischer Vielfalt und rapider Veränderung katapultiert. Die Deutschen werden mehr innere Differenzierung, Farbigkeit und Konflikte akzeptieren müssen; dies kann in einem 80-Millionen-Volk auch gar nicht anders sein. Das vereinte Deutschland ist auch innenpolitisch in der Normalität der großen Demokratien angekommen.

Doch gibt es jenes unabdingbare Mindestmaß an fundamentalen Übereinstimmungen, auf dem Konflikte friedlich ausgetragen werden können? Trägt der Grundkonsens den erweiterten Spannungsbogen? Mit dem politikwissenschaftlichen Mut zur Lücke bei der Sichtung der sozialwissenschaftlichen Erhebungen beschränke ich mich auf zusammenfassende Antworten⁵². Die Grundprinzipien der Verfassung, ihre Grundwerte, Institutionen und Verfahren werden von großen Mehrheiten in West- und Ostdeutschland getragen, gleiches gilt für die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft⁵³. Die Westintegration der Bundesrepublik in die Europäische Union und die NATO wird in beiden Teilen Deutschlands mehrheitlich akzeptiert⁵⁴. Die Identifikation mit dem vereinten Deutschland ist gegeben, wenn auch im Westen

52 Eine detaillierte Untersuchung der einschlägigen empirischen Befunde verschiedener Institute über Zeit wird in Kürze von Hans-Joachim Veen/Carsten Zelle vorgelegt: *Alles eins? Untersuchungen zur nationalen Identität der Deutschen*, Paderborn 1998.

53 Vgl. M. Kaase (Anm. 5), S. 389, H.-J. Veen/C. Zelle (Anm. 1), S. 9 ff.; E. Noelle-Neumann/R. Köcher (Anm. 29), S. 558.

54 Vgl. H.-J. Veen/C. Zelle (Anm. 1), S. 41 ff.; Renate Köcher, *Kühle Realisten*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. November 1995; Elisabeth Noelle-Neumann, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21. August 1996.

49 Vgl. Konrad Hesse, *Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland*, Karlsruhe 1995²⁰, S. 293 f.; Rand-Nr. 704 ff.

50 BVerfGE, 44. Band, Tübingen 1977, S. 125 (147).

51 Vgl. hierzu jüngst die eindrucksvolle Darstellung bei Gerhard Stoltenberg, *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947–1990*, Berlin 1997, inbes. S. 27 ff.

ausgeprägter als in den neuen Ländern, in denen die Identifikationen multipler sind⁵⁵. Die Grundsympathie füreinander ist, bei allen gepflegten Vorurteilen, fraglos vorhanden⁵⁶. Die Unterschiede beginnen dort, wo es um den gegenwärtigen Zustand von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, um die Systemleistungen geht⁵⁷. Hier sind die Ostdeutschen angesichts ihrer Problemlagen deutlich unzufriedener als die Westdeutschen, doch treffen sich beide im Ernstfall in ihrem Glauben an den fürsorglichen Sozialstaat. Zurück hinter die freiheitliche Demokratie will nur eine kleine Minderheit der Ostdeutschen, das belegt am überzeugendsten ihr Wahlverhalten. Mehr als drei Viertel votieren für die westlichen Parteien, selbst von den PDS-Anhängern identifiziert sich nur etwa die Hälfte mit dem alten Regime⁵⁸. Die PDS konnte ihr Wählerpotential

seit der Bundestagswahl von 1994 nicht weiter vergrößern.

Wie steht es also mit der inneren Einheit? Die Antwort ist am Ende einfach: Wir haben sie bereits in dem, was sie legitimerweise bedeuten kann. Wir leben bereits im Zustand innerer Einheit und das heißt gesteigerter Vielfalt. Mehr Einheit braucht die Demokratie nicht. Alles weitere ist Politik jenseits der Grundfragen staatlichen Zusammenhalts. Deshalb ist es höchste Zeit, den Begriff der inneren Einheit aus seiner permanenten Verquickung mit Forderungen der Tagespolitik zu lösen. Sonst droht er zu einer Waffe zu werden, mit der jedes politische Problem in Deutschland in eine Infragestellung der Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik umfunktioniert werden könnte. Die Politik ist allerdings gut beraten, wenn sie dem Aufbau Ost weiterhin absolute Priorität einräumt, nicht in der vordergründigen Absicht, einheitliche materielle Lebensverhältnisse herzustellen – die Gleichwertigkeit ist in der Abwägung materieller Faktoren einerseits und immateriell-subjektiver Wertschätzungen meines Erachtens alles in allem ohnehin erreicht –, sondern um die Modernisierungschancen des Ostens für das vereinte Deutschland nutzbar zu machen. Nicht um die innere Einheit, sondern um die gemeinsame Zukunft geht es also.

55 Vgl. Bettina Westle, Einstellungen zur Nation und zu den Mitbürgern, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen 1997, S. 68; H.-J. Veen/C. Zelle (Anm. 52).

56 Vgl. H.-J. Veen/C. Zelle (Anm. 52).

57 Vgl. D. Fuchs (Anm. 12), S. 106.

58 Vgl. Jürgen W. Falter/Markus Klein, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994 – zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51–52/94, S. 22–34; Patrick Moreau (in Zusammenarbeit mit Jürgen Lang und Viola Neu), Was will die PDS?, Frankfurt am Main 1994, S. 162 ff.

Vereinigungsbilanzen

Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften

Sieben Jahre deutsche Einheit sind zugleich auch sieben Jahre sozialwissenschaftliche Forschung zur deutschen Einheit. Die Fülle der Bücher, Zeitschriftenartikel und Diskussionsbeiträge zu diesem Thema ist mittlerweile so groß, daß die Debatten in einem babylonischen Stimmengewirr unterzugehen drohen. Angesichts der überwältigenden Vielfalt entsteht bei einigen Beobachtern bereits der Eindruck, die theoretischen Argumente wären austauschbar und die empirischen Belege seien beliebig.

Dieser Artikel soll gleichsam als eine Landkarte die Orientierung in einer immer unübersichtlicher werdenden Forschungslandschaft ermöglichen. Drei Leitfragen bestimmen den Maßstab dieser Karte:

1. Wie lauten die zentralen Thesen der soziologischen und politologischen Forschung zur deutschen Einheit?
2. Wie werden der Verlauf, die Folgen und die Perspektiven des Vereinigungsprozesses eingeschätzt?
3. Welches Gesamtbild bietet die sozialwissenschaftliche Diskussion zur deutschen Einheit?

Wie bei jeder Übersichtskarte, so muß auch bei dieser auf Details verzichtet werden. Hier sind es die empirischen Einzelergebnisse, auf die nur am Rande eingegangen werden kann.

I. Transformationsforschung zwischen System und Akteur

Der Zusammenbruch der DDR und die deutsche Einheit brachten für die sozialwissenschaftliche Forschung quasi über Nacht eine vollkommen veränderte Lage. Erklärungen, warum dieses für so stabil gehaltene Herrschaftssystem derartig schnell und geräuschlos zerfallen konnte, mußten gefunden werden. Ideen für die effektive Übertragung von Marktwirtschaft und Demokratie nach Ostdeutschland waren plötzlich gefragt. Vorstellungen über die für das Zusammenwachsen der beiden Landesteile notwendigen Mengen an Zeit, Kapital

und Know-how mußten entwickelt werden etc. Sozialforscher aus Ost- und Westdeutschland haben diese Herausforderungen angenommen und die deutsche Vereinigung als „sozialen Großversuch“ wissenschaftlich begleitet¹. Bisher wurden vor allem empirische Studien zur Beschreibung dieses gesellschaftlichen Umbruchs erarbeitet². Dabei sind zwar viele wissenschaftlich relevante Entdeckungen gemacht worden, bedeutende theoretische Innovationen sind jedoch ausgeblieben³. Die Wissenschaftler orientierten sich vorwiegend an den theoretischen Vorlagen aus dem Fundus der Transformationsforschung und belebten diese neu. Die meisten Thesen zur deutschen Vereinigung sind deshalb einem der beiden traditionellen Paradigmen – der Systemtheorie oder der Akteurstheorie – zuzuordnen⁴.

Zum Spektrum der *Systemtheorien* zählen vor allem die modernisierungstheoretischen Studien. Das Erkenntnisinteresse der Autorinnen und Autoren richtet sich auf die strukturellen Bedingungen des Systemzusammenbruchs in Ostdeutschland und auf die Makroperspektiven der danach einsetzenden Transformation und hierbei insbesondere auf den Transfer, die Nacherfindung bzw. die Weiterentwicklung moderner Basisinstitutionen.

Zu den *Akteurstheorien* gehören dagegen Rational-Choice-Konzepte und Akteurs- bzw. Prozeß-

1 Vgl. Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hrsg.), *Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch*, Berlin 1991.

2 Allein im Auftrag der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e. V. (KSPW) wurden im Zeitraum von 1992 bis 1996 ca. 150 empirische Kurzstudien und 60 Großprojekte durchgeführt sowie 120 Expertisen verfaßt.

3 Vgl. Renate Mayntz, *Die deutsche Vereinigung als Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Sozialwissenschaften*, in: *BISS public*, (1994) 13, S. 21; Detlef Pollack, *Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, der Zeitschrift für Soziologie und der Sozialen Welt*, in: *Soziologische Revue*, 19 (1996), S. 412.

4 Vgl. hierzu Rolf Reißig, *Transformation – Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, 4 (1994) 3, S. 323; Wolfgang Merkel, *Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?*, in: ders. (Hrsg.), *Systemwechsel 1 – Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen 1994.

typologien⁵. Diese Forschung konzentriert sich auf den Phasenverlauf der Transformation sowie auf die Gestaltbarkeit des sozialen Wandels durch das strategische Handeln individueller bzw. kollektiver Akteure. Entlang der beiden großen Paradigmen – System und Akteur – haben sich zwei separate Debatten der Transformationsforschung entwickelt: eine modernisierungstheoretische Kontroverse und ein akteurstheoretisch geprägter Diskurs.

II. Modernisierungstheoretischer Diskurs

Die Modernisierungsdebatte wird von der These einer gelungenen nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands und einer Reihe kritischer Gegenthesen dominiert. Die Vereinigung sei bisher erfolgreich verlaufen, so die Verfechter der ersten Position, weil der Institutionentransfer schnell und effizient vollzogen worden sei, die ostdeutschen Lebensbedingungen mittlerweile fast westdeutsches Niveau erreicht hätten und alles in allem die Gewinne der Einheit die Verluste überwögen. Diese pointierte Position hat eine Vielzahl von kritischen Einwänden und heftigen Widersprüchen auf sich gezogen. Es wird darauf verwiesen, daß die Angleichung der Lebensverhältnisse noch nicht realisiert sei und auch in absehbarer Zukunft nicht gelingen werde. Zweitens wird kritisch angemerkt, daß eine einfache, nur nachholende Modernisierung Ostdeutschlands langfristig nicht erfolgreich sein werde. Die negativen Modernisierungsfolgen, die in den westlichen Industriegesellschaften zu beobachten seien, erforderten vielmehr eine Veränderung der gesellschaftlichen Spielregeln. Weitere Kritiken betonen die Diskrepanz zwischen modernisiertem System und überkommener ostdeutscher Lebenswelt und verweisen auf neu entstandene Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland. Die zentralen Thesen dieser Auseinandersetzung werden im folgenden vorgestellt.

1. Die These von der erfolgreichen und sich stabilisierenden Transformation

Von einigen Autoren wird die These vorgetragen, daß die deutsche Vereinigung erfolgreich verlaufen sei und sich der Transformationsprozeß zu stabili-

sieren beginne. Der Transfer der westlichen Institutionen sei abgeschlossen, und der soziale Wandel, der diese nachholende Modernisierung Ostdeutschlands begleitete, sei weitgehend beendet. Die ostdeutschen Lebensbedingungen seien bereits weitgehend an das westdeutsche Niveau angeglichen, und die Mehrheit der Ostdeutschen ziehe eine insgesamt positive Bilanz der Vereinigung⁶.

Der soziale Wandel in Ostdeutschland wird anhand von vier Kriterien beurteilt: Tempo, Tiefgang, Richtungstreue und Steuerbarkeit⁷. Die Beurteilung hinsichtlich der ersten drei Kriterien fällt positiv aus. Dabei wird die große Geschwindigkeit des sozialen Wandels als besonders vorteilhaft bewertet. Dieses Tempo sei möglich gewesen, weil Ostdeutschland ein fertiges Institutionenset, einen „ready-made state“ habe übernehmen können und der Prozeß extern gesteuert worden sei⁸. Im Vergleich zu den anderen ost- und mitteleuropäischen Transformationsgesellschaften konnte Ostdeutschland einen privilegierten Sonderweg einschlagen⁹.

Die Bewertung der deutschen Einheit hinsichtlich des vierten Kriteriums, der Steuerbarkeit, fällt nicht so positiv aus. Die Autoren verweisen auf die sozialen und ökonomischen Folgen des Institutionentransfers, die teilweise nicht steuerbar gewesen seien. Zudem habe die Bundesrepublik „Richtungsprobleme, und zwar sowohl, was ihre neue internationale Rolle angeht, als auch bezüglich der weiteren Entwicklung ihrer Basisinstitutionen selber“¹⁰.

2. Die These von einer neuen Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland

Die Einschätzung, daß sich das Leben der Ostdeutschen nach der deutschen Wiedervereinigung alles in allem verbessert habe, wird zwar von vie-

6 Vgl. Wolfgang Zapf/Roland Habich (Hrsg.), Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin 1996.

7 Vgl. Wolfgang Zapf, Zwei Geschwindigkeiten in Ost- und Westdeutschland, in: Everhard Holtmann/Heinz Sahner (Hrsg.), Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten – Rückwirkungen im Westen, Opladen 1995.

8 Vgl. Richard Rose/Wolfgang Zapf/Wolfgang Seifert/Edward Page, Germans in Comparative Perspective, in: Studies in Public Policy, (1993) 218.

9 Vgl. Wolfgang Zapf/Roland Habich, Die sich stabilisierende Transformation – ein deutscher Sonderweg?, in: Hedwig Rudolph (Hrsg.), Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und -ressourcen im Prozeß der Transformation, Berlin 1995; zu den Paradoxien dieses Sonderwegs vgl. Helmut Wiesenthal, Die Transition Ostdeutschlands. Dimensionen und Paradoxien eines Sonderfalls, in: Helmut Wiesenthal (Hrsg.), Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands, Frankfurt am Main, u. a. 1996.

10 Vgl. W. Zapf/R. Habich (Anm. 6), S. 346f.

5 Einen Überblick über die beiden Richtungen der akteurstheoretischen Transformationsforschung bietet: Ellen Bos, Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen, in: W. Merkel (Hrsg.), Systemwechsel 1 (Anm. 4). Vgl. hierzu auch Klaus von Beyme, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994.

len empirischen Studien bestätigt¹¹. Einige Autoren machen dabei jedoch auf neu entstandene Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland aufmerksam, die mit der These von der erfolgreich beendeten Transformation nur schwer zu vereinbaren sind.

Analysen zum sozialstrukturellen Wandel zeigen zwar, so Rainer Geißler, daß die alte Wohlfahrtslücke zwischen Ost- und Westdeutschland verringert werden konnte. In den letzten Jahren sei jedoch ein „neues Gefälle der Unsicherheit“ entstanden¹². Zudem entwickle sich ein „regionaler Verteilungskonflikt“, der auf ostdeutscher Seite von Momenten einer ökonomischen, kulturellen, politischen und sozialen Deklassierung begleitet werde¹³.

Neu entstehende Ost-West-Differenzen werden auch bei der Analyse der politischen und kulturellen Einstellungen beobachtet. Es sei im Verlauf der letzten Jahre zu einer „Wiederentfremdung“ zwischen den Deutschen in Ost und West gekommen¹⁴. Empirische Analysen zu den Mentalitäten legten trotz aller aufgefundenen Gemeinsamkeiten den Schluß nahe, daß die Bundesrepublik von der inneren Einheit noch weit entfernt sei¹⁵.

3. Die These von der Notwendigkeit eines eigenen Weges der Ostdeutschen

Die von den Verfechtern der These einer sich stabilisierenden Transformation behauptete Angleichung der Lebensverhältnisse sei nicht einmal annähernd gelungen, so der Einwand anderer Autorinnen und Autoren, und das Glas sei nicht

11 Vgl. u. a. Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialreport 1995. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1995; vgl. hierzu die Beiträge in: Richard Hauser/Wolfgang Glatzer/Stefan Hradil/Gerhard Kleinhenz/Thomas Olk/Eckart Pankok (Hrsg.), Ungleichheit und Sozialpolitik, KSPW-Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 2, Opladen 1996.

12 Vgl. Rainer Geißler, Neue Strukturen der sozialen Ungleichheit im vereinten Deutschland, in: Robert Hettlage/Karl Lenz (Hrsg.), Deutschland nach der Wende. Fünf-Jahres-Bilanz, München 1995; vgl. hierzu auch Martin Diewald/Heike Solga, Berufliche Transformationsprozesse in Ostdeutschland. Ergebnisse und Desiderate der sozialstrukturellen Transformationsforschung, in: Jan Wielgoß/Helmut Wiesenhal (Hrsg.), Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschlands in vergleichender Perspektive, Berlin 1997.

13 Vgl. R. Geißler (Anm. 12), S. 132 ff.

14 Vgl. Wolfgang Fach, Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: Eine Zwischenbilanz, in: Gerhard Lehbruch (Hrsg.), Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1995.

15 Vgl. Max Kaase, Stichwort Innere Einheit, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolph Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt am Main 1996.

halb voll, sondern halb leer. Ostdeutschland habe „objektiv keine Chance, den Modernisierungsrückstand gegenüber den westlichen Ländern in einer Generation bzw. in kalkulierbarer Zeit aufzuholen“¹⁶. Eine „Aufholjagd“ sei nicht nur aussichtslos, sondern wegen der gewaltigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Kosten auch unzumutbar¹⁷. Man müsse sich fragen, ob eine schnelle Angleichung überhaupt wünschenswert sei. Kurt Biedenkopf plädiert statt dessen für einen „eigenen Weg“ der neuen Bundesländer. Die Beachtung originär ostdeutscher Entwicklungspotentiale ermögliche die Verbesserung der Lebensbedingungen auch bei nur schwachem Wirtschaftswachstum. Das Angleichungsziel müsse relativiert werden, und ein anderer „Mix von ökonomischen und nichtökonomischen Zielvorstellungen“ sollte entwickelt werden¹⁸.

4. Die These von der Notwendigkeit einer doppelten Modernisierung

Die Verfechter dieser Position stellen den eingeschlagenen Modernisierungspfad generell in Frage. Ihre Kritik richtet sich gegen die Einbettung der nachholenden Modernisierung Ostdeutschlands in das Konzept einer weitergehenden Modernisierung Gesamtdeutschlands und das damit verbundene Prinzip einer prinzipiellen „Richtungskonstanz“. Dieter Klein vertritt die Überzeugung, daß der Ansatz einer einfachen Modernisierung angesichts der globalen Gefahren im Zeitalter des Postfordismus zu kurz greift¹⁹. Eine bloße Kopie des westdeutschen Institutionensystems sei angesichts eines verschärften internationalen Wettbewerbs sowie in Anbetracht von Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit und der sich daraus ergebenden Krise der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaates nicht ausreichend. Die Transformation Ostdeutschlands könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie als Prozeß einer doppelten Modernisierung statfinde. Doppelte Modernisierung bedeute, so Klein, die „nachholende Instituierung der evolutionsoffenen Basisinstitutionen der kapitalistischen Moderne einerseits, aber ande-

16 Barbara Riedmüller, Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland – Interessenlagen und Interessengruppen, in: BISS public, (1994) 14, S. 16.

17 Vgl. Kurt Biedenkopf, Die neuen Bundesländer: Eigener Weg statt „Aufholjagd“, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München 1994.

18 Vgl. ebd., S. 65; vgl. hierzu auch Meinhard Miegel, Wie realistisch und wünschenswert ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in West und Ost?, in: BISS public, (1994) 14, S. 5.

19 Vgl. Dieter Klein, Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation, in: BISS public, (1994) 13, S. 33; Michael Brie/Dieter Klein, Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich, Hamburg 1992.

rerseits zugleich Suche nach deren eigenem einschneidenden Wandel²⁰. Dafür sei es zuerst einmal notwendig, den ostdeutschen Fall im Kontext der globalen Entwicklungen zu betrachten.

5. Die These von der Diskrepanz zwischen System und Lebenswelt

Die Transformation Ostdeutschlands ist für die Verfechter dieser Position mit dem Institutionentransfer nicht beendet, sondern es beginnt an dieser Stelle ihre zweite Phase. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Diskrepanz zwischen modernisiertem System und etablierter Lebenswelt. Mit dem Begriff „Lebenswelt“ wird das Alltagswissen der Menschen bezeichnet. Es „stellt einen Fundus an Deutungs- und Handlungsmustern bereit, der je nach systembedingten Herausforderungen aktiviert oder stillgelegt, neu formatiert und zu neuen Figuren des Verhaltens/Handelns gebildet werden kann“²¹. Lebenswelten werden sozial- und kulturgeschichtlich geformt und können sich deshalb nur verhältnismäßig langsam ändern. Die in DDR-Zeiten geprägte Lebenswelt erscheint angesichts des radikal veränderten Systems heute als obsolet, und dies um so mehr, als sich ein „lebensweltlicher Eigensinn“ bemerkbar macht. Dieser Eigensinn kommt in Widerständen gegen den Wandel zum Ausdruck²².

Rainer M. Lepsius machte bereits früh auf die Lücke zwischen den aus dem Westen übertragenen Institutionen und den biographischen Erfahrungen der Ostdeutschen aufmerksam. „Zunächst ... bestehen diese Institutionen in relativer Abkopplung von der individuellen Lebenserfahrung und biographischen Identitätsformung der Menschen, und dies um so mehr, als diese von dem so andersartigen Institutionensystem des SED-Staates geprägt wurden.“²³ Auf drohende Folgen wies Claus Offe hin, der befürchtete, daß „die in DDR-Gewässer vorgestoßenen institutionellen Schiffe der BRD dort trockenfallen oder sich festfahren werden“²⁴. Für einige Autoren liegt in dieser Diskrepanz zwischen System und

Lebenswelt die wesentliche Ursache für die sich verschlechternde Stimmungslage in Ostdeutschland verborgen²⁵.

6. Die Kompensationsthese

Detlef Pollack bezweifelt, daß die wachsende Skepsis der Ostdeutschen gegenüber dem westlichen Institutionensystem und die wieder zunehmende Akzeptanz sozialistischer Ideale nur auf die Sozialisation im SED-Staat zurückzuführen seien. Die veränderten Einstellungen seien vielmehr „eine direkte Folge der erfahrenen Abwertung der DDR-Vergangenheit und der erfahrenen Geringschätzung der ehemaligen DDR-Bürger“²⁶. Dies hätte bei der Mehrheit der Ostdeutschen das Gefühl erzeugt, nur „Bürger zweiter Klasse“ zu sein. Mit der schlechteren Beurteilung der westlichen Institutionen solle die eigene Abwertung durch die Westdeutschen kompensiert werden. Der Autor sieht „die Ostdeutschen dabei, eine Sonderkultur aufzubauen mit einem starken Abgrenzungsbedürfnis gegen den Westen, ein ostdeutsches Sonderbewußtsein mit differenten Wertvorstellungen“²⁷. Nur die schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse könne diesen Trend umkehren.

Die Ostdeutschen seien zu Fremden im eigenen Land geworden, so die Einschätzung von Wolfgang Thierse. In dem Slogan: „Es war doch nicht alles schlecht bei uns in der DDR“ sieht auch er Momente von „trotziger Selbstbehauptung, von unbeholfener Abwehr der Entwertung des Eigenen, der Entwertung der ostdeutschen Lebensleistungen und Biographien“²⁸. Helmut Wiesenthal bezieht dieses Argument ebenfalls in die Erklärung des von ihm konstatierten „Unzufriedenheitssyndroms“ in Ostdeutschland ein. „Verletzte Selbstwertgefühle“ seien die Ursache für den „kollektiven Widerspruch“ der Ostdeutschen²⁹.

25 Vgl. u. a. die Fallstudien in: Thomas Koch/Ursula Schröter/Rudolf Woderich, Handlungs- und Deutungsmuster von Lehrern (Promotoren). Zur Bewältigung biographischer und professioneller Unsicherheit in Transformationsprozessen des Bildungswesens, in: BISS public, (1994) 16, S. 13.

26 Detlef Pollack, Alles wandelt sich, nur der Ossi bleibt stets der gleiche?, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Juni 1996, S. 16; vgl. auch: ders., Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/97, S. 3–14.

27 Ebd., S. 16.

28 Wolfgang Thierse, Fremde im eigenen Land. Nach der Einheit die Entfremdung?, in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Perspektiven für Deutschland, München 1994, S. 52.

29 Vgl. Helmut Wiesenthal, Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/96, S. 46–54.

20 Vgl. D. Klein, ebd., S. 40f.

21 Rudolf Woderich, Eigensinn und Selbstbehauptung in der Lebenswelt, in: BISS public, (1992) 8, S. 58; Vgl. zur anhaltenden Wirkung von Strukturen und Prägungen aus der DDR-Zeit die Beiträge in: Burkart Lutz/Hildegard Maria Nickel/Rudi Schmidt/Arndt Sorge (Hrsg.), Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe, KSPW-Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 1, Opladen 1996.

22 Vgl. R. Woderich (Anm. 21).

23 Rainer M. Lepsius, Ein unbekanntes Land. Plädoyer für soziologische Neugierde, in: B. Giesen/C. Leggewie (Anm. 1), S. 73.

24 Claus Offe, Die deutsche Vereinigung als natürliches Experiment, in: B. Giesen/C. Leggewie (Anm. 1), S. 79.

7. Modernisierungstheoretischer Diskurs – eine Zwischenbilanz

Charakteristisch für diesen Diskurs ist die Konfrontation zwischen der Auffassung von dem erfolgreich verlaufenen und nahezu beendeten Modernisierungsprozeß Ostdeutschlands und den Thesen über die Risiken und Nebenwirkungen dieser Schocktherapie. Diese Diskrepanz bei der Bewertung der Transformation ist vor allem auf die differierenden theoretischen Basisannahmen und das jeweils verwendete methodische Instrumentarium zurückzuführen.

Die These von der erfolgreichen Transformation basiert auf klassischen modernisierungstheoretischen Annahmen. Der Zusammenbruch der DDR wird auf die Modernisierungsdefizite des realsozialistischen Regimes zurückgeführt. Die deutsche Einheit fand in der Konsequenz als nachholende Modernisierung Ostdeutschlands statt. Das Forschungsinteresse richtet sich auf den West-Ost-Transfer der westdeutschen, das heißt modernen Basisinstitutionen und dessen in der Regel positive Folgen in Form von gesellschaftlichem Fortschritt und wachsender individueller Wohlfahrt. Die deutsche Einheit wird im wesentlichen als Problem der Systemintegration verstanden – als eine Frage der äußeren Einheit. Die Bewertung des Verlaufs, der Folgen und der Perspektiven des Transformationsprozesses beruht auf mehreren expliziten Kriterien und wird durch internationale Vergleiche gestützt. Insgesamt kommen die Autoren dieser These zu einer positiven Einschätzung, die in dem Fazit vom privilegierten Sonderweg Ostdeutschlands zur Moderne ihren Ausdruck findet.

Die Gegenthesen basieren mehr oder weniger explizit auf den Kritiken an der klassischen Modernisierungstheorie. Hierzu gehören vor allem die Einwände gegen den Universalismus des modernisierungstheoretischen Paradigmas, der zu einer unhistorischen und ethnozentrischen Perspektive verleite. Darüber hinaus wird immer wieder der evolutionäre Determinismus bemängelt. Die Modernisierung, so die Kritiker, sei keine Einbahnstraße zum Fortschritt. Der Ausgang gesellschaftlicher Veränderungen sei vielmehr offen. Ferner wird die Subjektivität der modernisierungstheoretischen Konzeptionen beklagt.

Die Forschung konzentriert sich vor allem auf die Konsequenzen des Transfers von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat nach Ostdeutschland. Sie fragt nach den Defiziten sowie nach den politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Folgekosten dieses Prozesses. Die deutsche Einheit wird im wesentlichen als Problem der Sozialintegration verstanden – als eine Frage der inneren Einheit. Die Betrachtung bleibt in den

meisten Fällen auf Ostdeutschland beschränkt. Bezüge zur internationalen Transformationsforschung sind nur selten vorhanden. Die Fokussierung auf den ostdeutschen Fall führt mitunter zu einer problematischen Verengung der Perspektive. Die Mehrzahl der Autoren kommt zu vergleichsweise negativen Urteilen des bisherigen Verlaufs und der weiteren Perspektiven der deutschen Einheit.

Das Handeln individueller bzw. kollektiver Akteure und der konkrete Vorgang des Institutionentransfers werden im Rahmen dieser modernisierungstheoretischen Debatte nur am Rande behandelt. In der zweiten großen Diskussionsrunde zur deutschen Einheit, dem akteurstheoretischen Diskurs, wird diesen Problemen mehr Aufmerksamkeit gewidmet.

III. Akteurstheoretischer Diskurs

Das zentrale Thema dieser Debatte ist die Gestaltbarkeit der deutsch-deutschen Transformation. Den Akteuren, ihren Interessen und Strategien, der Rationalität und den Folgen ihres Handelns sowie der Akteursstruktur wird eine überragende Bedeutung beigemessen. Die gemeinsame Annahme der hier versammelten Thesen lautet, daß die Richtung des sozialen Wandels von den Entscheidungen der dominanten Akteure bestimmt wird. Einige Autorinnen und Autoren konstatieren dabei jedoch erhebliche Restriktionen der Steuerbarkeit und verweisen auf die hohe Komplexität, das Informationsdefizit und den Zeitdruck zu Beginn der deutschen Einheit. Diese ungünstige Entscheidungssituation habe die Akteure zu Fehlentscheidungen gezwungen, die ihren eigenen Gestaltungsspielraum immer weiter einschränkten.

Andere Autoren sehen nicht in der ungünstigen Entscheidungssituation die Ursache für den aus ihrer Sicht gescheiterten Prozeß der deutschen Einheit, sondern – ganz im Gegenteil – in der umfassenden Realisierung der Interessen der westdeutschen Akteure. Deren Streben nach Besitzstandswahrung bzw. deren Kolonialisierungsabsichten seien die Crux der deutschen Vereinigung. Im folgenden werden die wesentlichen Thesen dieser Debatte skizziert.

1. Die These vom eigendynamischen Verlauf des Transformationsprozesses

Gerhard Lehmann unterscheidet zwei Phasen der Transformation: einen kurzen Zeitabschnitt

der Steuerung und eine darauf folgende Periode der Eigendynamik. In der ersten Phase mußten die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden. Die Akteure konnten ihre Handlungsfähigkeit nur durch extreme Vereinfachungen, speziell durch den Rückgriff auf traditionale ordnungspolitische Vorstellungen, gewinnen. Das von der Politik ausgearbeitete Transformationsszenario sei „institutionell unterspezifiziert“ gewesen. Es habe an konkreten Plänen für den weiteren Verlauf der deutschen Einheit gefehlt³⁰.

Infolgedessen ging die Möglichkeit, den Wandel strategisch zu steuern, weitgehend verloren. Die starke Segmentierung der Politikfelder und die Vielfalt der Partikularinteressen der westdeutschen Akteure verstärkten die Tendenz zur Eigendynamik des Transformationsprozesses.

Vor allem in marktfernen Sektoren konnten sich dabei die Eigeninteressen der westdeutschen Akteure voll entfalten. Lehbruch verweist hier auf die Entwicklungen in den Bereichen Gesundheits-, Bildungs- und Medienpolitik. Dagegen konnten sich in Sektoren, die stärker den Marktkräften ausgesetzt waren, neue institutionelle Lösungen entwickeln, die teilweise auf die westdeutschen Gegebenheiten zurückwirken. Die Resultate der deutschen Einheit seien aufgrund der in der zweiten Phase des Wandels verlorengegangenen Steuerbarkeit alles in allem nur suboptimal ausgefallen³¹.

2. Die These von der „Architektur der Unterkomplexität“

In ihrer Kritik des Transformationsprozesses radikalisiert Christine Landfried die Einschätzung eines institutionell unterspezifizierten Transformationsszenarios. Sie spricht von einer „Architektur der Unterkomplexität“. Die politische Klasse der Bundesrepublik habe den Prozeß der deutschen Vereinigung mit zu einfachen Konzepten zu lenken versucht. Die Unterkomplexität zeige sich in dem „eindimensionalen Konzept des Institutionentransfers“ sowie dem „eindimensionalen Zeitverständnis einer kurzfristigen Politik“³².

Beide Konzepte hätten der tatsächlichen Komplexität, Dynamik und Langfristigkeit des sozialen

30 Vgl. Gerhard Lehbruch, Institutionen, Interessen und sektorale Variationen in der Transformationsdynamik der politischen Ökonomie Ostdeutschlands, in: Journal für Sozialforschung, 34 (1994) 1, S. 21.

31 Vgl. ebd.

32 Christine Landfried, Architektur der Unterkomplexität: Politische Willensbildung und Entscheidungsstrukturen im Prozeß der deutschen Einigung, in: Gerhard Lehbruch (Hrsg.), Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Opladen 1995, S. 48.

Wandels in Ostdeutschland nicht gerecht werden können. Die wesentliche Ursache für das Festhalten der politischen Klasse an diesen Leitbildern sieht die Autorin in deren Interesse an Besitzstandswahrung. Es sei ihnen weitgehend gelungen, die Institutionen und Spielregeln der alten Bundesrepublik unangetastet zu lassen. Dies könne jedoch nicht als Erfolg verbucht werden. Es zeuge vielmehr von der mangelnden Lernfähigkeit des Systems, die langfristig zu einer schweren Krise führen könnte. Kurzfristig habe sich diese Transformationspolitik bereits als desintegrierend erwiesen³³.

3. Die These von den nichtintendierten Folgen politischen Handelns

In seinen Beiträgen entwirft Wolfgang Seibel ein Modell der Pfadabhängigkeit. Für den Beginn der Transformation in Ostdeutschland, so seine These, waren „radikale Problemvereinfachung und politische Komplexitätsreduktion“ charakteristisch³⁴. Die daraus resultierenden politischen Entscheidungen hätten zu nichtintendierten wirtschaftlichen und sozialen Folgen geführt, die den Entscheidungsspielraum der Akteure zunehmend einschränkten.

Als größte Fehlleistung der westdeutschen Transformationspolitik betrachtet Seibel die Währungsunion. Der im Vergleich zur tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unangemessene Umtauschkurs habe in Ostdeutschland zu einem wirtschaftlichen Kollaps geführt. Drei wesentliche Entscheidungen seien in der Folgezeit hiervon beeinflusst worden: die Zustimmung der Regierungskoalition zu der von den Gewerkschaften präferierten Hochlohnpolitik, die Entscheidung für die sofortige Übertragung des westdeutschen Systems der sozialen Sicherung und die Entscheidung für eine schnellstmögliche Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Jede dieser Entscheidungen hatte ihrerseits weitreichende Implikationen.

Die Transformationspolitik habe wirtschaftliche und soziale Folgen hervorgebracht, mit denen man nicht nur nicht gerechnet habe, so Seibel, sondern die dem anvisierten Ziel politischen Handelns diametral entgegengesetzt seien. Die politischen Akteure hätten sich an den Leitmustern des Nationalstaates sowie des Wohlfahrts- und Sozialstaates deutscher Prägung orientiert. „Es waren die nichtintendierten Folgen dieser Leiterorientierung, die

33 Vgl. ebd., S. 53 f.

34 Wolfgang Seibel, Nicht-intendierte wirtschaftliche Folgen politischen Handelns. Die Transformationspolitik des Bundes in Ostdeutschland seit 1990, in: ders./Arthur Benz (Hrsg.), Regierungssystem und Verwaltungspolitik, Opladen 1995, S. 249.

ihre wohlfahrts- und sozialstaatliche Komponente in ihr Gegenteil umschlagen ließen.³⁵

4. Die These von der „Externalisierung der Politik“

Für bemerkenswert an der deutschen Transformationspolitik halten Autoren wie Seibel die „Elastizität sowohl der Konsensbildungsprozesse als auch der institutionellen Differenzierung, die zur Bewältigung der nicht-intendierten wirtschaftlichen und sozialen Folgen . . . den entscheidenden Beitrag geleistet haben“³⁶.

Diese Einschätzung wird von Klaus Müller nicht geteilt. Er kritisiert in seinen Beiträgen vor allem die Inflexibilität der politischen Akteure. Ihr starres Festhalten an der Vision einer durch die Marktwirtschaft forcierten Modernisierung habe eine Reihe unbeabsichtigter wirtschaftlicher Folgen verursacht. Da die Politik ihre Entscheidungen als ökonomische Sachzwänge ausgegeben habe, konnte sie „die Folgeprobleme ihrer eigenen Entscheidungen nicht mehr politisch verarbeiten, sondern nur noch auf dafür im Grunde nicht zuständige Institutionen und Verbände externalisieren“³⁷. Die Externalisierung – Verlagerung – von Politik brachte eine „rückwirkende Dynamik“ hervor, „welche die für den relativen Erfolg des westdeutschen Modells angeführten Kompromißstrukturen durch Überbeanspruchung erodiert“³⁸.

5. Die These von den verpaßten Reformen

Gegen die Thesen von der Eigendynamik bzw. der Pfadabhängigkeit behauptet Klaus von Beyme, daß der Staat in einer Reihe von Politikfeldern, beispielsweise der Arbeitsmarktpolitik, der Schulpolitik, der Finanzpolitik und Rechtspolitik sowie der Verfassungspolitik, relativ wirksam steuern konnte³⁹. Überlagert werde diese Tatsache jedoch von den überaus erfolgreichen Steuerungsbemühungen parastaatlicher bzw. verbandlicher Akteure. In diesem „Steuerungschaos“ seien „Innovationen nicht zu erwarten“ gewesen. Notwendige Reformen seien nicht durchgeführt, die Chancen für neue Lösungen verpaßt worden. Bei allem Bedauern über die verpaßten Reformen kommt

35 Ebd., S. 245.

36 Ebd., S. 249.

37 Klaus Müller, Der osteuropäische Wandel und die deutsch-deutsche Transformation. Zum Revisionsbedarf modernisierungstheoretischer Erklärungen, In: Rudi Schmidt/Burkhard Lutz (Hrsg.), Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin 1995, S. 25.

38 Ebd., S. 28.

39 Vgl. Klaus von Beyme, Verfehlte Vereinigung – verpaßte Reformen? Zur Problematik der Evaluation der Vereinigungspolitik in Deutschland seit 1989, in: Journal für Sozialforschung, 34 (1994) 3, S. 266.

von Beyme dennoch zu dem optimistischen Schluß, daß die deutsche Einheit wie die Geschichte der Alt-Bundesrepublik zu einer „Erfolgsstory“ werden könne⁴⁰.

Deutlich schärfer beklagt Wolf Lepenies die Folgenlosigkeit der deutschen Einheit für Westdeutschland. Die politische Klasse der alten Bundesrepublik habe aus der Vereinigung ein „Festival der Selbstbestätigung“ gemacht. Verantwortlich hierfür seien jedoch auch die Ostdeutschen, die mit ihrem Politikverzicht die westliche Dominanz zugelassen hätten. Die Ursache für diesen Verzicht sieht Lepenies in der Überpolitisierung und Übermoralisierung des DDR-Regimes⁴¹.

6. Die Kolonialisierungsthese

Wolfgang Dümcke und Fritz Vilmar vertreten die These von der Kolonialisierung Ostdeutschlands. Es sei das Kalkül der westdeutschen Akteure gewesen, Ostdeutschland zu kolonialisieren. Die Autoren stützen ihre These auf die Beobachtung von vier „kolonialistischen Strukturelementen“:

1. Die Versuche einer Reform Ostdeutschlands wurden von westlicher Seite ignoriert.
2. Die DDR-Wirtschaft wurde durch die zu schnelle Währungsunion ruiniert.
3. Alle Entscheidungszentren wurden unter westliche Kontrolle gebracht.
4. Die Menschen seien von dem Umbruch, insbesondere von der Geschwindigkeit und der westlichen Dominanz, überwältigt worden. Ostdeutschland sei von westdeutschen Akteuren politisch unterworfen, ökonomisch kolonialisiert und soziokulturell liquidiert worden⁴².

Die These von der Kolonialisierung Ostdeutschlands wird äußerst kontrovers diskutiert. Der Begriff der Kolonialisierung, so führt beispielsweise Bernhard Schäfers aus, treffe „weder die Einstellung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern, noch berücksichtige er die von den Bürgern Westdeutschlands aufgebrauchten Transferelemente“⁴³.

40 Vgl. ebd., S. 267.

41 Vgl. Wolf Lepenies, Folgen einer unerhörten Begebenheit: Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992.

42 Vgl. Wolfgang Dümcke/Fritz Vilmar (Hrsg.), Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995; Fritz Vilmar/Wolfgang Dümcke, Kritische Zwischenbilanz der Vereinigungspolitik – Eine unerledigte Aufgabe der Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/96, S. 35–45.

43 Bernhard Schäfers, Ambivalenzen des Einigungsprozesses: Integration und Differenzierung, in: Gegenwartskunde, (1996) 1, S. 117.

7. Akteurstheoretischer Diskurs – eine Zwischenbilanz

Diese Debatte ist geprägt vom Nebeneinander akteurstheoretischer Konzeptionen und (neo-)institutionalistischer Ansätze. Das allen Thesen gemeinsame Leitmotiv ist die Gestaltbarkeit des Vereinigungsprozesses.

Die Beiträge sind zumeist auf einzelne Aspekte der Vereinigung beschränkt: auf die Nutzung von Reformchancen oder die Interessenpolitik der Akteure. Die außenpolitische Dimension der Wiedervereinigung wird zumeist ausgeblendet. Trotz deutlicher Warnungen ist diese „zweite Arena der deutschen Einheit“ offenbar in Vergessenheit geraten⁴⁴. Das Handeln nichtpolitischer Akteure wird nur vereinzelt konzeptionell berücksichtigt. In den meisten Beiträgen ist die Perspektive zudem auf westdeutsche Eliten verengt. Ostdeutsche Akteure, beispielsweise die ostdeutschen Bürgerbewegungen, kommen kaum vor. Die Ursache hierfür mag in der faktischen Dominanz der westdeutschen Eliten liegen, die jedoch ohne die Berücksichtigung der ostdeutschen Akteure nur unzureichend erklärt werden kann.

Einige Beiträge beruhen auf recht fragwürdigen Annahmen. So wird bei der These von der „Architektur der Unterkomplexität“ die deutsche Einheit als komplexer, dynamischer und langfristiger Prozeß beschrieben. Andererseits wird angenommen, daß man diesen Vorgang, die „richtigen“ Politikkonzepte vorausgesetzt, umfassend hätte steuern können. Die realen Steuerungsleistungen werden angesichts dieser Steuerungsillusion unterschätzt. Die kolonialisierungstheoretische These behauptet dagegen, daß die westdeutschen Akteure ihre „Kolonialisierungsabsichten“ in die Praxis umsetzen konnten. Hierbei werden die tatsächlichen Steuerungsleistungen offensichtlich überschätzt.

Die Bewertung der Vereinigung fällt überwiegend negativ aus: Die Politik habe in der Anfangsphase der Wiedervereinigung versagt. Durch Fehlentscheidungen, beispielsweise bei der Festlegung des Umtauschkurses, habe sie ihren bereits schmalen Handlungsspielraum noch weiter eingeengt. Eigendynamiken und Pfadabhängigkeiten seien für den weiteren Verlauf der deutschen Einheit charakteristisch gewesen, strategische Glanzleistungen habe es keine gegeben. Die veralteten und ungeeigneten Politikentwürfe hätten zu nicht-intendierten ökonomischen und sozialen Folgen geführt. Wenn erfolgreich gesteuert worden wäre,

dann hätten diese Bemühungen ausschließlich der Realisierung des jeweiligen Eigeninteresses etc. gedient. Doch nicht alle Beiträge ergehen sich in dieser massiven Kritik. Vereinzelt finden sich auch verhaltene Hoffnungen auf eine Neuauflage der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte.

IV. Resümee

Wenn man die vielen Thesen zur deutschen Einheit nur flüchtig überblickt, dann scheint die Diskussion hinreichend innovativ, theoretisch ausgewogen und in ihrem Urteil realistisch zu sein. Dieser Eindruck ist jedoch falsch. Die Schwachpunkte der Diskussion lassen sich mit drei Stichworten benennen: Spaltung, Isolation und Negativperspektive.

Bei der *Spaltung* der Diskussion in zwei separate Debatten handelt es sich nicht nur um eine durch die Medien verzerrte Wahrnehmung von Extrempositionen⁴⁵. Aus der Tradition der Transformationsforschung haben sich tatsächlich zwei separate Diskurse entwickelt. In der einen Debatte zieht eine markante Modernisierungsposition eine Schar kritischer Entgegnungen auf sich; die andere Diskussion verharrt in ihrer Fokussierung auf die westdeutsche Elite und reibt sich gelegentlich an nahestehenden institutionentheoretischen Thesen. Die beiden Diskurse sind weitgehend voneinander abgeschirmt. Theoretische Positionen dazwischen blieben bisher unbesetzt. Strukturalistische Ansätze sind Ausnahmeerscheinungen geblieben und konnten die von ihnen erhoffte Brückenfunktion nicht erfüllen⁴⁶.

Die *Isolation* der sozialwissenschaftlichen Diskussion zur deutschen Einheit läßt sich auf zwei Ebenen beobachten: einer methodischen und einer diskursiven Ebene. Es ist offensichtlich, daß die Mehrheit der Thesen auf Ostdeutschland beschränkt sind. Nur ein kleiner Teil nimmt auch die Entwicklungen in Westdeutschland in den Blick. International vergleichende Studien sind kaum vorhanden. Man mag einwenden, daß die Besonderheit des deutschen Falles diese Fokussierung erlaubt oder sogar erfordert. Daß es sich bei der deutschen Wiedervereinigung um einen privilegierten Sonderfall handelt, wird aber erst in komparativen Analysen deutlich. Die methodische Enge geht mit einer diskursiven Isolation einher: hier die Diskussion zur deutschen Einheit – dort die Debatte zur Transformation der anderen ehe-

44 Vgl. Rainer M. Lepsius, Die Bundesrepublik – ein neuer Nationalstaat?, in: Berliner Journal für Soziologie, 4 (1994) 1, S. 7.

45 Vgl. D. Pollack (Anm. 3).

46 Vgl. W. Merkel (Anm. 4), S. 311 ff.

maligen Ostblock-Länder. Ungeachtet der gemeinsamen Wurzeln in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung nehmen sich die jeweiligen Vertreter beider Diskurse gegenseitig kaum wahr.

Die beiden hier kritisierten Momente, ihre Spaltung und ihre Isolation, führen zu einer *Negativperspektive* der sozialwissenschaftlichen Debatte zur deutsch-deutschen Transformation. Zwar finden sich neben den vielen negativen Bewertungen auch positive Einschätzungen. Alles in allem werden der Verlauf, die Folgen und die Perspektiven der deutschen Einheit jedoch negativ überzeichnet. Besonders deutlich wird dies an der Diskussion um die Gestaltbarkeit des Transformationsprozesses. Hier dominieren klar die kritischen Thesen. Breiter konzipierte Analysen, die beispielsweise neben der Steuerbarkeit auch andere Bewertungskriterien wie die Geschwindigkeit des sozialen Wandels, die Verarbeitung der sozialen Folgen oder die Konsistenz der gefundenen institutionellen Gesamtlösung beachten, kommen zu günstigeren Urteilen, zumal wenn sie vergleichend angelegt sind.

Die selektive Wahrnehmung der sozialwissenschaftlichen Bilanzen zur deutschen Einheit und ihre „weitgehende öffentliche Wirkungslosigkeit“ mag man bedauern⁴⁷. Problematischer sind jedoch die bisher ungenutzten Potentiale theoretischer

47 Vgl. D. Pollack (Anm. 3), S. 413.

Innovationen. Doch sind weder diese realen gesellschaftlichen Umbrüche beendet, noch hat die Wissenschaft das Ende ihrer Bemühungen signalisiert.

In welche Richtung wird sich die sozialwissenschaftliche Forschung zur deutschen Vereinigung entwickeln? Hier zeichnen sich zwei Trends ab: Internationalisierung und Regionalisierung. Erstens ist eine Tendenz der Internationalisierung, vor allem jedoch einer Europäisierung festzustellen. International vergleichende Studien werden einige Extrempositionen zur deutschen Wiedervereinigung relativieren. Es bleibt zu hoffen, daß der Anschluß an die Diskussion der internationalen Transformationsforschung gelingt. Die zweite Entwicklung ist zweifellos in einer zunehmenden Regionalisierung zu sehen⁴⁸. In dem Maße, wie die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland überwunden werden, geraten neue Differenzen auf der Ebene der Bundesländer in den Blick.

Beide Perspektiven – Internationalisierung und Regionalisierung – schließen einander nicht aus. In der Verbindung von international vergleichenden und regional fokussierenden Studien könnte das zukünftige Innovationspotential der Transformationsforschung liegen.

48 Ein Überblick findet sich in: Wendelin Strubel/Joachim Genosko/Hans Bertram/Jürgen Friedrichs/Paul Gans/Hartmut Häußermann/Ulfert Herlyn (Hrsg.), Städte und Regionen, KSPW-Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland, Bd. 5, Opladen 1996.

Sieben Jahre deutsche Einheit: Rückblick und Perspektiven in fiskalischer Sicht

I. Vorbemerkungen

Wichtigste Aufgabe der deutschen Einigung ist es, die ostdeutschen Lebensbedingungen und -chancen möglichst rasch an westdeutsche Verhältnisse anzugleichen. Voraussetzung dafür war und ist die Vitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft. Ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dürfte 1990 nur bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus gelegen haben; die Infrastruktur war in schlechtem Zustand und genügte nicht westlichen Standards. Gleichwohl ging die Politik davon aus, daß sich die wirtschaftlichen Leistungsverhältnisse und die Lebensverhältnisse Ostdeutschlands rasch dem westlichen Niveau angleichen würden. Primär sollte dies durch *kapitalorientierte* Wirtschaftsförderungsmaßnahmen erreicht werden. Finanzhilfen und Steuervergünstigungen sollten die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe erleichtern sowie die private Investitions- und Gründungstätigkeit anregen, unterstützt durch einen zügigen Ausbau der Infrastruktur. Sozial- und regionalpolitische Maßnahmen (Frühverrentungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Umschulungen) sollten diesen Prozeß flankieren. All dies bedeutete unter den gegebenen Bedingungen zwangsläufig eine massive finanzwirtschaftliche Alimentierung Ostdeutschlands.

Im folgenden werden dieser Prozeß, seine Ergebnisse und seine Perspektiven aus primär fiskalischer Sicht beleuchtet. Dabei ist die Bezifferung der Leistungen keineswegs einfach, fällt aber immer noch leichter als die ihres Ertrages¹. Das hat statistische Ursachen; wichtiger ist indes, daß angesichts der Wirkungsverzögerungen viele der Maßnahmen noch nicht abschließend beurteilt werden können. Im ersten Teil soll eine Bilanz dieser Transferpolitik gezogen werden. Zunächst wird ein Überblick über Art und Umfang der bisherigen Transferleistungen gegeben², anschließend

gezeigt, wofür diese Mittel verwendet wurden, was damit erreicht wurde, und schließlich, wer sie aufbrachte. Im zweiten Teil soll nach den künftigen fiskalischen Implikationen des Angleichungsprozesses gefragt werden.

II. Zwischenbilanz

1. Wieviel wurde geleistet?

Die West-Ost-Transfers der öffentlichen Hände summieren sich bis Ende 1997 – nach Abzug der ostdeutschen Beiträge zu den Einnahmen des Bundes (ca. 250 Mrd. DM) – voraussichtlich auf 1,4 Billionen DM. Pro Jahr entspricht dies rund 195 Mrd. DM oder 6,6 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 6 Prozent des gesamtdeutschen Bruttosozialprodukts (BSP) (vgl. Schaubild 1).

Sie erreichten in den Jahren 1993/94 mit jeweils etwa 220 Mrd. DM bzw. 7,7 Prozent und 7,3 Prozent des westdeutschen BIP ihren vorläufigen Höhepunkt. Nachdem die Auflösung der Treuhandanstalt zu einer merklichen Verringerung der Transferleistungen führte, stagniert ihr Volumen zur Zeit. Sie belaufen sich seit 1995 auf knapp 200 Mrd. DM p. a. bzw. etwa 6 Prozent des westdeutschen BIP.

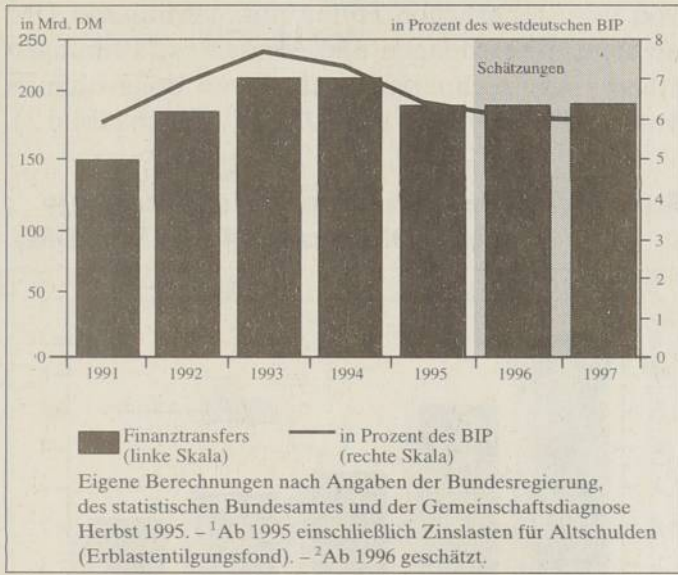
Von den Hilfen dürften 70 Prozent für sogenannte konsumtive Zwecke verwendet worden sein; allein 15 Prozent dienten zur Abdeckung der Defizite der ostdeutschen Sozialversicherung (ca. 205 Mrd. DM). Der Anteil der investiven Ausgaben – ohne Steuervergünstigungen, Kredit- und Bürgschaftsprogramme sowie Hilfen der Treuhand – fällt mit einem Fünftel nur geringfügig höher aus. Der Nettofinanzbedarf der Treuhandanstalt wird infolge ihrer Auflösung Ende 1997 nur noch knapp ein Zehntel der bisherigen Hilfen ausmachen. Für die Nachfolgeorganisationen, insbesondere die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), wird der Bund bis Ende 1997 voraus-

nomischen Probleme der deutschen Einigung finden. Zu einer Aktualisierung des Beitrages vgl. dies., Die Hilfe für die Ostdeutschen ist auch Selbsthilfe, in: Das Parlament, Nr. 3–4 vom 17./24. Januar 1997, S. 18.

1 Vgl. dazu die Ausführungen bei Ullrich Heilemann und Hermann Rappen, Was kostet uns die Einheit?, in: Hamburger Jahrbuch, 41 (1996), S. 85 ff.

2 Zu den finanzwirtschaftlichen Kosten, der Mittelaufbringung und -verwendung, ihrer Finanzierung, den gesamtwirtschaftlichen und den gesellschaftlichen Kosten vgl. ebd., S. 85 ff., wo sich in Fußnote 3 auch Hinweise auf die öko-

Schaubild 1: West-Ost-Transfers 1991 bis 1997 in Mrd. DM^{1,2} und in Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP)



sichtlich 5,4 Mrd. DM verausgabt haben – deutlich weniger als ursprünglich erwartet. Eine Differenzierung zwischen „konsumtiven“ und „investiven“ Verwendungen ist – die Ratio dieser Klassifikation öffentlicher Ausgaben hier einmal offengelassen – im Falle dieser parafiskalischen Institutionen besonders schwierig. Als eindeutig konsumtiv lassen sich die Treuhandausgaben für sozial- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die sich bis 1994 auf (geschätzt) 11,5 Mrd. DM beliefen, sowie die Ausgaben für Sozialpläne (6,7 Mrd. DM bis 1994) einstufen.

2. Wie wurden die Mittel verwendet?

a) Modernisierung der Infrastruktur

Die Phase unmittelbar vor und nach der Einigung ließ die Notwendigkeit des Aufbaus einer funktionsfähigen institutionellen Infrastruktur, insbesondere einer funktionsfähigen öffentlichen Verwaltung sowie einer sachgerechten Neu-, Um- oder Ausgestaltung von Eigentumsrechten, recht deutlich werden. Der Bund und die westdeutschen Gebietskörperschaften ordneten denn auch – nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft – ca. 35 000 Beamte vorübergehend nach Ostdeutschland ab; allein die westdeutschen Länder erbrachten technische und personelle Hilfen im Umfange von weit mehr als 2 Mrd. DM pro Jahr.

Aber auch bezüglich der materiellen Infrastruktur bestand erheblicher Handlungsbedarf: Ostdeutschland zählte 1990 nicht nur im Vergleich zu Westdeutschland, sondern auch EG-weit zu den mit

Infrastruktur am schlechtesten ausgestatteten Regionen³. Investitionen der öffentlichen Hand sollten hier Abhilfe schaffen. Während 1991 die öffentlichen Investitionen mit 967 DM je Einwohner nur knapp dem westdeutschen Niveau (1 028 DM) entsprachen, wurde 1996 in den neuen Bundesländern mit 2 071 DM je Einwohner mehr als doppelt so viel investiert wie in den alten. Im Osten stiegen zwischen 1991 und 1996 die Investitionen je Einwohner um durchschnittlich 17 Prozent, im Westen sanken sie um 1 Prozent. Insgesamt beliefen sich die öffentlichen Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastrukturbereiche vom zweiten Halbjahr 1990 bis Ende 1996 auf 145,5 Mrd. DM. Davon flossen allein 79 Mrd. DM aus dem Bundeshaushalt zur Finanzierung von Verkehrsinvestitionen (68 Mrd. DM) und anderer wirtschaftsnaher Infrastruktureinrichtungen (11 Mrd. DM). In Erneuerung und Ausbau der Kommunikationseinrichtungen investierte die Telekom weitere 44,5 Mrd. DM⁴.

Diese erheblichen Anstrengungen haben die Infrastrukturlücke in Ostdeutschland deutlich verringert, aber noch längst nicht geschlossen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) belief sich 1995 das Bruttoanlagevermögen je Einwohner in nicht-staatlichen Infrastrukturbereichen (z. B. Energie und Wasser, Nachrichtenübermittlung) in Ostdeutschland auf 82 Prozent des Westniveaus (1991: 65 Prozent); dagegen erreichte die unmittelbare Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen durch die öffentlichen Haushalte erst knappe 53 Prozent⁵. Erreichbarkeitsanalysen für die Jahre 1994/95 kommen trotz der beträchtlichen Verkehrsinvestitionen zu dem Ergebnis, daß nach wie vor erhebliche Lagenachteile ostdeutscher gegenüber westdeutschen Arbeitsmarktregionen bestehen⁶. Gravierende Mängel sind auch noch in anderen Bereichen der sachkapitalorientierten

3 Zu diesem Ergebnis gelangen Dieter Biel/Peter Ungar, Kapazitätsausstattung und Kapazitätsengpässe an großräumig bedeutsamer Infrastruktur, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Raumordnung in Deutschland, Teil 2: Aufgaben und Lösungsansätze (Materialien zur Raumentwicklung, Heft 40), Bonn 1991, S. 237 ff.

4 Zu Umfang und Struktur der öffentlichen Investitionen vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Bilanz der Wirtschaftsförderung des Bundes in Ostdeutschland bis Ende 1996. BMWi-Dokumentation Nr. 419, Bonn 1997, S. 5 ff.

5 Vgl. Frank Stille, Transfers und Infrastruktur – Entwicklung und Perspektiven in den neuen Bundesländern, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Transferleistungen. Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Tagungsband, Halle 1996, S. 31.

6 Zu Einzelheiten vgl. Michael Zarth, Die Bedeutung des Infrastrukturindicators für die Abgrenzung von Fördergebieten der regionalen Strukturpolitik. Informationen zur Raumentwicklung, (1996) 9, S. 600 (Übersicht 1).

Infrastruktur (Kommunikations-, Ver- und Entsorgungseinrichtungen) zu verzeichnen, und zwar vor allem auf kommunaler Ebene⁷. Dabei dürfen allerdings nicht die erheblichen Disparitäten übersehen werden: Besonders gut ausgestattet sind die Arbeitsmarktregionen Berlin, Leipzig und Dresden, die bereits 1993 nur noch „leichte“ Infrastrukturdefizite gegenüber dem Bundesdurchschnitt aufwiesen⁸.

b) Förderung der gewerblichen Wirtschaft

Die Erneuerung der ostdeutschen Produktionsstruktur sollte von kapitalorientierten Fördermaßnahmen getragen werden. So wurden bis 1996 94 Mrd. DM an Investitionshilfen in Gestalt von Investitionszuschüssen (33 Mrd. DM), Investitionszulagen (21 Mrd. DM) und Sonderabschreibungen (Steuermindereinnahmen: 40 Mrd. DM) geleistet. Davon brachte der Bund ca. 42 Mrd. DM auf. Von den übrigen Maßnahmen ist vor allem noch auf die Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank im Umfange von etwa 80 Mrd. DM hinzuweisen⁹.

Rein quantitativ gesehen kann man mit Blick auf die private Investitionsentwicklung von einem Erfolg dieser Maßnahmen sprechen. Seit 1993 ist im Osten pro Kopf der Bevölkerung erheblich mehr investiert worden als in Westdeutschland: 1993 wurde das westdeutsche Investitionsniveau um knapp ein Zehntel, 1996 sogar um die Hälfte übertroffen. Die Investitionstätigkeit war allerdings vor allem auf die Erschließung der regionalen und lokalen Märkte ausgerichtet, so daß von beträchtlichen Mitnahmeeffekten auszugehen ist, auch im Verarbeitenden Gewerbe. Weltmarktorientierte Branchen haben bislang im Transformationsprozeß – gemessen an der sektoralen Struktur der Erwerbstätigen – sogar merklich an Bedeutung verloren¹⁰.

Auf der anderen Seite bedurfte es vermutlich dieser Investitionsanreize, um Standortschwächen

7 Vgl. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Deutscher Bundestag, Drucksache 13/6200, Ziffer 267, sowie Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), Regionalbarometer neue Länder. Zweiter zusammenfassender Bericht, Materialien zur Raumentwicklung, Heft 69, Bonn 1995, S. 105 ff.

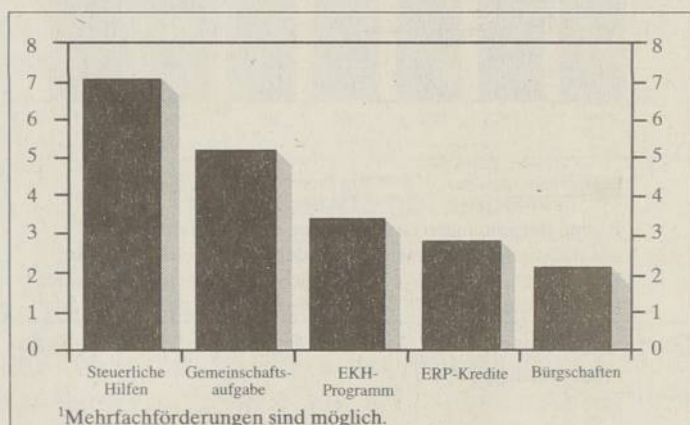
8 Vgl. M. Zarth (Anm. 6), S. 609, sowie Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Anm. 7), S. 111 f.

9 Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Anm. 4), S. 5.

10 Zur sektoralen Entwicklung in Ostdeutschland vgl. Rainer Graskamp/Ullrich Heilemann/Klaus Lötbe, Die strukturelle Erneuerung Ostdeutschlands – Versuch einer Zwischenbilanz, in: RWI-Mitteilungen, 47 (1996), S. 53 ff.

(Infrastrukturdefizite, geringe Arbeitsproduktivität) *rasch* zu kompensieren. Dabei ging nach Einschätzung der Bundesregierung der größte Effekt – gemessen am „geförderten“ Investitionsvolumen – von den steuerlichen Hilfen aus: 1 Milliarde DM an Investitionszulagen und Sonderabschreibungen stand – rein rechnerisch – ein Investitionsvolumen von 7 Milliarden DM gegenüber (vgl. Schaubild 2).

Schaubild 2: Gefördertes Investitionsvolumen je 1 Mrd. DM Finanzhilfe¹ (in Mrd. DM)



EKH = Eigenkapitalhilfe;

ERP = European Recovery Program (Europäisches Wiederaufbauprogramm)

Quelle: RWI; eigene Berechnung nach Angaben der Bundesregierung.

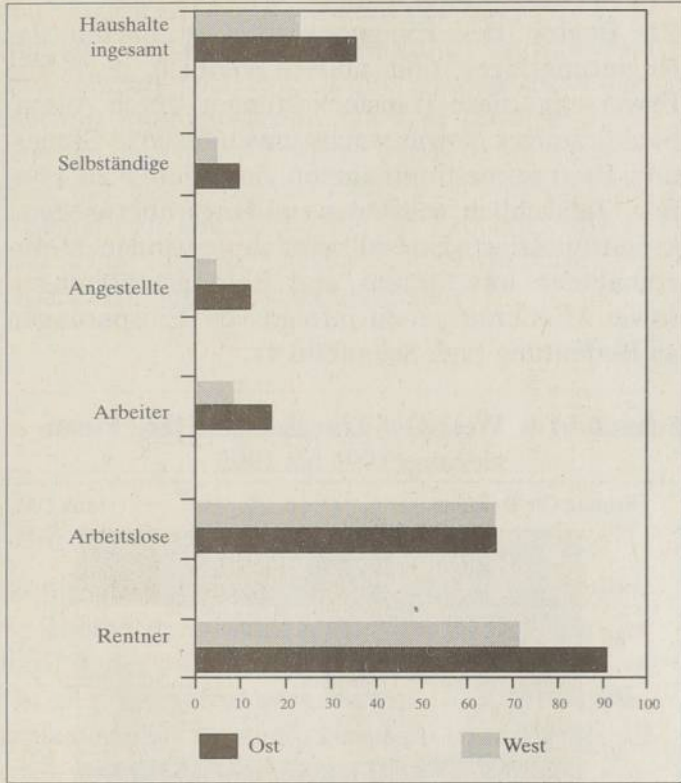
Lediglich die Gemeinschaftsaufgabe kann ein ähnlich günstiges Verhältnis von Hilfen und „geförderten“ Investitionsvolumen aufweisen. Dieses Ergebnis verwundert insoweit nicht, als insbesondere die Sonderabschreibungen den Investoren den größten Freiheitsraum hinsichtlich Art, Umfang und Ort der Investition beließen.

Der kapitalorientierte Förderansatz hat vermutlich einen noch stärkeren Rückgang der kapitalintensiven Wirtschaftszweige in Ostdeutschland verhindert und generell eine kapitalintensivere Produktionsweise begünstigt. Die Sonderabschreibungen haben zudem – in Verbindung mit dem Nachholbedarf an Wohnungs-, Wirtschafts- und Infrastrukturbauten – die Bauinvestitionen über die Maßen begünstigt. Der Bausektor leistete denn auch in den letzten Jahren einen zunehmenden Beitrag zur Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland (1991: 11,6 Prozent; 1995: 17,5 Prozent; Westdeutschland 5,3 Prozent). Insgesamt ist indes festzustellen, daß sich die sektorale Struktur Ostdeutschlands der Westdeutschlands angleicht¹¹.

Erfahrungsgemäß wird die Wirksamkeit derartiger Förderprogramme durch Fehlleitungen beeinträchtigt – ein Risiko, das in Ostdeutschland bislang besonders groß war, da eine diesbezüglich

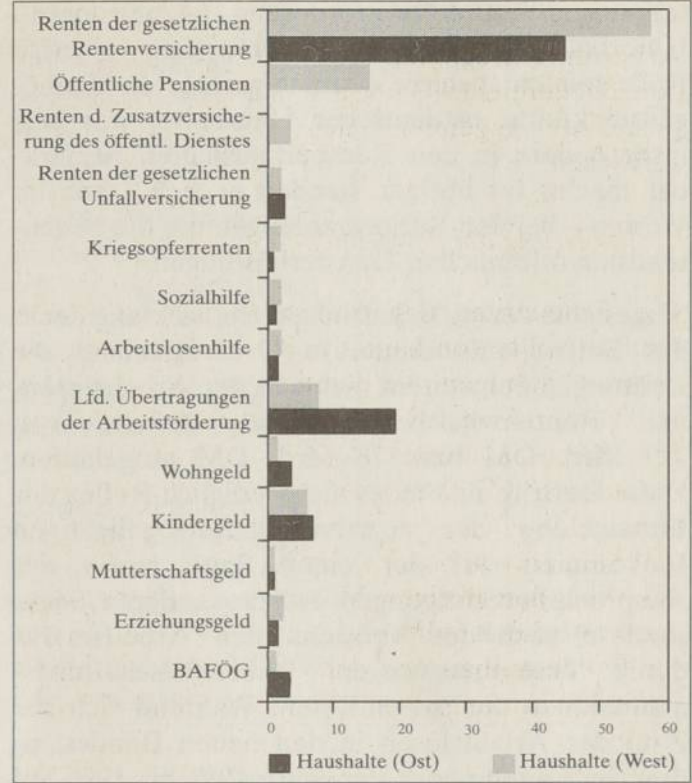
11 Vgl. ebd.

Schaubild 3 a: Anteil der öffentlichen Transfers am Nettoeinkommen ost- und westdeutscher Haushalte (1993; in Prozent)



Quellen: RWI; eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Schaubild 3 b: Struktur der öffentlichen Transfers in Ost- und Westdeutschland (1993; in Prozent)



Quelle: siehe Schaubild 3 a.

kompetente Verwaltung zunächst fehlte. So stellte der Bundesrechnungshof auch gravierende Mängel bei der Gewährung von Sonderabschreibungen und Investitionszulagen fest. Von 448 geprüften Besteuerungsfällen wurden mehr als zwei Drittel beanstandet; eine Prüfung von Anträgen auf Investitionszulagen für die Wirtschaftsjahre 1993 und 1994 ergab Beanstandungen in einem Drittel der geprüften Fälle¹².

Ein endgültiges Urteil über Effektivität und Effizienz der Fördermaßnahmen scheidet vorläufig noch an der ungenügenden statistischen Basis, den vielfachen Überschneidungen der Hilfen und den noch zu kurzen Wirkungszeiten. Auch die zunehmenden Insolvenzen lassen noch kein endgültiges Urteil über den Fördererfolg zu, sind sie doch vielfach Ausdruck einer Marktberreinigung, wie sie über kurz oder lang zu erwarten war. Zweierlei dürfte gleichwohl feststehen: Erstens wird man etliche der zu Beginn der Einigung diskutierten Maßnahmen – gar zu viele waren es ohnehin nicht – wie Lohnsubventionierung oder Mehrwertsteuerpräferenzen auch im nachhinein nicht zuletzt unter Praktikabilitäts Gesichtspunkten eher kritisch einschätzen müssen. Zweitens sollte man mit Blick auf die westdeutschen Erfahrungen auch in Ost-

deutschland die Beiträge von Regional- und Sektoralhilfen letztendlich primär als Hilfe zur Selbsthilfe ansehen. Ihre regionale wie sektorale Konzentration erscheint deshalb nun geboten, ohne die damit verbundenen ordnungspolitischen Probleme zu übersehen.

c) Soziale Sicherung

Mit den westdeutschen Institutionen wurde auch das soziale Sicherungs- und Transfersystem der alten Bundesrepublik auf Ostdeutschland übertragen. Gleichzeitig sind diesem aber zusätzliche Aufgaben zugewiesen worden, für die es eigentlich nicht konzipiert ist. Es sollte den Transformationsprozeß in Ostdeutschland sozial abfedern, den Lebensstandard rascher, als es sonst möglich gewesen wäre, an das westdeutsche Niveau heranzuführen und damit auch die zunächst befürchtete Abwanderung stoppen.

Den öffentlichen Transferleistungen kommt denn auch für die Haushaltseinkommen Ostdeutschlands zentrale Bedeutung zu. So belief sich 1993 der Anteil der Transferleistungen am Nettoeinkommen der ostdeutschen Haushalte auf 36 Prozent, der der westdeutschen Haushalte auf nur 23,7 Prozent (vgl. Schaubilder 3 a und 3 b). Dies erklärt sich nicht nur durch die im Vergleich zum

¹² Zu diesen Angaben vgl. Bundesministerium für Wirtschaft (Anm. 4), S. 17.

Westen niedrigeren Einkommen, die ostdeutsche Haushalte aus selbständiger und unselbständiger Arbeit erzielen, sondern vor allem aus der hohen Arbeitslosigkeit, die erhebliche laufende Übertragungen der Arbeitsförderung (Arbeitslosen-, Unterhaltsgeld) nach sich zieht. Eine wichtige Rolle spielen auch die deutlich geringeren Vermögenseinkünfte ostdeutscher Haushalte, was sich insbesondere in den Rentnerhaushalten bemerkbar macht. Im übrigen handelt es sich – wie im Westen – bei den Rentenzahlungen um die bedeutendsten öffentlichen Transferleistungen.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung deckt das Beitragsaufkommen in Ostdeutschland die Leistungen bei weitem nicht: In der Arbeitslosen- und Rentenversicherung sind Defizite von 127 Mrd. DM bzw. 78 Mrd. DM aufgelaufen. Diese Defizite sind indes nicht lediglich Reflex der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf der einen Seite sowie der Anspruchsberechtigungen auf der anderen Seite, sondern auch des Versuchs, den Arbeitsmarkt durch Frühverrentungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etc. zu entlasten. Während sich die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1996 auf 1,1 Mio. belief, wurde der Arbeitsmarkt im gleichen Zeitraum um 1,5 Mio. Arbeitnehmer pro Jahr entlastet, und zwar durch Frühverrentungen (570 Tsd.), Arbeitsbeschaffungs- (380 Tsd.) und Weiterbildungsmaßnahmen (270 Tsd.) sowie Kurzarbeit (210 Tsd.). Die offiziellen Arbeitslosenquoten Ostdeutschlands hätten sich ohne diese Maßnahmen mit 30 bis 40 Prozent im Jahresdurchschnitt mehr als verdoppelt. Die öffentlichen Transferleistungen haben damit wesentlich zur sozialen Stabilisierung Ostdeutschlands beigetragen. In welchem Umfang sie oder die verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen in Westdeutschland für das Abebben der Migrationswelle verantwortlich sind, bleibt offen.

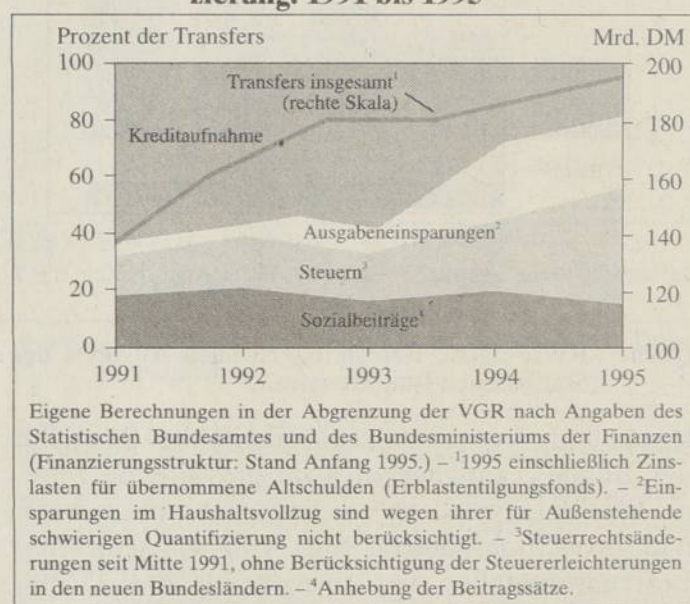
3. Mittelaufbringung und Lastenverteilung

Die Gebietskörperschaften (einschließlich Fonds „Deutsche Einheit“) werden bis Ende 1997 mehr als 1 Billion DM an Transfers geleistet haben. Von den Finanzierungslasten trägt der Bund reichlich 85 Prozent, wenn man die Auswirkungen der Neuregelung des Finanzausgleichs ab 1995 in Höhe von etwa 32 Mrd. DM jährlich auf den Bundshaushalt einbezieht. Unter Berücksichtigung der zahlreichen Steuerrechtsänderungen zwischen 1991 und 1995 relativiert sich die hohe Belastung des Bundes indes etwas, die beim Bund zu Mehreinnahmen von 147 Mrd. DM führten; dies entspricht 30 Prozent der Haushaltsbelastungen im Einigungsprozeß. Länder und Gemeinden mußten

dagegen mit knapp 1 Mrd. DM bzw. 5 Mrd. DM sogar Einnahmeverluste hinnehmen. Ihre Finanzierungsanteile fallen indes mit ca. 10 Prozent bzw. 5 Prozent auch deutlich geringer aus.

Zu Beginn des Einigungsprozesses hegten das Regierungslager und andere vielfach noch die Erwartung, diese Transferleistungen durch Ausgabenkürzungen sowie wachstumsinduzierte Steuer- und Beitragsmehreinnahmen finanzieren zu können. Tatsächlich wurden sie anfangs überwiegend kreditfinanziert. Erst allmählich gewannen Mehreinnahmen aus Steuer- und Beitragserhöhungen sowie Minderausgaben infolge von Einsparungen an Bedeutung (vgl. Schaubild 4).

Schaubild 4: West-Ost-Transfers und ihre Finanzierung: 1991 bis 1995



Quelle: RWI.

Die Kreditfinanzierungsquote sank von fast zwei Dritteln 1991 auf knapp ein Fünftel 1995, die Deckung durch Steuermehreinnahmen, Beitragserhöhungen und Ausgabeneinsparungen verdoppelte sich dagegen von knapp zwei auf vier Fünftel. Der Beitrag der *Ausgabenkürzungen* insgesamt fällt – gemessen an den ursprünglichen Erwartungen – eher bescheiden aus. Von 1991 bis 1995 wurden so nur etwa 15 Prozent finanziert, über Kredite sowie Erhöhung von Steuern und Abgaben jeweils etwa 43 Prozent¹³.

Das große Gewicht der Arbeitslosen- und Rentenversicherung im Rahmen der West-Ost-Transfers hatte zur Folge, daß die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten anfangs einen überproportionalen Anteil an der Finanzierung hatten. Dies spiegelt sich auch in der personalen Lastenverteilung in

¹³ Auf eine Aktualisierung der Finanzierungsstruktur mußte verzichtet werden, weil eine eindeutige Zuordnung finanzpolitischer Entscheidungen im Zeitablauf immer schwieriger wird.

Westdeutschland wider: 1992 waren die drei unteren Viertel der Einkommensbezieher mit über 3 Prozent ihrer Bruttoeinkommen stärker belastet als das oberste Viertel mit rund 2,5 Prozent. Die Belastung für die Haushalte mit den höchsten Einkommen (5 Prozent aller Haushalte) lag bei etwa 2 Prozent. Im Jahr 1995 stellte sich die Situation insgesamt ausgeglichener dar: Die relative Belastung der obersten 5 Prozent der Einkommensbezieher war mit 4,7 Prozent nur noch weniger als die des Durchschnitts (5,1 Prozent), was in erster Linie mit der neuerlichen Erhebung des Solidaritätszuschlags zusammenhängt¹⁴.

III. Perspektiven

1. Der Aufholprozeß stockt

Die Prognosen über den Zeitraum, den Ostdeutschland benötigt, um die Wirtschaftskraft der alten Länder zu erreichen, gingen von Anfang an weit auseinander. Optimistische Einschätzungen bezifferten den Anpassungszeitraum auf 3 bis 10 Jahre; pessimistischere auf 20 Jahre und im Extremfall sogar auf mehr als 70 Jahre¹⁵. Dabei ist festzustellen, daß mit wachsendem zeitlichem Abstand der Prognose von der Einigung die Anpassungszeiten tendenziell eher länger eingeschätzt werden. Wo stehen wir heute?

Verschiedene gesamtwirtschaftliche Ost-West-Relationen deuten darauf hin, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands von ursprünglich einem Drittel auf nunmehr etwa die Hälfte des westdeutschen Niveaus angewachsen ist (vgl. Tabelle 1).

Seit 1995 läßt indes die Wachstumsdynamik in Ostdeutschland merklich nach. Das ostdeutsche BIP (real) wird 1997 sogar erstmalig mit 2 Prozent geringer zunehmen als das westdeutsche (2,5 Prozent), und auch 1998 wird die westdeutsche Wirtschaft (3 Prozent) voraussichtlich stärker wachsen als die ostdeutsche (2,5 Prozent)¹⁶ – eine Atempause oder ist der Anpassungsprozeß generell in Frage gestellt?

14 Vgl. Ullrich Heilemann u. a., Konsolidierungs- und Wachstumserfordernisse – Fiskalperspektiven der Bundesrepublik in den neunziger Jahren, Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 14, Essen 1994, S. 58 ff.

15 Einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Prognosen gibt Christian Thimann, Aufbau von Kapitalstock und Vermögen in Ostdeutschland, Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung 74, Tübingen 1996, S. 34 ff.

16 Vgl. Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 1997, in: RWI-Konjunkturberichte, 48 (1997) 1, S. 34.

Tabelle 1: Ausgewählte gesamtwirtschaftliche Ost-West-Relationen

	1991	1996
	alte Bundesländer = 100	
BIP je Einwohner in jeweiligen Preisen	31	54
BIP je Erwerbstätigen in jeweiligen Preisen	31	57
Lohn-Produktivitätslücke (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten/BIP je Erwerbstätigen)	151	130
Lohnstückkosten (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit/100 DM BIP)	160	134
Nettoanlagevermögen aller Wirtschaftsbereiche (ohne öffentlichen Tiefbau) je Einwohner in Preisen von 1991	36	52 ¹
Selbstversorgungsgrad (BIP/Inlandsnachfrage)	57	64

1 1995.

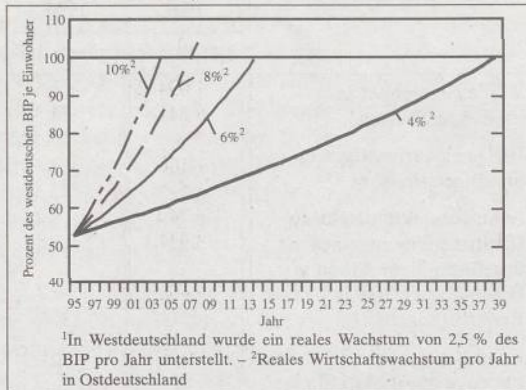
Quelle: RWI; eigene Berechnungen nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Statistischen Bundesamtes sowie eigene Berechnungen.

Der Einbruch ist vor allem Ergebnis rückläufiger Bauinvestitionen. Anpassungen der Bauwirtschaft und der vorgelagerten Bereiche waren freilich angesichts ihres überproportionalen Ausbaus (s. o.) erwartet worden. Stärkere Zweifel an einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung nährt die nach wie vor große Lücke zwischen der Nachfrage und der eigenen Wirtschaftsleistung (Selbstversorgungsgrad). Ostdeutschland fehlt es noch immer an einer ausreichenden industriellen Basis. Ein Grund hierfür sind die Lohnstückkosten, die um ein Drittel über dem westdeutschen Niveau liegen; die Produktivität beläuft sich nur auf die Hälfte (vgl. Tabelle 1).

Inwiefern und mit welchen Ergebnissen sich die jüngsten tarifpolitischen Lockerungen in Ostdeutschland fortsetzen und verstärken, bleibt abzuwarten. Kurz, ohne Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft wird der Aufholprozeß kaum vorankommen.

Geht man davon aus, daß sich Westdeutschland auf einem Wachstumspfad von 2,5 Prozent real befindet, die ostdeutsche Wirtschaft mit 4 Prozent jährlich wächst, so wird sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Jahre 2038/39 angeglichen haben (vgl. Schaubild 5).

Schaubild 5: Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft und Konvergenz¹ (1995 bis 2039)



Quelle: RWI; eigene Berechnungen.

Der Aufholprozeß hätte dann etwa 50 Jahre oder zwei Generationen gedauert. Zum Vergleich: Bayern benötigte 14 Jahre, um einen Rückstand von 6 Prozentpunkten auf die durchschnittliche Wirtschaftskraft der alten Bundesrepublik im Jahre 1970 aufzuholen. Auch wenn sich die Wachstumsraten Ostdeutschlands bald wieder beschleunigten, bedürfte es schon Wachstumsdifferenzen von mehr als 3 Prozentpunkten, um eine Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in weniger als zwanzig Jahren, und von 5,5 Prozentpunkten, um diese in zehn Jahren zu erreichen – letzteres aus heutiger Sicht eine kaum realistische Erwartung.

Die Durchschnittsbetrachtung sollte allerdings nicht den Blick auf die erheblichen regionalen Unterschiede innerhalb Ostdeutschlands verstellen: Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, daß einzelnen städtischen Regionen der Anschluß an die westdeutsche Entwicklung sehr viel rascher gelingt. Von Anfang an wurden dem Raum um Berlin und um Dresden die größten Entwicklungschancen eingeräumt, was sich zu bestätigen scheint. Diese Regionen weisen neben Leipzig – gemessen an den Förderindikatoren der regionalen Strukturpolitik (vgl. Tabelle 2) – die günstigsten Werte auf.

Die regionalen Entwicklungsunterschiede werfen im übrigen die Frage auf, inwieweit die völlige Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands an das Durchschnittsniveau der alten Bundesländer überhaupt ein realistisches Ziel ist (gemessen am BSP je Einwohner schwankt in Westdeutschland die Wirtschaftskraft zwischen 79 Prozent [Saarland] und 130 Prozent [Hamburg]).

Tabelle 2: Regionale Entwicklungsunterschiede in Ostdeutschland

Arbeitsmarktregion	Unterbeschäftigungsquote ¹	Bruttojahreslohn der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pro Kopf 1995 in DM	Infrastrukturindikator ²
in Prozent des Bundesdurchschnitts – Ost			
Berlin	76	118	125
Dresden	73	103	138
Leipzig	92	102	124
Bundesdurchschnitt-Ost	22,5	32 868	84

1 Arbeitslosen- und Entlastungsquote (Kurzarbeiter, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen).

2 Bundesdurchschnitt-Ost (arithmetisches Mittel).

Quelle: RWI; Unterrichtung durch die Bundesregierung, Sechszwanzigster Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 1997 bis 2000 (2001). Deutscher Bundestag, Drucksache 13/7205.

2. Finanzpolitische Optionen

Was die fiskalischen Dimensionen des Angleichungsprozesses betrifft, so scheidet eine Beschleunigung des Aufholprozesses – von ordnungs- oder prozeßpolitischen Fragen einmal abgesehen – alleine aufgrund des bestehenden Konsolidierungsdrucks auf die öffentlichen Haushalte aus. Im Gegenteil: Der Bund nutzt seine haushaltspolitischen Gestaltungsspielräume, um sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die arbeitsmarktpolitischen Leistungen zu kürzen. Er beabsichtigt, seine Zahlungen an die ostdeutschen Länder im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bis zum Jahre 2000 gegenüber 1996 mehr als zu halbieren; Investitionshilfen, insbesondere für die Städte- und Wohnungsbauförderung, sollen um 2,4 Prozent gekürzt werden (vgl. Tabelle 3). Darüber hinaus will der Bund durch die Verringerung der Arbeitslosigkeit und Einsparungen – u.a. durch die schrittweise Angleichung von arbeitsmarktpolitischen Leistungen (Arbeitsbeschaffungs- und Fortbildungsmaßnahmen) in Ostdeutschland an das Niveau in Westdeutschland – erreichen, daß er in den kommenden Jahren keine Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit (BA) leisten muß. Diese arbeitsmarktpolitischen Leistungen machen aber gut 50 Prozent der Ausgaben der BA in Ostdeutschland aus. Die geplanten Einsparungen belaufen sich 1997 auf 1,7 Mrd. DM

Tabelle 3: Zahlungen des Bundes an die neuen Bundesländer 1996–2000 (in Mio. DM)

	1996	1997	1998	1999	2000	2000/ 1996 ¹
Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a und 91 b GG	5 496	5 162	5 010	3 979	2 890	-14,8
Geldleistungsgesetze	1 213	1 129	1 137	1 109	1 094	-2,6
Investitionshilfen	9 540	7 940	8 736	8 698	8 641	-2,4
Übrige Zahlungen des Bundes an die Länder	815	921	1 161	1 163	1 106	7,9
Bundesergänzungszuweisungen	16 107	16 201	16 342	16 538	16 740	1,0
Ausgleichszahlungen	2 545	3 376	3 656	3 795	3 937	11,5
Regionalisierung ÖPNV ²						
Insgesamt	35 715	34 730	36 041	35 283	34 408	0,9

1) Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate; 2) Öffentlicher Personennahverkehr

Quelle: RWI; nach Angaben der Zentralen Datenstelle der Länderfinanzminister.

und steigen bis zum Jahre 2000 auf 8,3 Mrd. DM. Angesichts von etwa 130 000 Betroffenen pro Jahr sowie der gegebenen Arbeitsmarktbedingungen ist allerdings eine nennenswerte Entlastung der BA sowie des Bundes mehr als zweifelhaft. Bislang verdeckte Arbeitslosigkeit dürfte sich in offene umwandeln.

Parallel zu diesen Kürzungen versucht der Bund die Wirksamkeit der steuerlichen Förderung Ostdeutschlands zu verbessern. Ein erster Schritt dazu ist die Konzentration der Investitionsförderung auf das Verarbeitende Gewerbe und produktionsnahe Dienstleistungen, die Einschränkung der Wohnungsbauförderung auf Sanierungsmaßnahmen und auf Neubauten in Innenstadtbereichen sowie die Differenzierung der Förderintensität. Die beschlossene Umstellung von Sonderabschreibungen auf Investitionszulagen – bei unverändertem Fördervolumen – begünstigt Neugründungen und mittelständische Unternehmen. Die Fördermaßnahmen laufen zudem im Jahr 2001 bzw. 2004 aus.

Auch der finanzwirtschaftliche Handlungsspielraum der ostdeutschen Länder wird zunehmend enger. Ihre Haushalte geraten sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite unter Druck. Die Zahlungen des Bundes an die ostdeutschen Länder gehen im Zeitraum 1996 bis 2000 voraussichtlich um ein Prozent pro Jahr zurück (vgl. Tabelle 3). Punktuelle Mehreinnahmen sind allein in denjenigen Bereichen festzustellen, die der Bund nur im Einvernehmen mit den Ländern regeln kann. Die Bundesergänzungszuweisungen nehmen um ein Prozent pro Jahr zu, die Ausgleichszahlungen für die Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs um 11,5 Prozent. Die Steuerkraft der ostdeutschen Bundesländer nimmt zwar zu: Ihr Beitrag zum bundesdeutschen Steueraufkommen erhöht sich von knapp 9 Prozent 1996 auf rund 10 Prozent im Jahr 2000. Die Länder leiden aber natürlich auch unter der

geringen Dynamik der Steuereinnahmen. Es kann deshalb nicht verwundern, daß sich aus den Finanzplanungen der ostdeutschen Flächenländer für den Zeitraum 1996/2000 lediglich eine Ausgabensteigerung von 0,7 Prozent jährlich errechnet. Als Reaktion auf die ungünstige Einnahmementwicklung ist davon auszugehen, daß die Ausgaben bei etwa 120 Mrd. DM bis zum Jahr 2000 stagnieren werden. Dabei verringert sich der finanzpolitische Handlungsspielraum merklich: Die Zinslastquote verdoppelt sich ausweislich der Finanzplanungen innerhalb von nur fünf Jahren auf 6,8 Prozent im Jahre 2000 (westdeutsche Flächenländer: 8,5). Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist es nicht verwunderlich, daß die ostdeutschen Länder ihre hohe Investitionsquote nicht halten können. Sie sinkt um 4,5 Prozentpunkte auf 24,3 Prozent im Jahre 2000¹⁷.

Obwohl die Konvergenz bei weitem noch nicht erreicht ist, stößt die kapitalorientierte Wirtschaftsförderung angesichts des Konsolidierungsdrucks an ihre finanziellen Grenzen. Die Gemeinschaftsaufgabe wird aller Voraussicht nach – allerdings auch mit Blick auf die Beihilfe- und Regionalpolitik der Europäischen Union – drastisch gekürzt. Die Investitionsdynamik der öffentlichen Hände wird merklich abnehmen, obwohl nach wie vor ein Nachholbedarf an staatlichen Infrastruktureinrichtungen zu bestehen scheint. Inwiefern diese Entwicklungen zu Lasten der Attraktivität des Produktionsstandortes Ostdeutschland gehen, läßt sich zur Zeit nur schwer beurteilen.

3. Westdeutsche Wirtschaft und Einigungsprozess

Die anfangs günstigen Wirkungen der Einigung auf die wirtschaftliche Entwicklung dürfen nicht

¹⁷ Eigene Berechnungen nach Angaben der amtlichen Steuerschätzung und der Finanzplanungen der Länder.

darüber hinwegtäuschen, daß sie in erster Linie der Kreditfinanzierung zu danken und insofern keineswegs spezifisches Ergebnis der deutschen Einigung waren. Die Rechnung dafür folgt in Form höherer Steuer- und Abgabenbelastungen und – in Westdeutschland – mehr oder weniger real stagnierender Staatsausgaben und damit letztlich auch von Wachstumsverlusten. Der finanzpolitische Handlungsspielraum wird *ceteris paribus* auf absehbare Zeit jedenfalls außergewöhnlich stark eingeschränkt sein. Die Zinsausgaben werden sich um die Jahrtausendwende voraussichtlich auf über 15 Prozent der Steuereinnahmen belaufen (1990: 11 Prozent) und die staatlichen Bruttoinvestitionen – absolut – um etwa die Hälfte überschreiten. Gerade auch mit Blick auf das Wachstum Ostdeutschlands ist es freilich wenig sinnvoll, Infrastrukturdefizite im Osten abzubauen und neue Lücken im Westen entstehen zu lassen. Erstens führt die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung zu einer stärkeren wechselseitigen Abhängigkeit; zweitens ist an die Netzwirkung von Infrastruktureinrichtungen zu denken, wie am Beispiel der Ost-West-Verbindungen im Straßen- und Eisenbahnnetz besonders deutlich wird.

Die Alimentierung des Transformationsprozesses in Ostdeutschland bedeutet nicht nur den Verzicht auf öffentliche Leistungen. Die deutsche Einigung führte notwendigerweise zu einer Unterbrechung des Anfang der achtziger Jahre eingeleiteten Konsolidierungsprozesses. Der ursprüngliche – in den Finanzplanungen angelegte – Konsolidierungskurs dürfte sich damit um mindestens zehn Jahre verzögern. Angesichts der Arbeitsmarktprobleme in Westdeutschland und namentlich der Risiken der ostdeutschen Entwicklung erscheint es fraglich, ob die Staatsquote – wie angestrebt – um die Jahrtausendwende wieder auf das Niveau von 1989 gesenkt werden kann.

IV. Resümee

In den ersten sieben Jahren der deutschen Einigung ist die ökonomische Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland kräftig vorangekommen, ohne daß Ausmaß und Breite den anfänglichen Erwartungen entsprachen. Ohne Frage bedarf der Angleichungsprozeß auch weiterhin erheblicher fiskalischer Unterstützung, wenn auch die Lage der öffentlichen Haushalte und die aktuellen Planungen erwarten lassen, daß ihr relatives Ausmaß weiter sinken wird. Freilich wird dabei unterstellt, daß der originäre wirtschaftliche Aufholprozeß wieder an Dynamik gewinnt. Der stockende Aufholprozeß verursachte allein 1996 einen Anstieg der Zahl ostdeutscher Arbeitsloser um 120 000 und fiskalische Kosten (Lohnersatz- und Geldleistungen, Mindereinnahmen des Staates und der Sozialversicherung) in Höhe von 4,3 Mrd. DM. Die bisherigen Erfahrungen sollten hier zudem stärker zur Vorsicht mahnen, als dies vielfach der Fall ist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Struktur der Hilfen nur zum kleinen Teil kurzfristig diskretionär gestaltbar ist und auch dann die Haushaltsnettowirkungen weitaus geringer sind als die Bruttowirkungen. Auf jeden Fall dürfte der Ausbau der Infrastruktur noch über das Jahr 2000 hinaus beträchtliche Mittel erfordern. Bei aller Anerkennung der staatlichen Leistungen für den Angleichungsprozeß läßt die bisherige wirtschaftliche Entwicklung freilich auch zunehmend deren begrenzte Wirkungen deutlich werden. Der weitere Angleichungsprozeß wird sehr viel stärker als bisher vom privaten Sektor zu leisten sein. Vieles spricht dafür, daß dies den Akteuren bewußt ist. Zunehmend deutlich wird auch, daß die wirtschaftliche Entwicklung kein Nullsummenspiel ist. Ohne ein kräftiges Wachstum in Westdeutschland wird auch die ostdeutsche Wirtschaft nur langsam vorankommen.

Manfred Rexin: Der Besuch. September 1987: Honecker in der Bundesrepublik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 3–11

Als Ratifikation der deutschen Teilung – als „inszenierte Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung“ (Friedrich Dürrenmatt) – wurde vor zehn Jahren im September 1987 der fünftägige Besuch des Partei- und Staatschefs der DDR, Erich Honecker, in Bonn und in vier Ländern der Bundesrepublik Deutschland gedeutet. Die Einladung an den SED-Chef war 1981 von Bundeskanzler Helmut Schmidt während einer Reise in die DDR erstmals ausgesprochen und 1983 von Bundeskanzler Helmut Kohl erneuert worden.

Vor Beginn der Besuchsreise Honeckers waren schwierige protokollarische Fragen zu regeln – jahrelange Auseinandersetzungen um Hymnen, Fahnen und Embleme, um den Status der Hauptstädte, um die Anwendung von Regeln diplomatischer Immunität hatten dabei ebenso Gewicht wie Zwischenfälle auf den Transitwegen und Bedenken der sowjetischen Führung.

Die von Honecker geleitete DDR-Delegation führte Gespräche mit Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestages in Bonn, mit Spitzenvertretern der westdeutschen Wirtschaft und großer Verbände in Köln und Essen, mit den Repräsentanten der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, des Saarlands und von Bayern. Dabei wurde das breite Spektrum offener Fragen im Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten ausgelotet – zugespitzt immer wieder in Überlegungen, ob und wie das harte „Grenz-Regime“ der DDR, vor allem an ihrer Mauer in Berlin, gemildert werden könne. Man konzentrierte sich auf das „Machbare“, sagte Bundeskanzler Kohl am Abend des ersten Besuchstages bei einem Festessen in der Godesberger „Redoute“: Die deutsche Frage bleibe offen, doch stehe „ihre Lösung zur Zeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte“.

Ludger Kühnhardt: Umbruch – Wende – Revolution. Deutungsmuster des deutschen Herbstes 1989

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 12–18

Zur Charakterisierung von „1989“ haben sich alltagssprachlich eher die Begriffe „Umbruch“ oder „Wende“ durchgesetzt. Weder aber sind sie normativ-ideologisch unstrittig, noch können sie ausreichende analytische Kraft entfalten, um die Grundwelle der Veränderungen, ihre Ursachen und Folgen zu erfassen. Der Revolutionsbegriff greift tiefer und holt weiter aus. Im Rückgriff auf die Revolutionstheorie von Hannah Arendt bedarf es indessen einer Neureflexion über den Revolutionsbegriff, um ihn als analytische Kategorie zur Beschreibung der deutschen und europäischen Umwälzungen von 1989/90 brauchbar werden zu lassen und seiner ideologischen Prägungen zu entkleiden. Es gilt, zwischen „guten“ und „schlechten“ Revolutionen zu unterscheiden – jenen, die konstitutionell gebändigt werden, und solchen, die als permanenter sozialer Unruheherd weiterschwellen. In diesem Sinne war „1989“ für Deutschland eine „gute“ Revolution.

Hans-Joachim Veen: Innere Einheit – aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung Deutschlands

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40–41/97, S. 19–28

Vor dem Hintergrund überwiegend skeptischer sozialwissenschaftlicher und politischer Zwischenbilanzen diskutiert der Beitrag die Frage, auf welchen Zustand die innere Einheit sieben Jahre nach der Wiedervereinigung eigentlich abzielt, was sie umfaßt und was alles erfüllt sein muß, um sie zu vollenden. Die bisherigen Forschungsansätze zur inneren Einheit behandeln tendenziell alle Lebensfelder und Ebenen menschlicher Existenz – Politik, Gesellschaft, Psyche und Wirtschaft –, ohne daß eine Definition der Begrifflichkeit vorliegt. Demgegenüber plädiert der Autor dafür, innere Einheit als einen Grundkonsens politisch-ethischer Übereinstimmung aufzufassen, der für den nationalen Zusammenhalt unabdingbar, aber auch hinreichend ist. Dieser Grundkonsens umfaßt Verfahrensprinzipien und materielle Festlegungen der Verfassung, soziale Marktwirtschaft und Westintegration, nationale Identifikation und Grundsympathie. Nach diesen hinreichenden Kriterien zeigen demoskopische Befunde, daß der Zustand der inneren Einheit bereits erreicht ist. Alles weitere ist Politik jenseits der Grundfragen staatlichen Zusammenhalts. Deshalb ist es höchste Zeit, den Begriff der inneren Einheit aus seiner permanenten Verquickung mit der Tagespolitik zu lösen, da er sonst zu einem Schlag-Wort zu werden droht, mit dem jedes politische Problem in Deutschland in eine Infragestellung der Legitimitätsgrundlagen der Bundesrepublik umfunktioniert werden könnte.

Thomas Bulmann: Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/97, S. 29-37

In dem Beitrag wird die Diskussion der soziologischen und politologischen Forschung zur Wiedervereinigung Deutschlands skizziert. Das Spektrum reicht von der Position einer alles in allem gelungenen, sich stabilisierenden Transformation über Thesen, die auf neu entstehende Ost-West-Differenzen aufmerksam machen, bis zur Auffassung, Ostdeutschland sei von westdeutschen Akteuren kolonialisiert und die Einheit Deutschlands sei verfehlt worden.

Die kritische Durchsicht der Vereinigungsbilanzen führt zu folgenden Resultaten: *Erstens*: Die sozialwissenschaftliche Diskussion ist in zwei Debatten gespalten. Im Zentrum der ersten Debatte steht die Kontroverse zwischen der modernisierungstheoretischen These und den skeptischen bis kritischen Gegenthesen. Die zweite Debatte ist auf Steuerungsprobleme der Transformation fokussiert. *Zweitens*: Die Diskussion um diese Transformation findet weitgehend isoliert von der internationalen Transformationsforschung statt. *Drittens*: Die Bewertung von Prozeß, Folgen und Perspektiven der deutschen Einheit wird sowohl von der jeweiligen theoretischen Position als auch vom methodischen Ansatz beeinflusst. In modernisierungstheoretischen Betrachtungen und komparativen Ansätzen fällt das Urteil alles in allem positiv aus. Akteurstheoretische und auf Ostdeutschland beschränkte Arbeiten kommen dagegen zu eher negativen Einschätzungen. Insgesamt überwiegen die zuletzt genannten Ansätze und damit auch die kritischen Thesen. *Viertens*: Die zukünftige Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Wiedervereinigung wird von zwei Trends bestimmt: Internationalisierung und Regionalisierung.

Ullrich Heilemann/Hermann Rappen: Sieben Jahre Deutsche Einheit: Rückblick und Perspektiven in fiskalischer Sicht

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/97, S. 38-46

Sieben Jahre nach der deutschen Einigung hat sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands von einem Drittel des westdeutschen Niveaus auf die Hälfte angenähert; die Infrastrukturlücke konnte deutlich verringert werden. Die wirtschaftliche und soziale Angleichung erforderte bislang westdeutsche Transferleistungen in Höhe von jährlich 200 Mrd. DM bzw. 6,6 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts, was 60 Prozent des ostdeutschen entspricht. Davon wurden mehr als zwei Drittel „konsumtiv“ verwendet“, der Rest entfällt auf öffentliche Investitionen und Hilfen der Treuhand. Die Finanzierung dieser Mittel erfolgte je zu mehr als 40 Prozent durch Kreditaufnahme und Abgabenerhöhungen, der Anteil der Ausgabeneinsparungen belief sich auf ca. 15 Prozent, hat aber mittlerweile einen Anteil von über 20 Prozent erreicht.

Seit 1995 stockt der ostdeutsche Aufholprozeß. Auch wenn sich das Wachstum Ostdeutschlands bald wieder beschleunigen würde, so erscheint selbst bei einem erheblichen Wachstumsvorsprung gegenüber Westdeutschland ein Einholen innerhalb der nächsten zehn Jahre als wenig wahrscheinlich. Dies schließt nicht aus, daß es einzelnen Regionen sehr viel früher gelingen wird. Ob vor diesem Hintergrund die Transferleistungen wesentlich gesenkt werden können, bleibt abzuwarten. Andererseits wird zunehmend deutlich, daß das künftige Wachstum sehr viel stärker als bisher vom privaten Sektor getragen werden muß.